

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel

Die neuen grünen Wähler_innen
in Sachsen

Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel

Die neuen grünen Wähler_innen
in Sachsen



Michael Lühmann,
Christian von Eichborn,
Katharina Rahlf

unter Mitarbeit von
Klaudia Hanisch,
Daniela Kallinich,
Andreas Wagner
und
Jörgen Roggenkamp

INHALT

Inhalt	5
Kapitel 1	
Anmerkungen zur Gesamtstudie	7
Kapitel 2	
Methodische Vorbemerkungen	10
Kapitel 3	
Leben in Sachsen	12
Kapitel 4	
Werte in der Diskussion	15
4.1 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE <100%)	15
4.2 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	22
4.3 Wertediskussion Altwähler_innen	31
4.4 Zwischenfazit: Wertediskussion	39
Kapitel 5	
5.1 Zukunftsschlagzeilen	44
5.1.1 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE <100%)	44
5.1.2 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	50
5.1.3 Zukunftsschlagzeilen Altwähler_innen	54
5.2 Krisenwahrnehmung	60
5.2.1 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%)	60
5.2.2 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	63
5.2.3 Krisenwahrnehmung Altwähler_innen	66
5.3 Politikwahrnehmung	69
5.3.1 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE < 100%)	69
5.3.2 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)	75
5.3.3 Politikwahrnehmung Altwähler_innen	79
5.4. Zwischenfazit: Zukunft, Krisen und Politik	84
Kapitel 6	
Fazit – Zeitgeisteffekt oder Wertewandel?	89

1. Anmerkungen zur Gesamtstudie

Der grüne (Umfragen-)Höhenflug scheint, auf noch immer hohem Niveau, vorerst vorbei zu sein. Krönte noch im Frühjahr 2011 der Sieg Winfried Kretschmanns in Baden-Württemberg den grünen Aufschwung, der seit 2010 zu spüren war, verschlechterten sich spätestens seit der Berlin-Wahl im November 2011 die Machtperspektiven der Partei in den Ländern wieder. Parallel hierzu stieg erst langsam, in den vergangenen Monaten dann schlagartig, die Zustimmung zur Piratenpartei. Erstmals verloren die Bündnisgrünen bei den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag an Zustimmung, wengleich auf hohem Niveau. Schließlich bildeten die Wahlen in Nordrhein-Westfalen¹ 2010 den Auftakt zum Höhenflug der Jahre 2010 und 2011, der vor allem im Bereich der Demoskopie bisweilen überdrehte.

Um den hektischen demoskopischen Befunden eine längerfristige Tiefenanalyse an die Seite zu stellen, hat im Frühjahr 2011 eine Forschungsgruppe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung – in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung – begonnen, diesen Prozess über ein Jahr mit einer qualitativen Studie zu begleiten.² Ziel dieser Studie war es, in drei Bundesländern – Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen – Einstellungsmuster und Werthaltungen grüner Neu- und zum Vergleich auch grüner Stammwähler_innen zu explorieren. Die drei Teilstudien dienten dazu, die kurzfristigen Modeerscheinungen von möglichen langfristigen gesellschaftlichen Verschiebungen unterscheiden zu können. Handelt es sich beim grünen Aufschwung also lediglich um einen vorübergehenden Zeitgeisteffekt³ oder ist er darüber hinaus Ausdruck eines grünen Wertewandels – im Sinne einer Verschiebung bzw. Umdeutung spezifischer gesellschaftlicher Werte? Und wenn letzteres der Fall ist: Hält dieser grüne Wertewandel auch im demoskopischen Abschwung der Partei noch an?

1 Bei der Wahl verdoppelten die Bündnisgrünen ihren Stimmenanteil von 6,2 Prozent im Jahr 2005 auf 12,1 Prozent im Jahr 2010.

2 Bisher durchgeführt und ausgewertet sind die Erhebungen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein, die auch online zugänglich sind. Michael Lüthmann/Daniela Kallinich/Katharina Rahlf/Christian von Eichborn: Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel. Die neuen grünen Wähler_innen in Baden-Württemberg, Göttingen 2011; dies.: Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel. Die neuen grünen Wähler_innen in Schleswig-Holstein, Göttingen 2011, online einsehbar unter: <http://www.demokratie-goettingen.de/studien/zeitgeisteffekt-oder-gruner-wertewandel> [eingesehen am 20.06.2012].

3 Vgl. zu dieser Wahrnehmung etwa: Franz Walter: Stets im Geist der Zeit, in: Rotary Magazin, Jg. 60 (2010), H. 718, S. 40-43; Thomas Petersen: Mit dem Zeitgeist im Rücken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.11.2010.

Die baden-württembergischen Erhebungen zeigten: Beides – temporäre wie dauerhafte – Gründe erklär(t)en das grüne Hoch. So stand einem kurzfristig erhofften Wechsel des Politikstils mithilfe der Grünen und einer starken Frontstellung gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Mappus *zugleich* der Befund einer deutlich spürbaren Wertever-schiebung gegenüber. Hinweise auf eine solche Verschiebung bei den neuen Grün-Wähler_innen fanden sich etwa in der Kritik der Leistungs(druck)gesellschaft, zudem in der Abwendung von der bundesrepublikanischen Leiterzählung des gesellschaftlichen Fort-schritts durch ewiges (Wirtschafts-)Wachstum. Nicht zuletzt drückte sich auch in einer veränderten Wahrnehmung der Generationengerechtigkeit, die weniger als soziale Frage verhandelt wurde, sondern vielmehr in die Formel „Wir müssen die Erde für unsere Kin-der und Enkel erhalten“ mündete, eine Verschiebung im Wertehaushalt aus. Gleichwohl handelte es sich eher um Indizien denn um handfeste Belege. Dies führte zum Schluss, dass ein Wertewandel, der den Grünen dauerhaft nutzen könnte, allenfalls vor der Tür steht. Überdies zeigte die erste Untersuchungswelle, dass (noch) kein solides Wertefunda-ment existiert, über das sich alte und neue Wähler verständigen können.

Die Ergebnisse aus Schleswig-Holstein bestätigten diese Ergebnisse auf der Ebene der Werte in weiten Teilen. Insbesondere die Skepsis gegenüber Leistung, Fortschritt und Wachstum fand deutliche Bestätigung, wohingegen die vielfach über die Nachhaltig-keit diskutierte Generationengerechtigkeit schwächer ausgeprägt war. Was sich indes in Schleswig-Holstein bereits andeutete, ist eine zunehmend geringere Hoffnung in po-litische Regelungskompetenz. In Baden-Württemberg hatte sich die Hoffnung auf die Veränderung der Politik noch sehr viel stärker mit den Grünen verbunden, als dies in Schleswig-Holstein der Fall war. Zwar galten auch im Norden die Grünen weitgehend als die einzige Partei, die der Glaubwürdigkeitskrise der Politik etwas entgegenzusetzen vermochte, allerdings war das Vertrauen auf tatsächliche tiefgreifende Veränderungen – auch aus landesspezifischen Gründen – geringer. Deutlich wurde dort auch, dass das The-ma Umweltpolitik, mit größerem zeitlichen Abstand zu Fukushima, an Relevanz verloren hatte. Dennoch wurden die Grünen auch hier bei den potentiellen Neuwähler_innen als hoffnungsvoller Akteur eines möglichen Wechsels wahrgenommen, wenn auch weit we-niger euphorisch als in Baden-Württemberg. Gleichwohl schien auf dem Fundament ei-ner Wertverschiebung hin zu grün anmutenden Werthaushalten und auf der Basis eines Vertrauensvorsprungs vor den anderen Parteien eine deutlich verbreiterte Wählerschaft entstanden, die zwar nicht als Vorreiterin, wohl aber als Unterstützerin grüner Politik gelten konnte.

Aber sind diese Ergebnisse auch auf Sachsen übertragbar, ein Bundesland, welches seit 1990 von der CDU dominiert wird? Ein Land, in dem die Grünen 1999 gerade einmal 2,6 Prozent erzielten und sich ihre Parteiengeschichte so deutlich von der altbundesrepublikanischen unterscheidet? Und lassen sich beim derzeit demoskopisch ermittelten Abschmelzen des grünen Meinungshochs die Ergebnisse derzeit überhaupt noch übertragen? Lassen sich in Sachsen ähnliche Veränderungen von Einstellungsmustern finden, wie in den altbundesrepublikanischen Ländern? Welche Sicht auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Politik bringen die sächsischen Wähler_innen der Grünen, Stamm- wie Neuwähler_innen möglicherweise zusammen? Und, wo liegen möglicherweise unüberwindbare Gräben zwischen diesen Wähler_innengruppen? Der vorliegende Bericht will auf diese Fragen erste Antworten liefern.

2. Methodische Vorbemerkungen

Um Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu erhalten, hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung über den Zeitraum von einem Jahr insgesamt 21 leitfadengestützte Fokusgruppengespräche in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen durchgeführt. Die erste Befragungswelle fand im März 2011, in der Vorwoche der Baden-Württemberg-Wahl statt, die zweite Welle in Schleswig-Holstein in der ersten Oktoberwoche, die dritte Welle schließlich in der letzten Märzwoche des Jahres 2012.

Befragt wurden hierbei einerseits potenzielle grüne Neuwähler_innen, die in Vorbefragungen angegeben hatten, bei den folgenden Landtagswahlen erstmals Bündnis 90/Die Grünen wählen zu wollen. Diese Neuwähler_innengruppen wurden zudem in zwei Einkommensklassen, oberhalb und unterhalb des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens, unterteilt. Andererseits wurden kontrastierend dazu auch Diskussionsrunden mit rekrutierten Stammwähler_innen der Partei durchgeführt. Zudem wurde generell auf eine Ausgeglichenheit der Geschlechter und des Alters in allen Diskussionsrunden geachtet. Die Rekrutierung wurde dabei, in enger Absprache und nach einem vorgegebenen Rekrutierungsbogen, von Markt- und Sozialforschungsinstituten durchgeführt. In Baden-Württemberg waren dies ortsansässige Unternehmen, für Schleswig-Holstein und Sachsen hat sich indes eine Kooperation mit *Aproxima*, Gesellschaft für Marktforschung und Sozialforschung, als Kooperationspartner bewährt. Als Erhebungsorte wurden die beiden Städte Dresden und Leipzig ausgewählt, wobei in Dresden – über die Einbeziehung der die Stadt umgebenden ländlicheren Regionen – die Dominanz des urbanen Raums in den Befragungen abgemildert werden sollte.

Erhoben wurden die Daten im Rahmen von Kreativgruppendifkussionen. Diese Diskussionen werden nach einem teilstandardisierten Fragenkatalog durchgeführt. Das bedeutet, dass grundsätzlich der gleiche Ablauf in allen Gruppendiskussionen eingehalten werden soll, damit alle für die Forschungsfrage relevanten Themen diskutiert werden. Entscheidend ist, dass die Moderator_innen aber je nach Diskussionsintensität und Zielführung der Gesprächsrunden zum Gegensteuern oder Nachfragen angehalten sind. So werden einerseits bestimmte Sachverhalte und Rückfragen immer thematisiert und gestellt. Andererseits sind auch spontane Nachfragen oder Weiterentwicklungen bestimmter Themen möglich. Wichtig dabei bleibt jedoch das Ziel einer möglichst fluiden Diskussion, man spricht dabei von deren „Selbstläufigkeit“.⁴ Der Fragenkatalog hat dabei sowohl eine

4 Vgl. z.B.: Bremer, Helmut: Von der Gruppendiskussion zur Gruppenwerkstatt. Ein Beitrag zur Methodenentwicklung in der typenbildenden Mentalitäts-, Habitus- und Milieuanalyse, Münster [u.a.] 2005, S. 104 f; vgl. auch Lamneck, Siegfried: Gruppendiskussionen. Theorie und Praxis, 2. Aufl., Weinheim/Basel 2005.

unterstützende als auch eine strukturierende Funktion. Trotzdem wird er nicht als starres Korsett verstanden, um den Gedankengängen und Diskussionsbeiträgen der Proband_innen nicht zu stark vorzugreifen bzw. diese möglichst wenig einzuengen.

Im Rahmen dieser Erhebungsmethode galt es nun, zum einen die Werthaushalte der neuen und alten Grünenwähler_innen zu explorieren: Inwieweit lässt sich die beabsichtigte Wahl der Grünen aus langfristigen Verschiebung von Wertvorstellungen herleiten, inwieweit resultiert sie lediglich aus kurzfristigen Überlegungen bzw. wie lässt sich die Mischung beider Sphären darstellen? Die Auseinandersetzung mit Werten bietet hierbei idealiter die Möglichkeit, soziale und politische Grundorientierungen und deren mögliche Veränderungen zu erfassen. Denn Wertorientierungen sind „internalisierte Selektionsmuster des politisch Wünschenswerten. [...] Derartige Werte werden auch zum expliziten Gegenstand politischer Programme und Anstrengungen gemacht, sind also nicht nur psychisch internalisierte, sondern auch bewusst thematisierte Orientierungsbedingungen politischen Verhaltens.“⁵ Zum anderen sollten anhand der Diskussion von Zukunftshoffnungen und -ängsten allgemeine wie konkrete Projektionen des politischen Erwartungshorizonts der befragten Wähler_innen aufgespürt werden sowie die Wahrnehmung von Politik allgemein und der aktuellen Krisen im Besonderen, um den inhaltlichen Diskurs um die Zustimmung zu den Grünen im Zeitverlauf erfassen zu können.⁶

Eine weitere methodische Vorbemerkung ist notwendig: „Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel? Die neuen grünen Wähler_innen“, so lautet der Titel des Forschungsprojektes. Ein gewichtiger Titel in Anbetracht des analytisch besetzten wie heftig umstrittenen Begriffs,⁴⁷ der einer gewissen Einschränkung bedarf: Der Begriff des Wertewandels soll hier nicht analytisch auf Ingleharts enge Definition des Wertewandels – als Verschiebung von *materiellen* zu *postmateriellen* Werten – aufbauen. Auch die Erweiterung dieser Definition durch Helmut Klages' Wertesynthese, der den Wertewandel als Verschiebung von *Pflicht- und Akzeptanz* zu *Selbstentfaltungswerten* verstanden wissen will, bleibt in der

5 Volker von Prittwitz, *Vergleichende Politikanalyse*, Stuttgart 2007, S. 111.

6 Vgl. weiterführend zur Methodik der Studien Michael Lühmann/Daniela Kallinich/Katharina Rahlf/Christian von Eichborn: *Zeitgeisteffekt oder grüner Wertewandel. Die neuen grünen Wähler_innen in Baden-Württemberg*, Göttingen 2011, S. 10-23.

7 Vgl. zur Debatte einführend auch Andreas Rödder, *Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und Perspektiven*, in: *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3 (2006) H. 3, S. 280-285, vgl. konkret mit Bezug auf die bisherigen Studien: *Keine Avantgardisten eines Wertewandels. Die neue Wählerschaft der Grünen*, in: *INDES*, Jg.1 (2012) H. 1, S. 113-119.

Betrachtung zunächst außen vor. Vielmehr dient der Begriff des Wertewandels vorerst nur als hypothetischer Arbeitsrahmen einer vermuteten Verschiebung auf der Ebene der Wertvorstellungen – auch etwa übersetzbar als Einstellungsmuster, Orientierung oder Deutung. Die Hypothesen gründen hierbei nicht auf den in der Wertewandelforschung üblichen Zeitreihenanalysen, sondern sie basieren zunächst allein auf der Selbstwahrnehmung der befragten Proband_innen.

3. Leben in Sachsen

Zum Einstieg in die Diskussionen werden alle Teilnehmer_innen, im Anschluss an eine kurze Vorstellungsrunde, nach ihren ersten Eindrücken zum „Leben in Sachsen“ gefragt, zunächst geht es um die spontanen positiven Assoziationen. Dabei fällt auf, dass sich die positiven Bezüge in nahezu allen Gruppen weit weniger auf das Bundesland fokussieren als vielmehr auf die „eigene“ Stadt. Zwar wird die abwechslungsreiche Landschaft mehrfach betont, doch auch diese wird sehr schnell an den eigenen Wohnort rückgebunden.

Was den Dresdner_innen die Elbufer sind, ist den Leipziger_innen die neu entstehende Seenlandschaft im Süden der Stadt. In beiden Fällen – in Leipzig wie in Dresden – wird die eigene Stadt überwiegend wohlwollend beschrieben, auch mit einigem Stolz und in einer immer wieder deutlich formulierten Konkurrenz zur jeweils anderen Stadt. Überdies zerfällt der Blick auf Sachsen in eine Zweiteilung zwischen den urbanen Räumen Leipzig und Dresden und dem Rest des Landes. Jenseits dieser beiden Wachstumskerne (Chemnitz wird hier schon weitestgehend exkludiert) vermuten die meisten Befragten eine große „Rückständigkeit“ dieser ländlichen Räume, die sich unter anderem in einer äußerst konservativen Mentalität, geringer Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem, bei gleichzeitiger Abgeschlossenheit gegenüber auswärtigen Personen ausdrücke. Der Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie ist jedenfalls stark ausgeprägt. Besonders deutlich wird dies bei den grünen Altwähler_innen formuliert: Die Polarisierung zwischen grünem urbanen Milieu und extrem konservativem Erzgebirge bildet – neben der deutlichen Ablehnung der NPD und deren Unterstützern – mutmaßlich die größtmögliche politische und mentalitätsbezogene Distanz in Sachsen.

Der bereits beschriebene Stolz bezieht sich, rückblickend, vor allem auf die Kultur und die

Geschichte Sachsens, die sich in Dresdner Pracht und Leipziger Wirtschaftskraft gleichermaßen zeigt. Die Leipziger Messe und Leipzig als Stadt der Bücher und Verlage, August der Starke und die Prachtbauten der Dresdener Elbflorenz, das Wissen um den traditionellen Innovations- und Wirtschaftsstandort Sachsen – Bergbau, Automobilbau, Porzellan-Manufaktur – und um das Land der Kultur „von Bach bis Nietzsche, von Baselitz bis Gerhard Richter“ bilden den Humus einer deutlich positiven Bewertung des eigenen Bundeslandes, die Sprache und die sächsische Mentalität – gemütlich, freundlich, offen – werden miteinbezogen. Dabei verweilt die dem Land zugeneigte Grundstimmung nicht allein in Vergangenheitem.

Auch der heutige Wirtschaftsstandort wird – mit Einschränkungen – als vorbildlich, mindestens im Vergleich mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern, bewertet. Was die großen Automobilwerke von BMW und Porsche für Leipzig sind, sind die Chip- und Solarfabriken für Dresden. Auch die Sanierung der Städte, speziell der Innenstädte mit dem Frauenkirchenensemble in Dresden und der Sanierung der Leipziger City, wird weitgehend gelobt, ebenso die infrastrukturellen Fortschritte im Verkehrsnetz. Hieran aber knüpfen bereits die ersten Kritiken an, die auf die Zeit nach 1989 rekurrieren: städtebauliche Fehlentwicklungen, die „seelenlose“ Architektur der Neunziger und Nuller-Jahre, infrastrukturelle Fehlplanungen oder etwa fehlgesteuerte Förderung von Großunternehmen zu Ungunsten des Mittelstandes im Zuge des Aufbaus Ost – dies alles wird von den Befragten kritisch gesehen.

Dennoch fällt auf, dass es den Proband_innen viel einfacher fällt, Positives zu benennen als Negatives. Die Zufriedenheit mit dem eigenen Bundesland ist allerdings insofern relativ, als sie vor allem vom eigenen Betrachtungswinkel abhängt. So ist das Land in der eigenen Wahrnehmung zwar führend im Osten Deutschlands, liegt aber in Bezug auf Arbeitsplätze, Lohnhöhen und Wirtschaftskraft weit hinter den westlichen Vergleichsländern. Eine ähnliche Kontrastierung wird unter Rückgriff auf das (Er-)Leben in der DDR, welches einen häufigen Bezugspunkt in den Diskussionsrunden bietet, vorgenommen. Vor dem Hintergrund einer grauen, tristen und unfreien DDR ist Sachsen sehr weit fortgeschritten, was aber nicht heißt, dass die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen jenseits dieser Vergleichsfolie noch immer positiv gedeutet werden.

Drei Bereiche lassen sich herausdestillieren, die in nahezu allen Gruppen negative Assoziationen auslösten – und mithin anknüpfungsfähig scheinen für grüne Politikinhalt: Die Bildungspolitik, der CDU-Filz und die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Verbindend ist die Kritik an den mangelnden beruflichen Perspektiven im Land. Trotz guter Ausbildung

hätten junge Menschen kaum eine Chance, Arbeit zu finden, was wiederum zu Wegzugs der jüngeren und schließlich zu einer allmählichen Vergreisung der Bevölkerung führe und – schlimmer noch – den Status quo, von den westlichen Bundesländern abgehängt zu sein, verfestigen und perpetuieren würde.

Unterschiede zwischen den untersuchten Gruppen ergaben sich in den anderen, bereits eingangs genannten Kritiken. Die Dominanz des erstgenannten Themas Bildungspolitik mag oberflächlich auf die Querelen in der sächsischen Bildungspolitik in den Vorwochen der Erhebungen in Leipzig und Dresden zurückzuführen sein. Gleichwohl lässt die Dominanz des Themas, wie sich im Verlauf der Diskussionsrunden zeigen sollte, auf eine tiefere Verwurzelung schließen, als man zunächst hätte annehmen können.

Ein weiterer Hauptkritikpunkt nimmt die politischen Prozesse im Land in den Blick. Im Zentrum dieser Kritik steht die nahezu übermächtig scheinende Dominanz der CDU im Land, die seit 1990 ununterbrochen, und zumeist mit absoluter Mehrheit, regiert. Doch während für die Altwähler_innen die sächsische Union ganz konkret für das Unbehagen an der Politik verantwortlich gemacht wird, wird die Kritik am politischen Zustand des Landes seitens der Neuwähler_innen über die Union hinaus weitaus allgemeiner und vor allem auch extremer - *Sachsensumpf*, Klüngel in Stadt, Land und Bund – vorgetragen. Bereits hier deutet sich eine gewisse Trennung zwischen Neu- und Altwähler_innen an.

Auffällig ist indes das deutliche Auseinanderfallen zwischen den Neu- und den Altwähler_innen ist in einem Punkt: Bezüglich Toleranz und Offenheit manifestieren sich nachgerade Gräben zwischen beiden Wähler_innenlagern. Das vermeintliche Gefährdungspotential durch die offenen Grenzen zu Polen und Tschechien verbunden mit der vermeintlich damit einhergehenden Kriminalität wird insbesondere in den Dresdener Neuwähler_innengruppen thematisiert. Bei den grünen Altwähler_innen verläuft die Debatte zum gleichen Thema indes in die entgegengesetzte Richtung. Hier wird die Offenheit als Chance angesehen und in eine Kritik an der mangelnden Multikulturalität in Sachsen umgekehrt.

4. Werte in der Diskussion

4.1 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE <100%)⁸

In einer ersten Runde der Wertediskussion sollen die Proband_innen frei von externem Input zunächst eigene wichtige Werte nennen und andiskutieren, bevor in einer zweiten Runde die Werte *Gerechtigkeit*, *Solidarität*, *(Eigen-)verantwortung*, *Nachhaltigkeit*, *Fortschritt* und *Leistung* zur Debatte gestellt werden. Zwei Begriffe stehen hier im Zentrum. Zum ersten **Ehrlichkeit**, etwa als Anspruch auf Aufrichtigkeit im kommunikativen Miteinander, im privaten wie im öffentlichen, auch politischen Raum. Der Diagnose einer unehrlichen *öffentlichen Gesellschaft* wird immer wieder das Ideal eines ehrlichen Umgangs im *privaten* Nahbereich entgegengestellt. Nur am Rande werden die Probleme der idealisierten Vorstellungen absoluter Ehrlichkeit und Offenheit diskutiert. Noch weniger wird versucht, die eigene Verantwortung der diagnostizierten Unehrlichkeit außerhalb des Schutzraumes Familie zu verhandeln. Zu klar sind die Fronten zwischen der eigenen Ehrlichkeit und der Unehrlichkeit der vielen anderen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die Skepsis gegenüber Politik und Parteien. Neben der Ehrlichkeit ist es der Begriff der Freiheit, der anfänglich von mehreren Proband_innen in die Debatte eingeführt wird. Deutlich wird bezüglich des Freiheitsbegriffs zweierlei. Zum einen rekurriert er als Antithese zur Erfahrung von Unfreiheit in der DDR, ein Rückgriff, der in den Debatten immer wieder vollzogen wird. Zum anderen beschreibt Freiheit aber auch einen geschätzten Möglichkeitsraum in der Jetztzeit, ein liberales Versprechen, welches allerdings gewissen Einschränkungen unterliegt.

In der Debatte um die oben genannten vorgegebenen Werte wird in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen der Wert der **Gerechtigkeit** als mit Abstand wichtigster verhandelt. Dabei finden sich vielfältige, nur wenig verbindende Deutungsmuster, die konkret oder abstrakt genannt werden, etwa Chancengerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit. Überlagert und dominiert wird die Debatte vielmehr durch einen mangelnden Glauben an die Existenz von Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Gerechtigkeit wird vor allem über deren Abwesenheit diskutiert, in Folge dessen definiert sich Gerechtigkeit nicht positiv, sondern als Antithese zur bestehenden Ungerechtigkeit, die sich aus vielfältig existierender Ungleichheit ergibt. Der Ort dieser Ungleichheit ist so

⁸ HHNE = Haushaltsnettoeinkommen

vielgestaltig wie die Kritik an diesem Zustand, begonnen bei den ungleichen Lebensbedingungen in Ost und West, manifestiert durch geringere Löhne, geringere Vermögen und auch eingeschränktere Lebenschancen. Hinzu kommt die generelle Kritik an einem Auseinanderstreben der Arm-Reich-Schere. Gleiches gilt für die Wahrnehmung der Ungleichheit vor dem Gesetz, woraus sich eine grundlegende Kritik an der Verfasstheit der deutschen Gesellschaft ableitet. Drastisch formuliert:

(2, m., LE-):⁹ „Es gibt ein Zwei-Schichten-System. Es gibt einmal die Hühner, die Menschen, die rumlaufen, dann gibt es die Führungsschicht, bei denen gilt das alles nicht.“

(2, w., DD-): „Es gibt ja bei uns Leute, die verdienen ein Schweinegeld und zahlen so wenig Steuern und die haben immer mehr und immer mehr und es gibt Leute, die sind total weit unten und die werden so richtig abgeschöpft und das finde ich ungerecht.“

Allerdings ergibt sich aus diesem Gefühl der ungerechten Behandlung nicht zugleich ein Ideal einer gerechten Gesellschaft. Die eigene Betroffenheit führt nur im Ausnahmefall zu dem Schluss, Gerechtigkeit sei ein universelles, und vor allem bedingungslos zu gewährendes Gut. Trotz der kritisierten Schließungstendenzen seitens des gesellschaftlichen „Oben“ gibt es in der betroffenen Gruppe auch eine deutliche Abschließungstendenz in Richtung des gesellschaftlichen „Unten“. Auffällig an dieser Debatte ist, dass diese Abgrenzung gegen eine vermeintliches gesellschaftliches „Unten“ auch in den anderen untersuchten Bundesländern vor allem in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppen geführt wurde, die unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen sich dort indes mit dieser gesellschaftlichen Position häufig selbst identifizierten.

(6, w., LE-): „Das kling jetzt verdammt hart, dann ist mir das auch egal, dann können die nicht Sozialwohnungen haben, die teilweise besser gestellt sind, als die Wohnungen derer, die arbeiten gehen und es sich nicht leisten können. [...] Die haben ein Privileg und das kann nicht sein.“

(3, m., LE-): „Das ist ein trauriges Aushängeschild vom Staat, wenn Menschen

9 Die Abkürzungen bezeichnen die jeweils durchlaufenden Nummerierungen der Proband_innen, das Geschlecht und den Erhebungsort: LE = Stadt Leipzig; DD = Stadt Dresden und Umland (z.B. Pirna, Radebeul, Coswig oder Radeberg), „+“ oder „-“ gibt an, ob die Person zur Gruppe der über- oder unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen gehört, „A“ hinter dem Städtekürzel steht für „Alt-“, d.h. Stammwähler_innen.

auf Arbeit gehen und nicht einmal so viel haben wie Hartz IV-Empfänger und kriegen dann noch Ausgleich. Das kriegen die anderen doch auch mit und sagen sich, was soll ich denn auf Arbeit gehen, vom Amt nehme ich doch. Wenn man erst 50 ist, man hat es nicht einfach, aber die jungen Leute zwischen 20 und 30, gucken sie mal auf dem Amt [Agentur für Arbeit], was sich da rumtreibt.“

Wie Gerechtigkeit dennoch herstellbar sein könnte, darin gehen die Antworten weit auseinander. Natürlich habe der Staat hier eine regelnde Aufgabe, doch wie weit die gehen solle, bleibt unklar und widersprüchlich. Deutlich wird dies wiederum in der Frage nach der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, etwa bezüglich eines *bedingungslosen Grundeinkommens*. Hier zeigen sich die Gruppen einigermaßen gespalten. Der Idee der Gleichheit der Lebensverhältnisse wird – auch aus der gemachten Erfahrung – die erlebte zwanghafte Gleichmacherei entgegengehalten. Einig sind sich die Gruppen nahezu ausschließlich bei der Bereitstellung gleicher Bildungschancen für alle. Allerdings folgt der Bildungsimperativ weit mehr einem Leistungs-, denn einem Gerechtigkeitsideal.

(4, m., LE-): „Also ja, das ist eine gute Idee, nur das setzt daran an, dass alle Menschen ungefähr gleich ticken. Also das ist wie die Idee des Kommunismus. Der Kommunismus an sich ist eine gute Idee, aber es funktioniert eigentlich nur mit Maschinen, wo alle gleich funktionieren, alle das Gleiche wollen, alle den gleichen Antrieb haben zu arbeiten.“

Eine Möglichkeit, der mangelnden Gerechtigkeit entgegenzuwirken, ist die Solidarität. Bezogen auf den konstatierten Mangel wird Solidarität zwar als Ausweg, auch als Notwendigkeit gegen die Zumutungen des Kapitalismus und das Auseinanderdriften der Gesellschaft eingefordert. Darüber hinausgehend findet sich – vereinzelt – eine globalisierte Form der Solidarität als verantwortliches, moralgeleitetes *Interessieren* über die eigene *peer-group* hinaus. Dominant ist indes, aus der Wahrnehmung einer „feindlichen Umwelt“ heraus, der Bezug von Solidarität auf eine sehr klein *peer-group*, wie bereits in den Diskussionen in Schleswig-Holstein zu beobachten war. Diese Solidarität bezieht sich, wie schon bei der Gerechtigkeitsdebatte, auf das eigene Umfeld und grenzt sich nach Zugehörigkeit zu Netzwerken und sozialen Schichten deutlich ab. Die Familie, die Nachbarschaft, das nächste Umfeld bilden den Rahmen, in dem Solidarität als Abwehrhaltung nach Außen und Schutzraum nach Innen diskutiert wird.

(6, w., LE-): „Ich habe Solidarität jetzt in Bezug zum Berufsleben auf die sechs gestellt. Privat steht sie für mich an erster Stelle, deswegen hatte ich auch auf

diese Sache hier verwiesen. Familienzugehörigkeit – das steht für mich an erster Stelle in der Solidarität, anderen Menschen, denen ich der Meinung bin zu helfen, das suche ich mir genau aus.“

(4, m., DD-): „Ja, Familienzusammenhalt hab ich jetzt, also für mich ist es wichtig, meiner Tochter beizubringen, wenn was ist, egal, was ist, Du kannst jederzeit zu mir kommen [...] Das ist eben in der Gesellschaft auch schwierig, sich an jemanden zu wenden in Problemsituationen.“

(7, w., DD-): „Da sehe ich Solidarität eher an erster Stelle, weil dieses persönliche Wohlbefinden oder dass man das Gefühl hat, es hört einem jemand zu oder es nimmt jemand Anteil an den Freuden und Leiden, das baut einen, also mich persönlich baut das viel mehr auf, egal, ob in der Familie oder im Freundeskreis oder sonst wo, als wenn ich mich jeden Tag irgendwo hochziehe, was gerecht ist, da wäre ich überhaupt nicht mehr zufrieden.“

Eigenverantwortliches Handeln ist die andere Möglichkeit, einen Ausweg aus dem Gerechtigkeitsdilemma zu finden. Dabei übersetzt sich Eigenverantwortung in Sachsen – deutlich anders als in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg – viel stärker als Haltung und viel weniger als Handlung(sanweisung). Im Wert der Eigenverantwortung kommt ein starker Bezug zur DDR zur Geltung, Eigenverantwortung sei zwar auch verantwortliches Handeln, aber zunächst und deutlich überwiegend ein Versprechen von Freiheit, auch übersetzt als *selbstständiges* Schaffen von Unabhängigkeit, wie es vor allem von den männlichen Diskussionssteilnehmern vorgetragen wird.

(8, m., DD-): „Eigenverantwortung halte ich für einen sehr wichtigen Punkt, gerade für uns hier im Osten, die wir eigentlich in der DDR nicht lernen durften, Eigenverantwortung für uns zu übernehmen, weil ja alles vorgedacht worden ist und weil wir ja auch in einem ziemlichen Korsett drin waren, da durfte man ja nichts selbstständig machen, freischaffend war auch schon schwierig. Also alles, was mit Freiheit zu tun hatte, war natürlich eingeeengt. Und von daher finde ich schon, dass man jedem erst mal zubilligen sollte, dass er selber sein Leben in die Hand nimmt.“

(3, m., LE-): „Und was soll ich sagen, das fängt schon an mit der Geburt, du bist geboren, da kann man nichts für die Eltern oder die Eltern für das Kind. Wirst du arm geboren oder reich geboren oder hast du was in der Familie. Ich will die DDR nicht loben, aber da warst du abgesichert und da musstest du einen Beruf lernen und du musstest auf die Schule gehen. Wenn ich das heute sehe, was mit dem Staat hier los ist, da wird mir schlecht.“

Daraus leitet sich zunächst auch eine sehr egoistische Ausdeutung der Eigenverantwortung auf den ersten Wortteil, das Eigene, ab. Der Bezugspunkt des verantwortlichen gesellschaftlichen Handelns wird zunächst außen vor gelassen. Gleichwohl finden sich auch (einzelne) Belege für eine gesellschaftsorientierte Verantwortung, allerdings bleibt die konkrete Umsetzung gesellschaftlicher Verantwortung meist unausgesprochen oder äußerst blass. Dies deckt sich mit den Abgrenzungsargumenten innerhalb der Gerechtigkeitsdebatte.

(4, m., DD-): „Eigenverantwortung ist ja wirklich die Frage, wie sehr kann ich mein Leben selber in die Hand nehmen. Wie sehr wird das beengt und begrenzt [...]“

(6, w., LE-): „Natürlich habe ich die Eigenverantwortung auch als erste Position, für das Leben, finanziell und Gesundheit. Das ist für mich halt auch ganz wichtig. Wir haben nur ein Leben und können da die Gesellschaft nicht verantwortlich machen, dass alle anderen das tragen müssen, wenn ich vorher viel Alkohol getrunken habe, geraucht habe oder sonst irgendwas.“

(5, m., LE-): „Ich wollte nur nochmal sagen, dass diese Verantwortung, ich denke wirklich, dass das so in diesen privaten Bereich gerutscht ist. Das finde ich nicht korrekt. [...] Das klingt wie eine Privatleistung, aber ich finde, dass Verantwortung keine Privatleistung ist, es ist eigentlich eine Gesellschaftliche.“

Eigenverantwortung aber als *Ermöglichungsstrategie* der Vielen in Form bewussten Handelns¹⁰ – wie in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg im Zentrum der Argumentation stehend – wird nur einmal angesprochen und findet keinen Widerhall in den Gruppen. Es ist wohl auch dies der Hintergrund, der das Thema Umwelt, als Arena eigenverantwortlichen

10 Gemeint ist, dass (etwa) über (konkretes) eigenverantwortliches (Konsum)handeln vieler Verbraucher eine Strategie gesehen wird, gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken; vgl. hierzu: Michael Lühmann, Christian von Eichborn, Katharina Rahlf: Neue Wähler_innen der Grünen in Schleswig Holstein: Zeitgeist oder Wertewandel?, in: boell.de, 8.11.2011, online einsehbar unter: http://www.boell.de/downloads/Zwischen_Eigenverantwortungsimpetus_und_Staatsverdruss.pdf [Stand 21.5.2012]

Handelns, zugunsten staatlicher Bildungs- und Sozialpolitik in den Hintergrund drängt. Individuell umsetzbare Maßnahmen für einen nachhaltigen Ressourcenverbrauch, etwa bewusster Konsum und eine individuelle Sensibilisierung für umweltpolitische Belange, werden nicht assoziiert.

Als Beleg hierfür kann zudem eine emotionale Gleichgültigkeit gegenüber dem Begriff der **Nachhaltigkeit** gelten. Im Werteranking spielt die Nachhaltigkeit nur eine untergeordnete Rolle, rangiert in vielen Werteskalierungen gar auf den letzten Plätzen. Dies liegt indes weniger an einer negativen Einstellung gegenüber der Nachhaltigkeit als vielmehr an einem Mangel an Einstellung hierzu. Dort wo sich Nachhaltigkeit als Vernunft und Weitsicht übersetzt, wird der Wert durchweg positiv besetzt, bezugnehmend auf wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse auch eingefordert.

(3, m., DD-): „Aber auch da ist ja die Frage, was will ich. Nachhaltig. Was will ich für eine Entwicklung sichern. Wenn die etablierte Politik und die Wirtschaftskreise von Nachhaltigkeit sprechen, dann meinen sie die Nachhaltigkeit ihrer Gewinne bzw. dass es so weiter läuft, wie es bisher läuft. Es ist halt ein sehr gummiartiger Begriff geworden. Genauso wie die Gerechtigkeit, die CDU will auch gerechte Politik machen, ist halt ein schönes Wort, was man überall drannageln will und sich gerne umhängen will, aber gerade die Frage, was ist die grobe Wertorientierung? Da finde ich gerade auch bei Leistung so wichtig, was wird da eigentlich bei Leistung anerkannt und bewertet.“

Der vielfach in den beiden zuvor untersuchten Ländern aufgeführte Konnex von Ökologie = Nachhaltigkeit = positive Zielformulierung fällt weitestgehend aus, nur in einem Wortbeitrag wird Nachhaltigkeit überhaupt mit dem Wort Ökologie in Verbindung gebracht. Ob dieser fehlende Konnex aber regional bedingt ist oder sich temporär verstärkt hat – immerhin wurde die konzeptionelle Leere des Begriffs bereits in den Diskussionsrunden in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg angemahnt – bleibt offen. Vielmehr wird der Begriff der Nachhaltigkeit auf einer technisch-rationalen Ebene (Ressourcenverknappung, Finanzen, Wirtschaft) abgelegt und öffnet so politische Zielperspektiven eher jenseits der Ökologie, etwa im Bereich stabiler Finanzhaushalte.

Ähnlich emotionslos und wenig fokussiert bleibt die Diskussion um Fortschritt. Eine diffuse Ablehnung im Werteranking mischt sich mit einer nicht minder diffusen Zustimmung zur Notwendigkeit – oder auch Natürlichkeit bzw. Nichtaufhaltbarkeit – von Fortschritt

im Verlauf der Diskussion. Es zeigt sich eine Aufteilung in lebensnahen (digitalen) und lebensfernen technischen Fortschritt (Energiewende). Während ersterer erlebbar ist, und sich ein Verhalten zur technischen Weiterentwicklung notwendigerweise ergibt, gilt dies für letzteren nicht. Gleiches gilt bezüglich des medizinischen Fortschritts, der am Beispiel der Embryonenforschung kein eindeutiges Urteil zulässt. Ein deutlich positiveres Bild des Fortschritts zeichnet sich, erneut vor der Folie der DDR-Erfahrung, bezüglich eines gesellschaftlichen, politischen und religiösen Fortschritts ab. Hier ist die Entwicklung hin zu Demokratie und Freiheit ein überwiegend positiv gedeuteter Fortschritt.

(4, m., LE-): „Fortschritt ist eigentlich wichtig. wie entwickelt sich ein Staat, wie entwickelt sich eine Gesellschaft, es ist ja nicht von heute auf morgen jemand auf die Idee gekommen, wir machen, wir erfinden jetzt eine repräsentative Demokratie oder die Aufklärung für den Mittelalter, alles das, was das Christentum extrem verändert hat und Entstehung des Protestantismus. [...] Das ist extrem wichtig für die geschichtliche Entwicklung, für den ganzen Kontinent und das kleine Land.“

Umstritten ist indes der **Leistungsbegriff**, der (ähnlich dem Fortschrittsbegriff) im Werteranking – mit einigen Ausreißern nach oben – schlecht abschneidet. Die Kritik an der Leistung wird gleichwohl verhaltener als in den altbundesrepublikanischen Ländern auf eine vermeintlich existierende Leistungsdruckgesellschaft fokussiert, als vielmehr – und damit der Gerechtigkeitsdebatte ähnlich – auf eine nicht gerechte Honorierung eigener Leistung, die zu erbringen man sich aufgefordert sieht. Auch hier zielt die Kritik auf Ungleichheiten in der Entlohnung von Leistung, begonnen bei der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen, ebenso zwischen Ost und West, und weitet sich in Richtung Überbezahlung der Politiker_innen und Unterbezahlung in spezifischen Berufszweigen aus.

(3, m., DD-): „Welche Arbeit wird als sinnvoll angesehen? Und so wie es momentan mit dem Anerkennung ist, mit Geld passiert, wird ganz klar gesagt, wenn du jemanden pflegst, wenn du Kulturarbeit machst, wenn du einen Kumpel psychosozial betreust, dann wird das nicht anerkannt, dann ist das nichts wert, und wenn du bei Krauss-Maffei Pistolen zusammenschraubst, dann hast Du deine 3000€ im Monat verdient. Im Kapitalismus wird eben alleine durch Geld auch die Leistung geregelt. Dementsprechend müsste man da auch viel mehr ans Definieren gehen, an die Substanz und an die Werteorientierung der Frage, was soll eigentlich unsere Gesellschaft prägen.“

Darunter liegt allerdings weniger eine Leistungskritik als vielmehr eine Kritik an der mangelnden Anerkennung von Leistung, die alle zu erbringen hätten – schließlich leiste man trotz ungerechter Belohnung jeden Tag selbst viel und fordere dies auch von allen anderen ein. Recht deutlich zeigt sich dies in den Diskussionsrunden in pauschalen Aburteilungen von Hartz-IV-Empfänger_innen, denen man größtenteils diesen Leistungswillen abspricht.

(6, w., LE-): „Wenn das vom Elternhaus nicht mitgegeben worden ist, schafft es die Gesellschaft leider nicht mehr, ein Leistungsvermögen reinzubringen. Ich habe heute sechs Stunden Unterricht hinter mir bei Jugendlichen, die eine aufgezwungene Maßnahme haben. [...] ich möchte auch nicht alle Jugendlichen über einen Kamm scheren, das sind alles ALG-Empfänger gewesen. Ich kriege bei einigen dort keine Leistung mehr rein, den Willen, überhaupt ein Minimum an Leistung reinzubringen. Das vermeintliche Recht – was ihnen zusteht –, das wissen sie genau. Die Gesellschaft hat zu tun, zu bringen. Und da hört es bei mir dann auf und das ist ein Gesellschaftsproblem.“

4.2 Wertediskussion Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

In der freien Diskussion zeigte sich wiederum recht deutlich, dass vor allem ein Wert als wichtig erachtet wird, die **Ehrlichkeit**. Die Debatte dreht sich vor allem um die Frage von Notwendigkeit, Vorhandensein und Grenzen des ehrlichen Umgangs, die weit stärker in den Blick nehmen, dass eine ehrliche Gesellschaft zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt realistisch ist. Ein weiterer, frei assoziierter Wert ist zudem die **Bildung**, die vielfach noch als Basis eines möglichen beruflichen, gesellschaftlichen Aufstiegs als absolut notwendig und unumgänglich betrachtet wird. Bildung scheint der Schlüssel zur Unabhängigkeit von gesellschaftlichen Problemlagen, wie sie in den folgenden Wertedebatten beschrieben wurden.

In der Debatte um die vorgegebenen Werte gilt der Wert der **Gerechtigkeit** wiederum als der wichtigste. Auch bei den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen fokussiert sich die Debatte um den Wert Gerechtigkeit auf die die Ungleichheit von Lebensverhältnissen und Lohnhöhen in der Bundesrepublik – bei viel geringerer Betroffenheit von

tatsächlicher Armut (dennoch werden drastische Beispiele aus niedrigen Einkommensverhältnissen angeführt, um den Resonanzraum für eigene Abstiegsängsten zu schaffen). Neben den Ungleichheiten zwischen Ost und West ist es auch das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, die immer deutlicher konturierte Zweiklassengesellschaft – bei gleichzeitigem Absterben des Mittelstandes (sie selbst) – welches typische (fatalistische) Statusängste in dieser Gesellschaftsschicht bedient.¹¹

(8, m., LE+): „Es ist ein Problem, dass viele junge Leute, nicht nur Lehrer, sondern auch andere Facharbeiter, gut ausgebildete Leute auch heute doch westlich Arbeitsplätze suchen, weil man da ganz einfach besser verdient.“

(5, m., DD+): „Also ich habe Gerechtigkeit an erster Stelle, im weitesten Sinne, muss man sagen, denn wenn es ungerecht im Leben zugeht, da kocht einem dann alles Mögliche über, ob das die Löhne sind, ob das Aufstiegschancen sind, ob das Bildungsmöglichkeiten sind, ob das die Zweiklassenmedizin ist, oder in der Altenpflege, was weiß ich, also, das steht bei mir ganz oben.“

(6, m., LE+): „Weil ich immer wieder ungerechte Verhaltensweisen erlebe, das ist naja, nur weil jemand kein Geld hat, hat er halt nicht die Schulbücher, die er braucht, oder solche Sachen. Oder weil sich einer einen guten Anwalt leisten kann, kommt er besser weg bei einer Gerichtsverhandlung wie andere. Das kann irgendwie nicht sein, da bin ich irgendwie sehr dagegen.“

Bezüglich eines Ausweges aus dieser festgestellten Ungerechtigkeit herrscht eine gewisse Sprachlosigkeit. Für einen Teil der Gruppen käme implizit der eigene materielle Ausgleich – also eine Angleichung des Lohnes an West-Niveau – der Erfüllung des eigenen Gerechtigkeitsanspruchs gleich. Gerechtigkeit wäre so ein rein materieller, ökonomischer Aushandlungsprozess. Zugleich wird aber auch ein Unbehagen an einer solchen, stark gruppenbezogenen und auch mit anderen Einkommensschichten entsolidarisierenden, materiellen Definition von Gerechtigkeit hervorgebracht.

(3, m., LE+): „Also eine Verkäuferin, die von Montag bis Samstag arbeiten gehen muss für ein erbärmliches Geld, wenn die wüsste, was ein Bauhelfer, der wirklich zu dumm ist, einen Eimer Wasser umzukippen, verdient, was der bekommt, das ist eine Ungerechtigkeit ohnegleichen.“

11 Bereits Franz Walter: Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung, S. 176f.

(2, w., LE+): „Gerechtigkeit, das ist für mich auch, dass jeder unabhängig von seiner Herkunft, von seinem sozialen Status der Eltern etc. gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Kindergarten, Schule etc. hat. Wenn wir anfangen, dass Eltern privat die Bildung der Kinder finanzieren, und finanzieren müssen, machen wir das, was wir seit geraumer Zeit ja verfestigen [...]. Insofern keinen Schritt zurück.“

Die Sprachlosigkeit bezüglich eines positiven Gerechtigkeitsbegriffs, eines gesellschaftlichen Ideals jenseits des monetären Ausgleichs wird allein durch die Chancengleichheit in der Bildung durchbrochen. Darüber hinaus fällt es den Proband_innen scheinbar leichter, eine Definition von Gerechtigkeit anhand weniger technisch fortgeschrittener Gesellschaften (Litauen, ländliche Regionen Indiens) zu formulieren, denn sie aus dem eigenen gesellschaftlichen Umfeld abzuleiten. Erst hier entspannt sich eine Debatte über die Frage, inwieweit Gerechtigkeit, Wohlstand, Fortschritt und Glück zusammenhängen. Bei aller Einsicht in die Problematik der Romantisierung von deutlich ärmeren Gesellschaften schwingt hier ein Unbehagen am Ist-Zustand reicher Gesellschaften wie der deutschen mit.

(8, m., LE+): „Aber ich denke, es muss jeder Mensch mal wieder für sich definieren, was will er denn. Braucht er unbedingt in seinem BMW oder Mercedes und das Haus noch mal aufgestockt, die Zufriedenheit hat mit materiellen Dingen relativ wenig zu tun. Und fließend Wasser aus der Wand ist auch schön. Dort [in Indien] im Winter sind die zum Dorfbrunnen gegangen, richtig wie man es aus dem Märchen kennt [...]. Ich meine das ist, das erscheint für einen Außenstehende sicherlich romantisch und märchenhafter als es ist, aber was die Menschen für eine Zufriedenheit ausstrahlen, das suche ich hier wirklich vergeblich. (Zustimmung von 4, w., LE+) Und wir haben hier den Wohlstand vom Feinsten.“

Interessant hieran ist die Möglichkeit an die bestehenden Debatten um Postwachstumsgeellschaften und die Steigerung von Gleichheit in der Gesellschaft anzuknüpfen, die beide am Glücksbegriff andocken und auch und gerade im grünen Umfeld diskutiert werden.

Als möglichen Kontrapunkt zur Ungerechtigkeit wird, zumindest in einer der Gruppen, der Wert der **Solidarität** ausgewiesen. Allerdings verhält es sich mit der Solidarität ähnlich wie mit der Gerechtigkeit, sie wird als nicht vorhanden angenommen. Zudem ergibt

sich aus der Diskussion kein Anhaltspunkt, welche Zielrichtung, über die eigene Gruppe hinaus, Solidarität haben könnte, obwohl der Wert in den Werterankings eine eher positive Zuschreibung erfahren hat.

Deutlich raumgreifender ist die Debatte über die **Eigenverantwortung**, sind sich die Gruppen der Bedeutung und den Möglichkeiten verantwortungsvollen Handelns deutlich bewusst. Das Spektrum des zumeist appellativen Einforderns verantwortlichen Handelns ist breit und differenziert, aber eben auch punktuell und oberflächlich. Somit bleibt die Debatte weit hinter den selbstaktivierenden, eigenverantwortlichen Imperativen der Gruppen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zurück. Eigenverantwortung verharret in diesen Gruppen scheinbar noch im Stadium des sich-bewusst-Machens, ohne konkrete Handlungsanweisungen zu liefern. Ein durch Verantwortungsbewusstsein geprägter Konsum wird, wie auch schon in den weniger wohlhabenderen Neuwähler_innengruppen, nicht assoziiert, nur einmal beiläufig mitgedacht.

(6, w., DD+): „Wir selbst können entscheiden oder sollten entscheiden, verantwortungsbewusst. Dieses Ganze steuern, wie bei den anderen Punkten schon gesagt, beim Müll oder über die Bildung der Kinder, die Förderung der Kinder, über die Förderung von Alten, Kranken, Geschädigten usw. Das alles kann man schon selber beeinflussen. Die Spendenaktionen für irgendwelche Vereine, die mit krebskranken Kindern rausfahren, das kann man doch in der Eigenverantwortung schon steuern, das geht, denke ich. Aber das geht manchmal ein bisschen verloren.“

(5, m., LE+): „Eigenverantwortung habe ich so umschrieben: Für sich und seine gesamte Umwelt. Ja. Nicht nur Deutschland, nicht nur Europa. Die ganze Welt. Nur muss man sich tagtäglich damit beschäftigen und nicht erst seit gestern, sein ganzes Leben, sonst hängt man irgendwo hinterher.“

(4, w., LE+): „Wir sind alle zuständig. Das ist unsere Welt, um es mal global zu sehen, das ist unsere Stadt, das ist unser Bundesland, wie auch immer. Das ist unser Leben und da müssen wir auch was tun. Man kann da immer sagen, wir müssen was tun. Wir können immer alle sagen, ich will dies, ich will das, ich will jenes. Ich will glücklich sein. Ich will einen Internetanschluss haben. Für das, was ich will, muss man eben auch mal was tun, was man nicht so gern mag. Das ist dann eben so.“

Konkret wird die Eigenverantwortung indes dort, wo sie im Zusammenhang mit Bildung diskutiert wird. Die eigene Verantwortung für den Bildungserfolg und die daraus resultierenden Chancen bildet eine zentrale Säule des Diskurses – allerdings auch, weil der Staat in puncto Bildungsgerechtigkeit als Akteur abgeschrieben scheint. Zugleich wird aber deutlich unterschieden in jene, die eigenverantwortlich handeln können, und jene, die dazu nicht in der Lage sind. Ein Scheitern – auch in Form von Arbeitslosigkeit – wird hier auch als Resultat einer eigenen Leistungsunwilligkeit verstanden. Die Nähe zur und der Glauben an die Chancengesellschaft ist hier im konkreten Fall größer als das Bewusstsein für die (in der Gerechtigkeitsdebatte formulierten) Gerechtigkeitsdefizite.

(8, m., LE+): „Also wenn jeder für sich selbst Verantwortung übernimmt, dann muss er ja auch Leistung bringen. Sonst kann er ja nicht zurechtkommen. Dann geh ich ja nicht zum Sozialamt.“

(1, w., LE+): „Und Eigenverantwortung klar, jeder hat das nicht, ich denke, da müssen wir auf verschiedene andere Sachen vielleicht verzichten, weil Bildung ist wirklich das A und O. [...] Da muss ich eben ein wenig Geld für die Bildung in die Hand nehmen. [...] Und wer, ich sag mal, einen ordentlichen Bildungsstand hat, 'ne ordentliche Berufsausbildung, es muss auch nicht immer ein Studium sein, der findet einen Arbeitsplatz. Der kann mir nicht erzählen, dass er arbeitslos ist.“

Der Aspekt der **Nachhaltigkeit** wird weitestgehend als eine – positiv besetzte – Einsicht in deren Notwendigkeit angesehen. Dabei kann, ein klassisches Deutungsmuster aus den vorangegangenen Erhebungen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, Nachhaltigkeit den Fortschritt einhegen, ihm Richtung und Sinn geben. Auch bezüglich der Bildung, der Ressourcen, der Wirtschaft und des (Finanz-)Haushaltes wird auf Nachhaltigkeit gepocht – hier vor allem übersetzbar als Vernunft und Weitsicht, jenseits ferner ökologischer Katastrophen.

Vielmehr bildet die Gleichsetzung von Nachhaltigkeit und Ökologie die Ausnahme. Nur indirekt, etwa über die ökonomische Kritik an den Auswüchsen einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft, findet sich auch eine ökologische Definition von Nachhaltigkeit. Auch das Argument der Generationengerechtigkeit, die die Welt der Kinder und Enkel_innen von morgen in den Blick nimmt, folgt, knapp ein Jahr nach Fukushima stärker sozialen denn ökologischen Überlegungen.

(5, m, DD+): „Wenn wir nicht aufpassen, und unsere Entwicklung nachhaltig gestalten, dann sägt sich die Menschheit den Ast ab, auf dem sie sitzt [...] Wir können hier nicht einfach nur wirtschaften, dass es hier immer nur darum geht, höhere Leistung und immer mehr und immer besser. [...] Wir sind eine Wegwerfgesellschaft, es ist nicht mehr in, was wir da haben, da schmeißen wir das weg. Einmal die Arbeit, die da drin steckt, die ja auch mal bezahlt worden ist, irgendwann, und dann natürlich auch die Rohstoffe, die nicht mehr werden auf der Welt.“

(2, w., LE+): „Weil die Nachhaltigkeit ist für mich überhaupt die Bedingung, damit Entwicklung möglich ist, als auch der Kitt der die Generationsfolge zusammenhält. Es ist für mich auch ein faires Umgehen mit nachfolgenden Generationen. [...] Und nicht nur wegen der ökologischen Entwicklung, sondern auch wegen den sozialen Entwicklungsmöglichkeiten, die wir haben.“

Eher noch wird gar Kritik an den Prämissen ökologischer Nachhaltigkeit formuliert, sowohl in Hinblick auf deren Übersetzung in gesellschaftliches Handeln als auch auf deren Reichweite in Anbetracht der Größe der Aufgabe. Ebenso werden ökonomische Einwände – und damit der Vorwurf eines Ungleichgewichts von ökologischen Anstrengungen versus ökologischen Nutzen – diskutiert, die zeigen, dass Umweltpolitik und Umweltgesetzgebung auf eine Reihe von Vorbehalten stoßen können.

(8, m., LE+): „In Indien könnte man mit dem Hundertstel von den Investitionen, die wir hier für Umweltschutz ausgeben, könnte man dort wirklich sehr viel mehr für die Welt tun, für das Klima als wir hier, wo wir schon die umweltfreundlichen Autos fahren. [...] Da sollte man lieber das Geld nehmen und dort viel sinnvoller einsetzen.“

(5, m., DD+): „Da ist jetzt aus meiner Sicht, eine Fehlentscheidung gefallen. Wir gehen von der Atomenergie weg, die ganzen Anklagekosten, was das gekostet hat, ignorieren wir, machen einen Strich und wir haben keinen Ersatz dafür [...]. Die Erneuerbaren decken ja nicht das, was die Atomenergie gebracht hat [sic!], wenn wir jetzt wieder die Braunkohle hernehmen, das kostet auch nicht wenig. [...] Man hätte das schrittweise machen müssen.“

Kaum zu trennen von der Debatte um die Nachhaltigkeit ist die um den Begriff des Fortschritts, die vor allem in einer Gruppe leidenschaftlich geführt wurde. In der vornehmlich

kritischen Bewertung des Begriffs vermischen sich zunächst zwei Ebenen, zum einen das schon in anderen Bereichen angesprochene Unbehagen am Fortschritt, zum anderen die Einsicht in die Notwendigkeit von Fortschritt oder zumindest dessen Unaufhaltbarkeit. Hier allerdings differenziert sich die Kritik in zwei Strängen aus. Während ein kleinerer Teil der Diskussionsteilnehmer_innen dieser Entwicklung neutral bis leicht positiv gegenübersteht,

(4, w., LE+): „Irgendwo kommt das ja alles her. Und wir sind ja auch für vieles dankbar, was es gibt und das wäre ja auch ohne das Streben nach Fortschritt, nach Entwicklung alles nicht.“

(3, m., LE+): „Weil der Fortschritt ist für mich wichtig für die Weiterentwicklung. Das heißt also, wie geht das ganze überhaupt weiter. Und wenn ich keinen Fortschritt mehr erziele, also kein Wachstum. Fortschritt, Wachstum, dann bleibe ich stehen.“

steht ein größerer Teil der Gruppe diesem Automatismus, seinem Selbstzweck zum einen und seiner falschen Stoßrichtung zum anderen, kritisch gegenüber.

(2, w., LE+): „Diese Art von Fortschrittsgläubigkeit, also wo wir nur noch draußen vorstehen, also die könnt ich wegschießen. Wenn jetzt das um Lernen und Bildung usw., also ich glaube das ist jetzt auch weder eine verbrauchende Ressource, das ist eine aufbauende, die mit Muße zu tun hat, die auch wirklich Gewinn bringt und dazu ist auch wieder Zeit notwendig. Wir wollen ja auch keine Ökodiktatur, wollen wir gar nicht mehr haben, aber wir brauchen auch einfach wieder Zeit, zur Besinnung zur Gelassenheit, wo man nicht erst 50/60 werden muss, wo man sich ein bisschen zurücknimmt und sagt: War es das nun?“

(1, w., LE+): „Man geht ja weiter in seinen Gedanken und ich denke auch an den medizinischen Fortschritt und den will ich ja, ich will ja nur nicht technischen Fortschritt.“

(8, m., DD+): „Fortschritt um des Fortschritts Willen, das treibt eben unter Umständen auch Stilblüten. Wenn man all die „Fortschritte“ in der Autoentwicklung nimmt, die großen Autos. Und da muss man sich schon mal ansehen, was das ist, Fortschritt in der Gesellschaft.“

Die Ablehnung des Fortschritts lässt sich vor allem auf zwei Nenner bringen, die auch in den anderen Bundesländern eine gewichtige Rolle spielten und als klare Indizien für eine Verschiebung auf der Ebene der Werte – wie in den vorangegangenen Erhebungen insbesondere in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppen zu beobachten war – gewesen sind: Die Kritik am Wachstumsbegriff und dessen Konsequenzen,

(2, m., LE+): „Wir haben ein ganz verqueres Verständnis von Entwicklung von Gesellschaft, als ob dieses Wachstumsidol quasi ... also es schafft ja die Probleme, die wir heute haben. Was nicht negiert, dass es in einzelnen Gebieten weiter gehen muss, aber nicht gekoppelt an diese Art von Wachstumsmodell, das wir jetzt haben. [...] wenn er in der Regel verstanden wird und gekoppelt wird an diese Art von Wachstumslogik, die wir jetzt quasi hier, in Europa, in Amerika erleben. Wogegen ich mich wehre, ist eine Selbstlogik dieses Fortschritts, der eigentlich nicht mehr fragt, wozu. Wo ist eigentlich der Sinn des Lebens?“

(7, w., LE+): „Habe Fortschritt verbunden mit Wirtschaftswachstum [...] dieses unbedingte Streben nach Fortschritt also dieses Leistungsprinzip, teilweise auch immer noch diese Fortschrittsgläubigkeit, insofern ist es negativ assoziiert.“

(8, m., LE+): „Ich habe schon meine Zweifel, ob der ewige Fortschritt und speziell auch diese Marktwirtschaft, die halt diesen Grundgedanken des Fortschritts in sich hat, ob die den Menschen für ihr Wohlbefinden gut tut. Ich bin mehr und mehr der Meinung, also ich hatte früher auch da eine ganz andere Einstellung, aber ich denke, das hat auch was mit dem Alter zu tun.“

zu denen, neben dem Nachhaltigkeitsdenken zuwider laufenden Entwicklungen, vor allem ein (ungutes) Gefühl der Beschleunigung zählen muss.

(2, w., LE+): „Ich komme gar nicht mehr dazu, Muße zu haben, das zu genießen... Also es ist eine Verkehrung und wechselseitige Enttäuschung da...“ (8, m., LE+): „Es geht immer schneller...“ (2, w., LE+): „Man wird zum Objekt dieser Entwicklung, statt eigentlich Gestalter dieser Entwicklung zu werden.“

Der Ausweg aus diesem Dilemma lautet für einige (nicht für alle) – gespeist aus einem sehnsüchtigen Blick zurück (bzw. wie in der Debatte um Gleichheit und Glück gesehen, in romantisch-verklärtem Blick auf archaischen Gesellschaft) – Rückschritt bzw. Verzicht.

Ohne die ökonomischen Folgen – bezogen auf die Volkswirtschaft, aber auch bezogen auf das eigene Leben – weiter zu diskutieren, zeigt sich ein diffuser Wunsch nach Entschleunigung und Vereinfachung statt nach Fortschritt und Wachstum. Hier der Sprachlosigkeit der Proband_innen einen (politischen/ökonomischen/ökologischen) Ausweg zu weisen, könnte ein Rezept sein, dieses Unbehagen an Fortschritt, Wachstum und Beschleunigung politisch aufzufangen und zu binden.

(1, w., LE+): „Ja, das ist ja das große Problem, den Luxus, den wir jetzt haben, 'ne Schraube zurück zu drehen, das geht ja kaum.“

(8, m., LE+): „Und das ist nämlich ein Riesenproblem, ich weiß nicht, wer das vorhin gesagt hat, aber wo das dann noch hinführen soll, das weiß ich ehrlich gesagt nicht. Wir müssen mal wieder ein paar Stufen zurückgehen, aber auch weder zu uns finden. [...] Ne, und da stimme ich mit (2, w., LE+) auch weit überein. Ich bin zwar Diplomingenieur, und sicherlich auch angehalten gewesen, mein Leben lang immer nach neuen Dingen zu suchen, die was schneller, effektiver gestalten, aber ich habe da auch meine Zweifel, inwieweit das, ich sag mal, den Menschen überhaupt noch gut tut.“

Leistung rangiert, wie so oft in den Erhebungen, eher auf den hinteren Plätzen in der Werteskala. Das heißt nicht, dass Leistung als Wert generell abgelehnt wird, gerade von sich selbst erwarten die Proband_innen Leistung, noch mehr allerdings von jenen, die staatliche Leistungen empfangen. Auch ist die Kritik an der Leistungsüberforderung der eigenen Kinder in der Schule – in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein einer der zentralen Orte der Leistungskritik – aufgrund einer deutlich positiven Aufgeschlossenheit gegenüber schulischer Leistung als Grundlage späteren Erfolgs weitaus geringer ausgeprägt. Dennoch wird auch in diesen Gruppen von Leistungsträger_innen – und nicht wenigen Selbstständigen – ein gewisses Unbehagen am Leistungsbegriff formuliert, der vor allem mangelnde Leistungsentsprechung, analog zur Gerechtigkeitsdebatte kritisiert. Zugleich wird aber das ebenso vielgestaltige wie als dominant wahrgenommene Leistungsprinzip als Aufhänger grundlegender Leistungskritik vorgetragen.

(8, m., LE+): „Ich bin kein Maschinenstürmer, aber man muss sich mal denken, wie es ist, wenn die Spirale sich immer schneller dreht.“

(5, m., DD+): „Die Gesellschaft neigt dazu zu sagen, ich muss der Beste sein, ja,

und gesehen wird immer nur der Erste, obwohl der Zweite, bei Rennschlitten sind es nur hundertstel Sekunden, da sieht man gar nicht, dass die Folgenden in dieser Leistungspyramide ziemlich dicht darunter stehen, das ist der eine Aspekt, warum ich dagegen bin, nur die Leute an der Spitze anzuhimmeln, als würden die anderen gar nichts tun. [...] An der Stelle ist die Gesellschaft nicht in Ordnung, diese Schichtung und Bewertung, deswegen muss man mit diesem Leistungsbegriff ein bisschen vorsichtiger sein.“

4.3 Wertediskussion Altwähler_innen

Die freien Wert-Assoziationen kreisen auch bei den Altwähler_innen zunächst um Werte wie **Ehrlichkeit** und **Geradlinigkeit**, aber auch ganz zentral **Freiheit** und in einer Gruppe bereits recht deutlich um **Gerechtigkeit**. Freiheit wird als wichtig erachtet – da sind sich alle einig. Aber welche Freiheit genau – da gehen die Meinungen wieder auseinander. Einerseits scheint insbesondere die Meinungsfreiheit relevant, andererseits sollte die „Handlungsfreiheit“ auch Grenzen haben. Zudem wird hier die zentrale Rolle des Berufslebens sichtbar: Etwas überspitzt: Man lebe zwar – äußerlich – in einer gesicherten Demokratie, doch innerhalb dessen sei man mehr oder weniger im Berufsleben“ gefangen, in dem ganz andere Regeln herrschten, man eben keine Freiheit habe.

Gerechtigkeit wird, wie auch schon in den anderen untersuchten Bundesländern, bei den Altwähler_innengruppen in einer Mischung aus Hoffnung und Skepsis verhandelt. Hoffnung in dem Sinne, dass Gerechtigkeit für das gesellschaftliche Zusammenleben – in Freiheit und für alle, auch die benachteiligten Teile der Gesellschaft – die zentrale und notwendige Maxime sein sollte und deshalb eine Grundbedingung für gesellschaftliches Zusammenleben sein müsste. Skepsis formuliert sich aber dahingehend, ob Gerechtigkeit erreichbar, und, wenn ja, durchsetzbar sei. Gerechtigkeit, bzw. konkreter: eine gerechte Gesellschaft, wird eher als Utopie angesehen.

(8, m., DDA): „Gerechtigkeit ist mir sehr wichtig. Mir geht's da im Wesentlichen ...“ [aufgebracht unterbrochen von (4, w., DDA): „Darf ich dazu mal eben eine

Frage stellen? Welche meinen Sie? Jedem das Seine oder alle das gleiche?“ (8, m., DDA): „Das ist mir jetzt zu philosophisch. Einfach, dass man nicht nur an sich denkt, sondern jeder auch rechts und links guckt, die Mitmenschen sieht. Und, ich weiß, dass es 100%ige soziale Gerechtigkeit nie geben wird. Dass das also eine Utopie ist. Aber trotzdem, ich wünsche mir, und das ist mir sehr wichtig, dass es gerecht zugeht in unserer Gesellschaft und dass Leute, die, jeder hat eine Ehre, die Ehre des Menschen ist unantastbar, und egal, ob jemand viel verdient oder wenig verdient, dass die Menschen gleich behandelt werden.“

Im Unterschied zu den Gruppen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein – und eher in Anlehnung an die Neuwähler_innengruppen in Sachsen – wird der empirische Nachweis für die bestehende Gerechtigkeitsdefizite unmittelbar aus dem eigenen Erleben von Ungleichheit abgeleitet. Im Zentrum dieser Debatte steht wiederum das unterschiedliche Lohngefälle zwischen Ost und West, aber auch das zwischen Männern und Frauen im Konkreten sowie die grundlegende Kritik am sozialen Gefälle, nicht aber die Kritik an einer ökonomisch bedingten juristischen Ungleichheit.

(1, m., DDA): „Ich habe bei der Gerechtigkeit zwei Punkte: Kampf um gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit bei Frauen, und Kampf um gleiche Bezahlung in West und Ost [Zustimmung]. Das ist für mich himmelschreiend, dass es diese Unterschiede nach zwanzig Jahren immer noch gibt. Aber ich finde den bei den Frauen eigentlich noch schlimmer, dass die Frauen ein Viertel weniger verdienen im Durchschnitt als die Männer, für die gleiche Arbeit. Das ist eine Sauerei.“

Deshalb scheint auch ein Ausweg aus diesem Dilemma schwierig, zumal die Altwähler_innen weitaus stärker als andere Gruppen Binnendifferenzierungen und Widersprüche diskutieren, die letztlich dann einen zentralen Ausweg weisen (den sie aber auch hinterfragen): die Chancengleichheit. Erst aus der Bereitstellung gleicher Chancen, die sowohl eine staatliche Aufgabe sei (Bildungspolitik) als auch eine gesellschaftliche (Verantwortung gegenüber anderen), ergäbe sich näherungsweise eine gerechte(re) Gesellschaft. Die Differenzierungen verweisen zudem auf die Zuständigkeit beider politischer Sphären – Staat und Bürger.

(6, m., LEA): „Aber es ist mir halt am Ende wichtig, dass dort Regelungen getroffen werden, auch unter Beschneidung des Einzelnen, dass alle – wir haben nicht alle dieselben Starbedingungen – aber zumindest die Chance haben, alle was Großes zu werden. Ich denke z. B. daran, dass wir heutzutage in Unis Kinder haben von größtenteils universitär gebildeten Leuten oder relativ wohlhabenden

Leuten, weil halt Kinder aus ärmeren Schichten gar nicht mehr so weit kommen. Ist für mich ein großes Problem, dass wir das nicht in die Reihe bekommen, diese Gerechtigkeit herzustellen. Warum ist dieses Kind aus der Arbeiterfamilie weniger wert, da gibt's keinen Grund dafür.“

(4, w., LEA): „Wenn Menschen das Gefühl haben: Ich werde würdig behandelt, und meine Nachteile, vielleicht meine schlechten Ausgangsbedingungen, da wird versucht, dass ich da trotzdem Chancen habe, mich zu entfalten, mich zu entwickeln. Glaube ich, dass dann auch die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung gestärkt wird, und das Engagement von Menschen und das Selbstwertgefühl von Menschen.“

Neu- und Altwähler_innen unterscheiden sich jedoch insofern, als dass letztere weniger die eigene *peer-group* im Blick haben als vielmehr die gesamte Gesellschaft, wie es sich besonders deutlich im Begriff der **Solidarität** zeigt. Hierbei fungiert Solidarität indes als gesellschaftlicher Kitt, dessen Notwendigkeit als Ausgleich für Ungerechtigkeit eigentlich und bestenfalls überwunden werden sollte und der im Nahbereich beginnen muss. Wenn sich alle Teile der Gesellschaft in diesem Sinne *bewusst* richtig verhielten – ein normativer Anspruch, dessen Grenzen vorher noch ganz offensichtlich diskutiert wurden – würde eine gerechte Gesellschaft entstehen, die der Solidarität nur begrenzt bedürfe.

Darüber hinaus zeigt sich ein weitaus umfassenderes Verständnis von Solidarität als in den Neuwähler_innengruppen. Während dort der eigene Nahbereich den Zielort von Solidarität bildet, ist für die Altwähler_innen der Nahbereich lediglich der Ausgangspunkt einer umfassenden gesellschaftlichen Perspektive, bis hin zur globalen Sicht, die als Arena von Solidarität erkannt wird. Europa und die notwendige und richtige Solidarität mit Griechenland ist ein Stichwort, die Weltgesellschaft ein anderes.

(7, w., DDA): „Wenn man für sich selber, für andere Verantwortung übernimmt, dann ist Solidarität dabei eigentlich schon passiert. [...] Und eine Extra-Solidarität, wo ich dann noch irgendwas spende oder so, dürfte dann gar nicht mehr nötig sein. Idealistisch ausgesprochen.“

(6, w., DDA): „Wobei ich den Solidaritätsbegriff nicht auf das kleine Umfeld selbst projiziert habe, sondern eher auf das große Ganze [...] Mit Zusammenhalt, Kluft zwischen Arm und Reich, diese Schere, die sich da so auftut, das

kommt mir im Moment auch ein bisschen zu kurz, das wird immer so ein bisschen von oben herab..., auf die, die sowieso schon nix haben..., ihr seid ja selber schuld, dass ihr nix habt, dass ihr da unten seid, Pech gehabt, selbst in sehr vielen Leitmedien, was mir so ein bisschen gegen den Strich geht. [...] Und deswegen ist für mich diese Solidaritätsgeschichte wichtig, wir sind für die mitverantwortlich, bis zu einem gewissen Grade zumindest.“

Wie aus dem vorangegangenen Zitat bereits hervorgeht, wird der Begriff der **Eigenverantwortung** ähnlich umfassend und auf das gesellschaftliche Zusammenleben fokussiert ausgedeutet. Allerdings, und hier im Unterschied zu den Altwähler_innengruppen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, wird der Begriff zugleich abstrahierter und globaler ausgedeutet, viel weniger aber konkret etwa in Form verantwortungsvollen Konsums. Ein deutlicher Unterschied zu den Neuwähler_innengruppen ist die starke Betonung der Differenzierung des Wertes in Eigenverantwortung und Verantwortung. Während Eigenverantwortung das Selbst in die Pflicht nimmt, auf sich zu achten, sich einzubringen (auch: sich frei fühlen zu können), referiert die Verantwortung allgemein die Notwendigkeit eines positiven gesellschaftsorientierten Handelns – sehr deutlich verweist dieser (Eigen-)verantwortungsbegriff auf die (christliche) Nächstenliebe. Eigenverantwortung wird demnach kollektiv gedacht, als Verantwortung für einen selbst als Basis wiederum für Verantwortung für Andere – als Ermöglichungsstrategie der Vielen. Verantwortung und Eigenverantwortung sind mithin grundlegend für Gerechtigkeit und Solidarität, bilden den Basiswert, aus dem die anderen folgen.

(5, w., DDA): „Wenn ich mich selber ausbrenne, dann bin ich irgendwann, gerade auch in sozialen Berufen, dann bin ich nicht mehr tragbar. Und dann geht mein Verantwortungsbewusstsein nach hinten los. Deshalb hier auch eine ganz bewusste paritätische Teilung zwischen Eigenverantwortung und Verantwortung. Das hat was mit der Nächstenliebe zu tun. Ich kann meinen Nächsten nur so lieben, wie mich selbst. D.h. ich muss mich erst mal lieben, um meinen Nächsten zu lieben. So sehe ich auch diese Verantwortung bzw. Eigenverantwortung.“

(8, m., LEA): „Mir fiel zu dem Wert, für die Kinder, für das für seine Umwelt tun, im Sinne von Schopenhauer, ein. Ich glaube einfach, wenn wir uns alle darum bemühen, das Beste für das Umfeld, das Beste für den Gegenüber, wie auch immer, zu tun, dann entsteht niemandem Schaden oder ist die Wahrscheinlichkeit,

dass anderen Schaden zugefügt wird oder mir selbst Schaden zugefügt wird, am geringsten.“

Gleichwohl sind sich die Befragten auch der zwiespältigen Rolle von Eigenverantwortung und deren Grenzen bewusst. Eigenverantwortung als – egoistischer – Selbstzweck wird abgelehnt. Am weitesten geht in diesem Zusammenhang der Appell, eine Kultur des Scheiterns zuzulassen, die offene Verantwortungsübernahmen für fehlerhaftes oder erfolgloses Handeln belohnt und respektiert, nicht aber bestraft.

(1, w., LEA): „Eigenverantwortung, obwohl man das wahrscheinlich ein bisschen relativieren muss, weil es mir nicht darum geht, dass jeder auf Gedeih und Verderb eigenverantwortlich sein soll.“

Interessant ist aber zugleich die Betonung von Selbstständigkeit als Geisteshaltung, die in Verbindung mit der Eigenverantwortung mehrfach angesprochen wird. Hier schwingt stets implizit mit, was mitunter auch explizit ausgesprochen wird und in den Diskussionen immer wieder, auch jenseits der Wertedebatte, zum Vorschein kommt: Die Kontrastierung des eigenen Lebens vor der Erfahrung eines eigenen Lebens in der DDR. Insbesondere von Seiten derer, die vor 1989 in Konflikt mit dem Regime gekommen sind, ist es die Freiheitskomponente der Eigenverantwortung, die den Wert ganz anders konnotiert als in den bundesrepublikanischen Vergleichsländern. Aber auch jenseits solcher Erfahrungen ist es – bezüglich Bildung, Ausbildung, Arbeit, Freizeit – die Selbstständigkeit als eine Form von verantwortlicher Freiheit, die möglicherweise die ostdeutsche Spielart des bewussten Handelns darstellt. Nicht die Einsicht in die Notwendigkeit, sondern die Fähigkeit zum freien Handeln bildet die Basis verantwortlichen Handelns und stellt so aus unterschiedlicher Perspektive die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Individuum.

(1, w., LEA): „Und meiner Meinung nach kann man heutzutage eine gesellschaftliche Teilhabe nur erreichen, wenn man eine gewisse Selbstständigkeit hat und in der Lage ist, sich in der Gesellschaft zu orientieren und selber zurechtzufinden.“

Der **Nachhaltigkeitsbegriff** unterscheidet sich indes kaum von dem in den anderen Bundesländern. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit ressourcenschonender, umweltfreundlicher und langfristiger Produktionsweisen ist vollkommen akzeptiert. Deutlich wird aber zugleich, auch hier den anderen grünen Altwähler_innengruppen ähnlich, eine Kritik an

der Abnutzung des Begriffs. Das Verhältnis zur Nachhaltigkeit ist viel weniger ein emphatisches als vielmehr ein zweckrationales. Polarisieren kann der Wert demnach meist nur dort, wo er, mit Beispielen unterfüttert, gegen offen nicht-nachhaltiges Handeln gewendet werden kann – sei es in der Wirtschaft, sei es in der Politik, sei es in der Gesellschaft.

(3, m., LEA): „Darf man da überhaupt drüber reden, und wenn ja, wie kann das gehen und Umweltpolitik ist zwar in den letzten 20 Jahren eines der Topthemen geworden, aber das eigentliche Bewusstsein dafür, dass die CO₂-Werte einfach sinken müssen, dass in 50 Jahren noch ein Überleben notwendig ist, das ist eben nicht in den Köpfen.“

Dennoch ist Nachhaltigkeit als Lebensprinzip für die meisten Befragten, im Sinne (eigen-) verantwortlichen Handelns – auch und gerade aus Verantwortung für die kommenden Generationen – wichtig. Trotz Kritik am Begriff und bemängelter Umsetzung nachhaltiger Prinzipien in Wirtschaft und Gesellschaft, versuchen sich die Befragten dennoch eines positiven evolutionären Prozesses zu vergewissern.

(8, m., DDA): „Dass man sparsam umgeht mit den vorhandenen Ressourcen, dass man auch an die nachfolgenden Generationen denkt, [...] dass man besonnen mit dem umgeht, was man hat, weil man auch an die nachfolgenden Generationen denken muss.“

(1, w., LEA): „Und das ist für mich ganz wesentlich ist, dass es mentale Veränderungen gibt und wirklich die Wahrnehmung von solchen Zuständen und die ganze Nachhaltigkeitsdebatte. Wenn man überlegt, in den 70er Jahren, Anfang der 80er, da waren die Grünen noch, was die Piraten vielleicht heute sind. Und wie diese Themen, die die Grünen aufgegriffen haben, wirklich in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und wie sowohl CDU, SPD, also quasi jede Partei versucht hat, diese Themen mittlerweile aufzugreifen. Da glaube ich schon, dass man ein gewisses Umdenken auch durchaus merkt und dass das zwangsläufig, kommt natürlich auch drauf an, wann, aber zwangsläufig, in politische und wirtschaftliche Prozesse Eingang findet. Und insofern sehe ich schon, dass sozusagen die Folgen der industriellen Revolution, der Industriegesellschaft wie sie bis in die 70er Jahre hinein relativ kritiklos hingenommen wurden... Also da sehe ich schon einen großen gesellschaftlichen Wandel, der sich im Anlauf befindet.“

Fortschritt ist denn auch ein in dieser Hinsicht zweigeteilter Wert. Sofern sich Fortschritt auf sozialen Fortschritt – etwa die Humanisierung von Arbeit –, auf menschliche Entwicklung bezieht, dann wird dieser auch als positiver Wert verhandelt. Dennoch zeigt sich im Werteranking, dass Fortschritt und Leistung weit abgeschlagen sind, begründet in der Verquickung von Wirtschaftswachstum und Fortschritt. Ein Wirtschaftsmodell, das sich an Wachstumsimperative anlehnt, stößt auf breite Ablehnung, zu starke Folgen zeitigen die *Grenzen des Fortschritts*, die sich in der Endlichkeit von Ressourcen ebenso zeigen wie in ständigen Umweltkatastrophen. Diesem Unbehagen etwas Konkretes entgegenzusetzen, das fällt aber den meisten Befragten schwer, einzig ein Diskussionsteilnehmer hält ein emphatisches Plädoyer für eine Postwachstumsökonomie. Hier kommt grüner Politik noch stärker ein Auftrag zur Aufklärung zu, konkret eine Auseinandersetzung mit den Prämissen von *Green New Deal* und *Postwachstumsökonomie*.

(4, w., LEA): „Wenn dann so in dem Sinne, was Sie gesagt haben, mit dem Wirtschaftswachstum, ich habe da wenig Ahnung. Aber doch das Gefühl, dass diese Gesellschaft, diese Wirtschaftsgesellschaft schon auf dem Vorzeichen basiert, dass es eigentlich immer um Wachstum gehen muss, das ist das wesentliche Parameter, Zahlen steigen, das finde ich, glaube ich, das ist ein Irrweg. Ich habe da zu wenig Ahnung, als dass ich sagen könnte, wie man ein Gesellschaftsmodell strickt, wo das anders ist.“

(3, m., LEA): „Ich finde das sehr gut, dass ein anderer Begriffsinhalt diesem Wort eben hinzugefügt wird, weil auch dieser Begriff sicherlich bewusst sehr offen gewählt ist und man sich auch wieder verschiedene Sachen darunter vorstellt. Ich glaube am ehesten eben, dass, wie man ihn in der Politik oder Wirtschaft gebraucht, versteht man das unter Fortschritt, aber das ist natürlich ein viel schönerer, positiverer Begriff, wohingegen der hier angesprochene sozusagen wirtschaftliche Begriff des Fortschritts. Das ist es ja eben so, dass in den Wirtschaftstheorien bis vor ein paar Jahren noch so die Schlagworte herrschten: Wachstum und Kapitalismus ohne Grenzen und: Wer nicht wächst, stirbt aus. Und das ist das, was die FDP eben jetzt noch predigt und vielleicht stirbt deswegen auch die FDP aus [Gelächter]. Seit ein paar Jahren kippt das aber so ein bisschen. Dass die Wirtschaftswissenschaftler eben erkennen, was ganz banales Wirtschaftswachstum ohne Grenzen bedeutet, dass man die irdischen

Ressourcen aufbraucht und deswegen: Unendliches Wachstum ist im Prinzip tödlich, kann man sagen. Wachstum im wirtschaftlichen Sinne funktioniert nur dann, wenn man es ressourcenschonend macht. Und ich glaube, das ist ein echtes Problem der heutigen Gesellschaften, dass noch nicht angekommen ist, und wenn man das nicht in den Griff kriegt, dann sieht es relativ trübe aus, weil das in den Köpfen eben nicht drin ist, erst jetzt fangen Parteien wie die CDU an, darüber nachzudenken, sich öffentlich mal zu Thesen zu äußern, was überhaupt Kapitalismus ohne Wachstum ist, gibt's das überhaupt?"

Überraschend ist in den Gruppen eine – in Relation zu den anderen untersuchten Bundesländern – positivere Einstellung zur **Leistung**. In der Diskussion wird der Wert vor allem als Anspruchshaltung an sich selbst begriffen, seinen bestmöglichen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Ein Anspruch, der auch für alle anderen gelten sollte. Hier unterscheiden sich die grünen Altwähler_innen im gesellschaftszugewandten Denken wiederum deutlich von den anderen in Sachsen untersuchten Gruppen. Das Eigenverantwortliche, auch solidarische Handeln ist eng mit der eigenen Leistung verbunden, die man für die weniger Leistungsstarken zu erbringen bereit ist. Dennoch kann diese teilweise positive Umschreibung von Leistung als positives gesellschaftliches Ideal nicht als Zustimmung zu den Prämissen einer Leistungs(druck-)gesellschaft gewertet werden. Der Zwang zur Leistung, das Auseinanderdividieren von Leistungsfähigkeiten stößt auf breite Ablehnung.

(8, m., DDA): „Man sollte sein Bestes geben, man sollte, ich finde auch Wettbewerb wichtig. Wenn ich sehe, dass jemand anders gut ist, dass jemand anders etwas gut macht, dann ist das ein Anreiz für mich, auch gut zu sein, auch Leistung zu bringen. Das ist wichtig. Weil da kann nicht nur ich profitieren, sondern kann die Gemeinschaft, die Gesellschaft davon profitieren. Leistung finde ich schon wichtig.“

(3, m., DDA): „Die Leistung kommt bei mir zuletzt. Nicht weil zu faul bin, was zu machen, weil es ohnehin eine Leistungsgesellschaft ist, und das steht bei nicht vorderhand. Und wichtig ist wirklich, dass man sich in diesem System noch eine gewisse Menschlichkeit bewahrt.“

Ambivalenter verhält sich die Leistungsdebatte bezüglich der Bildung, die, auch aufgrund des pädagogischen Hintergrunds vieler Befragter, erneut eine wichtige Rolle spielt. Der

positiven Einstellung zu frühkindlichem Lernen steht etwa die Diagnose einer Überforderung von Kindern in einem leistungsorientierten Lernumfeld entgegen. Einem (zumindest teilweise) leistungsorientierten Bildungsideal auf der einen Seite steht die Befürchtung einer Leistungsüberforderung des eigenen Kindes gegenüber. Dennoch scheinen die Befragten in dieser Frage weniger entschiedener auf der Seite der Leistungskritiker als die Befragten in den altbundesrepublikanischen Ländern.

(6, w., DDA): „Aber man muss doch die Kinder... In der Schule müssen sie ja auch lesen und rechnen und schreiben. Warum nicht im Kindergarten? Die können doch eine halbe Stunde mal malen oder basteln oder so. Ne?“

(5, w., DDA): „Ich finde es grauenhaft, dass bereits in der ersten Klasse den Kindern die Kindheit genommen wird. Und obwohl ich Gymnasiallehrer ausbilde, finde ich es schlimm, dass die Kinder in der 5. Klasse jeden Nachmittag nichts anderes zu tun haben als bis um fünf Hausaufgaben zu machen. Da ist noch kein Klavierunterricht dabei gewesen und nichts. Die kommen aus der Schule weil der Schulweg 60 Minuten betragen darf, [...], in ländlichen bis 1,5 Std. und dann sind die Kinder um vier, halb fünf zu Hause und sitzen eine Stunde an den Hausaufgaben. Das sind 10-, 11-, 12-jährige Kinder. Bei dem Begriff Leistung geht mir die Hutschnur hoch, [...] Unsere Leistungsgesellschaft vergisst die Natürlichkeit. Das finde ich grauenhaft. Die Schüler in der dritten Klasse fangen an, sich mit Ellenbogen gegeneinander zu wehren. Ich darf aufs Gymnasium und Du nicht. Das finde ich grauenhaft.“

4.4 Zwischenfazit: Wertediskussion

Die Diskussion um die Werthaushalte der untersuchten Wähler_innengruppen offenbart auf den ersten Blick vor allem Gemeinsamkeiten: Im Zentrum und an der Spitze der Wertedebatte steht der Wert der Gerechtigkeit. Obwohl der Wert der Gerechtigkeit, so häufig er auch vorgetragen wurde, zwar normativ nahezu durchweg positiv besetzt ist, scheitert er vielfach an der wahrgenommenen Realität.

Nicht das Positivbild einer – existierenden oder zu schaffenden – gerechten Gesellschaft bildet den Humus des Gerechtigkeitsdenkens, sondern eine in unterschiedlichen Facetten wahrgenommene Ungerechtigkeit. Gerechtigkeit bildet mithin viel stärker aus einer Differenzenerfahrung heraus die Antithese zur wahrgenommenen Ungerechtigkeit, die sich vor allem aus einer gefühlten wie realen Ungleichheit ergibt. Die ungleiche Bezahlung zwischen Ost und West, auch zwischen Männern und Frauen, die ungleichen Bedingungen in der Rechtsprechung, ebenso in der Verteilung von Reichtum und fehlende Chancengerechtigkeit lassen ein starkes Ungerechtigkeitsgefühl selbst in den wirtschaftlich besser situierten Gruppen deutlich hervortreten.

Dahinter steht gleichwohl keine Idee einer nach Gleichheit strebenden Gesellschaft, wie die Abgrenzungsdebatten gegenüber Hartz-IV-Empfänger_innen zeigen. Selbst in den unterdurchschnittlich verdienenden Gruppen finden sich trotz der kritisierten Schließungstendenzen des gesellschaftlichen „Oben“ auch deutliche Abschließungstendenz in Richtung des gesellschaftlichen „Unten“. Letztlich reduziert sich Gerechtigkeit in den Neuwähler_innengruppen vielfach auf den Wunsch nach höherer Wertschätzung verbunden mit und Ausdruck findend in einer monetären Besserstellung. Ein mögliches Ideal einer gerechten Gesellschaft wird indes vom mehr oder weniger alltäglichen Ungleichheitsgefühl weitgehend überdeckt. Erst wenn diese Ungleichheiten ausgeräumt sind, wird zum Vorschein treten, was eine gerechte Gesellschaft mehr leisten kann, wie viel partizipatorisches Ideal und wie viel partikulares Interesse sich im Gerechtigkeitsbegriff der befragten Neuwähler_innen finden lässt. Chancengleichheit in der Bildung wäre zumindest ein erster und konsensfähiger Anknüpfungspunkt zur Beschreibung und Schaffung einer gerechten Gesellschaft. Auch die sächsischen Altwähler_innen teilen die Diagnose der Ungerechtigkeit, lassen sich davon jedoch nicht vom utopischen Ideal einer „gerechten Gesellschaft“, die vom solidarischen Miteinander aus der eigenen Verantwortung heraus geprägt ist, abbringen.

Beide angesprochenen Werte – Eigenverantwortung und Solidarität – werden ebenfalls von Neuwähler_innen wie von Altwähler_innen vielfach an die Spitze der eigenen Wertepreferenz erhoben und als Auswege aus dem Ungerechtigkeitsdilemma diskutiert. Gleichwohl ergeben sich hier bereits deutlichere Unterschiede. Für die Neuwähler_innen ist Solidarität in Bezug auf die eigene *peer-group* (Netzwerke, Familie, Umfeld) vor allem eine Abwehrhaltung nach Außen und zugleich Schutzraum nach Innen. Für die Altwähler_innen hingegen ist Solidarität viel stärker ein idealistischer gesellschaftlicher Appell globalen Ausmaßes. Solidarität soll ein Bindeglied hin zu einer gerechten Gesellschaft verantwortlicher Bürger_innen bilden, die Solidarität letztlich gar nicht mehr bräuchte. Die Basis dieses Denkens

fußt recht deutlich auf der Idee der Eigenverantwortung, die insbesondere in den Altwähler_innengruppen teils explizit an die Idee der (christlichen) Nächstenliebe anknüpft. Eigenverantwortung wird demnach kollektiv gedacht, in der individuelle Verantwortungsübernahme den ersten Schritt hin zu einer Übernahme von Verantwortung für andere darstellt – als Ermöglichungsstrategie der Vielen. Verantwortung und Eigenverantwortung sind mithin grundlegend für Gerechtigkeit und Solidarität, bilden den Basiswert, aus dem die anderen folgen. Diese Definition kann als ein Verweis auf die kritische Distanz gegenüber – derzeitigem – staatlichen Handelns verstanden werden. Diese ergibt sich aber auch und vor allem aus einer *selbständigen* Geisteshaltung, als eine Form von verantwortlicher Freiheit, die möglicherweise die ostdeutsche Spielart bzw. Übersetzung des westdeutschen bewussten (Konsum-)Handelns darstellt. Erstens scheint hier weniger die Ökologie als vielmehr das Ideal einer freien, solidarischen und gerechten Gesellschaft das einigende Band zu sein; zweitens findet sich vergleichsweise häufig der Rekurs auf christliche Werte – was die spezifisch ostdeutschen Ursprünge von Bündnis 90 in der protestantischen Bürgerrechtsbewegung noch einmal deutlich vor Augen führt.

Diesbezüglich ist die Diskussion um Eigenverantwortung in den Neuwähler_innengruppen eine weitgehend andere. Hier wird die Eigenverantwortung deutlich stärker auf das Eigene fokussiert, als Versprechen von Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber anderen, ist zunächst viel mehr Haltung als Handlung(sanweisung). Als Ermöglichungsstrategie der Vielen bleibt eigenverantwortliches Handeln eher blass und verbleibt im Stadium eines sich Bewusst-machens von Handlungsmöglichkeiten, insbesondere bezüglich der eigenen (Aus-)Bildung. Eigenverantwortung bildet somit, aus Einsicht in die Notwendigkeit, eher die Basis einer Chancengesellschaft, in der der Leistungsimperativ übersetzt in Bildungsanstrengung eine hoffentlich funktionierende Absicherung des eigenen, unabhängigen Lebens bildet. Damit nimmt die Debatte um diesen Wert eine deutlich andere Stoßrichtung als in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg. Dass in eigenverantwortlichem Handeln vieler Einzelner eine Strategie gesehen wird, gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken, etwa in Form bewussten Konsums, spielt in Sachsen nur eine unbedeutende Nebenrolle – in allen untersuchten Gruppen, aber besonders deutlich in den Neuwähler_innengruppen.

Einigermaßen überraschend, wenngleich es sich im Zeitverlauf bereits angedeutet hat, ist die unschlüssige, vielfach emotionslose und teils ablehnende Haltung gegenüber dem Begriff der Nachhaltigkeit in *allen* befragten Gruppen. Selbst für die Altwähler_innen rangiert der Wert in der eigenen Wertung auf den hinteren Rängen, auch wenn man die Prämissen

nachhaltiger gesellschaftlicher wie ökologischer Entwicklung weiterhin teilt. Dies liegt zum einen an der Dominanz der Werte Gerechtigkeit, Solidarität und Eigenverantwortung. Zum anderen ist dies aber, zumindest in den Neuwähler_innengruppen, auch damit begründbar, dass der Begriff Nachhaltigkeit kaum noch mit einem ökologischen Projekt assoziiert wird. Ein Projekt, welches vor allem in Baden-Württemberg noch und auch (wenngleich schon deutlich abgeschwächt) in Schleswig-Holstein positiv (und vor allem zentral) mit den Grünen verbunden wurde. Vielmehr wird der, im Prinzip positiv besetzte, Begriff in diesen Gruppen auf einer technisch-rationalen Ebene (Ressourcenverknappung als ökonomisches Problem, Finanzen, Wirtschaft) angewendet und öffnet so politische Zielperspektiven eher jenseits der Ökologie, etwa im Bereich stabiler Haushalte.

Leistung und Fortschritt rangieren in der Werteskala der befragten Proband_innen weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen und verfestigen die gefundenen Indizien für eine mögliche Werteverchiebung im Sinne der bisherigen Erhebungen erneut. Wiederum ist es die Kritik am ungebremsten, wenn auch (irgendwie) notwendigen Fortschritt, der sich vor allem in den Gruppen der Leistungsträger_innen bezüglich einer Kritik des dominanten Wachstumsbegriffs – verbunden mit einem Gefühl der Beschleunigung – erneut manifestiert. Allerdings existiert zu dieser diffusen Ablehnung noch kein Gegenprogramm. Rückschritt und Verzicht, Entschleunigung und ein anderer Wachstumsbegriff könnten Auswege weisen. Hier der Sprachlosigkeit der Proband_innen einen (politischen/ökonomischen/ökologischen) Ausweg zu weisen, könnte ein Rezept sein, dieses Unbehagen an Fortschritt, Wachstum und Beschleunigung politisch aufzufangen und zu binden. Gleiches gilt auch für die Altwähler_innen, die diese skeptische Einschätzung teilen, ebenfalls jedoch nicht so recht in der Lage scheinen, Auswege zu deklinieren.

Wie auch in den vorangegangenen Erhebungen, erzeugt der Leistungsbegriff zunächst reflexhafte Abwehr. Allerdings ist die Stoßrichtung der Ablehnung, im Vergleich zu den altbundesrepublikanischen Ländern, einseitiger: Dominanter als die Kritik an der Überforderung durch Leistungsdruck – der dennoch eine Rolle spielt – ist, anknüpfend an die Gerechtigkeitsdebatte, eine an der (mangelnden) Leistungsentsprechung. Vielmehr wird in den sächsischen Gruppen Leistung als persönliche Anspruchshaltung an sich und alle anderen, insbesondere als Grundvoraussetzung von Bildungserfolg und damit Arbeitsplatzchancen, anerkannt. Dies gilt zugleich für Alt- und Neuwähler_innen. Dennoch unterscheiden sich die grünen Altwähler_innen im gesellschaftszugewandten Denken wiederum deutlich von den übrigen in Sachsen untersuchten Gruppen. Eigenverantwortliches, auch solidarisches Handeln ist eng mit der eigenen Leistung verbunden, die man für die weniger

Leistungsstarken zu erbringen bereit ist. Die Prämissen einer Leistungs(druck-)gesellschaft, etwa verbunden mit dem Auseinanderdividieren unterschiedlicher Leistungsfähigkeit(en), wie in den Neuwähler_innengruppen teils deutlich gesehen, stießen indes auf breite Ablehnung.

Insgesamt kann nur äußerst bedingt von einem gemeinsamen Wertehaushalt, Einstellungen und Orientierungen beider Wähler_innengruppierungen gesprochen werden. Zwar besteht häufig Einigkeit bezüglich der Diagnosen, etwa bezüglich Verteilungsungerechtigkeiten oder der Notwendigkeit eigenverantwortlichen Handelns. Aber schon die positive Ausgestaltung dieser Werte offenbart Unterschiede. Deshalb lässt sich kein konkretes verbindendes Einstellungs- und Orientierungsmuster finden, welches als Kitt beider Wähler_innengruppen wirken könnte.

Dennoch, und dies verbindet die Erhebungen in allen drei Bundesländern im Süden, Norden und Osten der Republik, kann von einer – möglicherweise grün anmutenden – Werteververschiebung gesprochen werden. Über die Wähler_innengruppen hinweg haben die zentralen Punkte: eine Kritik des unbedingten Wachstumsimperativs, eine Kritik der Leistungs(druck)gesellschaft und ein Appell für eine stärkere nachhaltige (ökologischen) Generationengerechtigkeit finden lassen. Gleichwohl zeigen die Entwicklungen vergangener Wahlen und demoskopischer Umfragen, dass hieraus nicht automatisch eine langfristig verbreiterte Wähler_innenbasis der Bündnisgrünen folgen muss.

5. Zukunftsaussichten. Themen, Einstellungen, Hoffnungen

5.1 Zukunftsschlagzeilen

Die Proband_innen werden während der Erhebungen aufgefordert, sich zum einen aus ihrer Sicht realistische, zum anderen der eigenen Ansicht nach wünschenswerte Schlagzeilen für das Jahr 2016 zu überlegen und diese im Format einer Zeitungsschlagzeile niederzuschreiben. Aufgehängt an einem konkreten, selbstgewählten Ereignis, lassen sich perspektivische Ängste und Hoffnungen in den jeweiligen Gruppen ergründen. Die Schlagzeilen-Formulierung verfolgt somit das Ziel, Entwürfe einer künftigen Gesellschaft zu explorieren und zu diskutieren. In diesem Teil der Kreativgruppendifkussion besteht für die Teilnehmer_innen die Möglichkeit, selbstständig Themen zu wählen und in die Gruppe zu tragen. Gleichwohl ist hierbei die starke Beeinflussung durch die tagesaktuelle Politik nicht zu vermeiden.

5.1.1 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE <100%)

Leipzig

Realistisch	Wunsch
„Wieder 40 000 Arbeitslose durch Konkurs in der Autoindustrie	Neues Brüssel für Nahostunion in Libanon gegründet.
2016 Deutschland Fußball-Europameister	NASA und ESA schaffen die Mars-Mission
Gleiche Bildungschancen, für alle Kindergartenplätze und Vorschule - unabhängig des Einkommens	Einführung des Bürgergeldes ab Januar 2016

Dresden

Realistisch	Wunsch
Pirat wird Bundeskanzler	Der Mindestlohn steigt und für alle Berufsgruppen geschlossen.
Finanzmärkte abgeschafft	Grundeinkommen weltweit
Bildungsmisere überwunden	Die Gewerkschaft und Bürgerinitiativen wachsen stark
Rente erst ab 70	Keine Nutzung von Atomkraft (Energie und Waffen)

Die drei großen Zukunftsthemen der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen sind soziale Gerechtigkeit, Bildungspolitik und eine erfolgreiche Lösung globaler Probleme.

Im Bereich der sozialen Gerechtigkeit bewegt sich die Debatte zwischen Mindestlohn und Bürgergeld. In den weniger wohlhabenden Neuwähler_innengruppen in Dresden und Leipzig erscheint die Notwendigkeit einer lohnpolitischen Intervention Konsens zu sein. Dass sich dieser hier mehrheitliche Wunsch tatsächlich in reale Politik, in erlebbare Verbesserung umsetzen werde, wird angezweifelt. Die großen sozialpolitischen Umwälzungen wie das „Bürgergeld“ – gemeint ist das bedingungslose Grundeinkommen –, aber auch die durchaus debattierte Mindestlohneinführung sind ausschließlich Wunschschatzungen.

(4, m., DD-): „Meine Wunschschatzung wäre: Grundeinkommen weltweit. [Große Aufregung, da weltweit]. Ja, da ist halt schon der Gedanke, von dieser, ich sag mal, Leistungsgesellschaft weg zu kommen und das nicht bloß hier in Deutschland, sondern weltweit. Denn Leistung heißt ja immer auch, das hat man ja mit den Werten jetzt auch, Leistung hatte ich ja auch auf Punkt 6, kurz dazu gesagt, das hat für mich auch was mit Druck zu tun, das von dem Menschen auch dieser Druck genommen wird, was machen zu müssen. Perfekt sein zu müssen, dass immer was abverlangt wird, nur wenn man was leistet, ist man was wert. Und von diesem ganzen würde ich gerne wegkommen wollen. Wenn ich ein Grundeinkommen hab, hätte ich wie 3 schon gesagt hat, die Freiheit zu entscheiden, komme ich mit dem Geld klar, was das Grundeinkommen mir gibt, oder muss ich oder will ich überhaupt mehr tun, um zu mehr zu gelangen.“

(6, w., LE-): „Wir hatten ja vorhin diskutiert, die Ungerechtigkeit, dass manche ich halt viele Kinder zulegen und davon leben und nicht darüber nachdenken, woher das Geld herkommt und wenn wir ein Bürgergeld hätten, wird Leistung belohnt, weil jeder bekommt dasselbe Geld und die die arbeiten gehen habe noch mehr und können dadurch über mehr verfügen. Klar ist wieder das Rentenpotenzial ausgegrenzt, an denen geht es vorüber aber wir wollen doch ein bisschen mehr „Leistung soll sich lohnen.“

Grundsätzliche Einigkeit besteht darin, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen vor allem für die leistungsbereiten Menschen Anreize schaffe, sich noch mehr einzubringen, ihr bisheriger Einsatz endlich die entsprechende Be-, besser: Entlohnung fände. Anders als bei den grünen Altwähler_innen oder den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen gilt ein wie auch immer gestaltetes bedingungsloses Grundeinkommen nicht als Instrument zur Vergrößerung von Lebenschancen, sondern, ganz im Gegenteil, dazu, einer übermäßigen Ausnutzung des Sozialstaats entgegenzuwirken. An der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen lässt sich nachzeichnen, welches Misstrauen sich gegenüber dem Ideal einer leistungsgerechten Marktwirtschaft gebildet hat. Einsatzbereitschaft und Aufopferung wird in der Erfahrung dieser potentiellen Neuwähler_innen nur selten monetär entlohnt. Der Wahlspruch der FDP „Leistung muss sich lohnen“ wird hier gar als Argument für die Einführung des „Bürgergeldes“ umfunktioniert. Die offen formulierte Kritik an einer mangelnden Einsatz- und Leistungsbereitschaft von Sozialtransferabhängigen ist ebenso die argumentative Grundlage für die Forderung nach einem Mindestlohn. Dieser ist im Vergleich zum „Bürgergeld“ allerdings die zweite Wahl, die schlechtere Alternative, um die sozialstaatlichen Problemen zu lösen. Insgesamt ist bei „Bürgergeld“ und Mindestlohn ein adäquates Lohnabstandsgebot das Ziel der Reformen. Eine realpolitische Umsetzung eines der beiden Konzepte wird allerdings nicht erwartet.

Ein grundsätzliches Vertrauen in Sozialpolitik ist in den Gruppen nicht zu beobachten. Obwohl die Lebenssituation in Sachsen im ostdeutschen Vergleich immer wieder gelobt wurde – wohlgermerkt: in allen Gruppen –, tendieren die weniger wohlhabenden Neuwähler_innen dazu, eher eine Ausdünnung des sozialen Netzes und eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes anzunehmen. Die Insolvenz der Autoindustrie wird vereinzelt als Bedrohung thematisiert. Opel bildet dabei einen bedrohlichen Kontrast zu dem Prunk der gläsernen Manufaktur in der Dresdener Innenstadt. Der positiven Arbeitsmarktentwicklung des bundesdeutschen Durchschnitts wird zutiefst misstraut. Die Korrektheit der Zahlen – aktuell: unter drei Millionen Arbeitslose – wird angezweifelt. Gleichzeitig wird argumentiert, dass ein etwaiger Rückgang der Arbeitslosigkeit nur zu dem Preis einer Prekarisierung und der Etablierung entwürdigender Entlohnungsprinzipien „erkauft“ worden sei.

(4, m., LE-): „Ha, ich meine, man rechnet jetzt viele Leute gar nicht mehr mit, weil das die 1-Euro-Jobber sind, die Aufstocker. Die standen als Schröder die Reform angefangen hatte noch alle in der Statistik mit drin. Deswegen hatte es 5 Millionen gehabt und dann kamen dann die 1-Euro-Jobber dazu und dann

haben sie die Statistik, die Erhebungen der Zahlen verändert. Kann man überall nachlesen.“

Für die älteren potentiellen Neuwähler_innen ist darüber hinaus die Erhöhung des Renteneintrittsalters ein schwerwiegender Eingriff in die über lange Jahre erworbenen identitätsbildenden Selbstverständlichkeiten.

Sozialpolitisch fällt es den Gruppen leicht, einen Konsens auszuhandeln. Sie einigen sich auf Mindestlohn oder Grundeinkommen, begreifen prekäre Arbeitsverhältnisse in allen Altersgruppen als Problem und fordern ehrliche Politiker_innen. Dass Politik, auch Sozialpolitik, der Maxime einer generationenübergreifenden Gerechtigkeit entsprechen soll, ist eine ebensolche Selbstverständlichkeit – doch hinsichtlich des Renteneintrittsalters scheint eine Einigung ausgeschlossen zu sein. Insbesondere die älteren Diskutant_innen empfinden die Rentenreformen als hochgradig ungerecht, konstruktive Vorschläge zur Auflösung des demographischen Dilemmas bleiben aus.

Eine klare Abgrenzung zur sogenannten Unterschicht wird teils radikal vollzogen. Die Stereotype der vermeintlich leicht ausnutzbaren Sozialhilfe sind hier nach wie vor anzutreffen und stoßen, wenn geäußert, auf wenig Gegenwehr. Hierbei sind es vor allem Selbstständige, Leistungsträger_innen, die vor dem Hintergrund der eigenen Biographie – häufig gezeichnet durch Pleiten und Neuanfänge nach der Vereinigung – harsch und abfällig gegen die ungerechte Umverteilung polemisieren. Das Grundeinkommen – oder eher das Bürgergeld – gilt in dieser Argumentation als ein Instrument zur Beendigung der Ausnutzung des Sozialstaats

Trotz der Skepsis gegenüber der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland, in Sachsen, ist in den weniger wohlhabenden Neuwähler_innengruppen die Berücksichtigung internationaler Entwicklungen sehr auffällig. Das Problem der Nuklearenergie wird global gedacht, das Grundeinkommen wird in einer Schlagzeile länderübergreifend, sogar weltweit eingefordert. Das europäische Modell der Friedenssicherung, die EU, wird als Vorbild für die Lösung internationaler Konflikte gesehen. Ein Teilnehmer geht gar noch weiter: Er wünscht sich einen neuen Beweis für die Innovationsfähigkeit der Menschheit und erhofft sich die Landung eines Menschen auf dem Mars. Ein Bild, das auch außerhalb der Schlagzeilendiskussion mehrfach auftauchte. Und doch bricht sich diese vermeintlich positiv konnotierte Internationalität immer wieder an der Grenze zu Tschechien und Polen, deren Öffnung als Problem wahrgenommen wird. Hier herrscht ein tiefgreifender Widerspruch vor, der trotz des Wunsches nach beispielsweise einer europaweiten Marsmission immer wieder offensichtlich wird.

(4, m., LE-): „Weil es einfach schön ist und mal wieder was richtig Schönes in Nachrichten zu sehen, habe ich mir gedacht und ich denke [...] auch, dass es einfach mal eine gute Sache ist, dass die Menschen mal wieder ein bisschen vom Planeten wegkommen.“

Der als selbstverständlich empfundene Vorbildcharakter Deutschlands, aber auch Europas insgesamt für eine weltweite Entwicklung schimmert insbesondere beim Konzept zur Friedenslösung sowie beim Grundeinkommen immer wieder durch.

(2, m., LE-): „Als wenn die miteinander reden, schmeißen die keine Bomben, deshalb sagen wir mal, wir haben den Krieg auch aus Europa rausgekriegt durch die EU. So, der Krieg ist ja vor 60 Jahren sich gegenseitig abgeschlachtet mit zig Millionen. Und jetzt sind die Gegner, die sich abgeschlachtet haben, sitzen und grüßen sich und fahren nach Frankreich. Früher sind wir nach Frankreich gefahren um Franzosen zu schießen, ja? Und heute fährt man nach Frankreich, weil da ein Freund sitzt. Und das gleiche müsste man in Nahen Osten auch schaffen.“

Trotz Polemik und Pessimismus in einigen Punkten wirken die weniger wohlhabenden Neuwähler_innen insgesamt optimistisch. Die Bildungspolitik ist hier die wichtigste Arena. Vor dem Hintergrund des Chaos um die ministerielle Führung des sächsischen Kultusministeriums sind die hier beobachteten Neuwähler_innen hochsensibel, was bildungspolitische Problemlagen angeht.

(6, m., DD-): „Die ist herangewachsen durch Unkenntnis und Uninformiertheit aber auch Inkompetenz, wenn ein Umweltminister Kultusminister wird, wenn ein Kultusminister das Recht hat, alleine Entscheidungen zu fällen in Sachsen, den Gymnasialzugang von 2,3 auf 2,5 zu erhöhen und, und, und. Da ist eine Situation entstanden, die sie jetzt selber analysieren, ja, dass Bildung nicht Nachwuchs erhielt, dass Hauptschule nicht mehr notwendig ist, damit die Unterschicht, die wir herangefördert haben, über die immanente Hauptschule, das wird jetzt alles kritisch gesehen. Einer hat es noch nicht begriffen, der Fraktionsvorsitzende, aber selbst in der CDU ganz aktuell. Und jetzt wird gesucht, wie man daran arbeiten kann. Obwohl Sachsen angeblich an erster Stelle in der Bildungspolitik steht, die PISA-Studie... Wir haben da sehr oft die Briefe von vor 15 Jahren von uns gelesen, denen werden wir das sagen. Und jetzt glaube ich, wird drüber nachgedacht.“

Zur Lösung wahrgenommener Probleme auf die Politik angewiesen fühlen sie sich in dieser Frage keineswegs. Auch wenn konkrete Lösungsvorschläge oder selbst stichpunktartige Anregungen ausbleiben, zeigen sich die Neuwähler_innen ganz selbstverständlich dazu bereit, notfalls die Probleme selbst in die Hand zu nehmen – Dies aber nicht als Ausdruck normativ positiv besetzter politischer Partizipation, sondern eher schlichtweg aus dem Empfinden heraus, die Politiker/die Politiker_innen seien unfähig, man fahre besser ohne sie. Anknüpfend an die wahrgenommene und teils befürwortete, teils skeptisch beobachtete Internationalisierung der Wirtschaft – die nahe Grenze zu Tschechien und Polen ist auch hier ein wichtiges Thema – erscheint den Diskutant_innen Bildung als *der* Schlüssel zur Lösung für die Bedrohungen der Globalisierung. „Humankapital“ gilt im internationalen Wettbewerb als Erfolgsformel für Deutschland. Die beobachteten Neuwähler_innen werden nicht müde, Beispiele für großes Vertrauen ausländischer Investoren in deutsche Ingenieurskunst hervorzuheben. Innerhalb dieser Argumentation lässt sich ein nationales, auch protektionistisches Denken heraushören.

(6, w, LE-): „Die kaufen sich das Potential ein, lassen hier forschen, in Deutschland und das Knowhow nehmen sie dann mit rüber, aber die Forschung ist hier, weil man kennt noch die Werte der Deutschen.“

Doch auch die individuellen Erfolgsaussichten eigener, breite Bildung werden in Form eines innergesellschaftlichen Aufstiegsversprechen hochgehalten – gerade durch die Stärken des sächsischen Schulsystems. PISA wird immer wieder als Vergleichsfolie herangezogen. Um dieses als hoch empfundene Niveau zu halten, bedürfe es jedoch einiger Reformen: Eine weitere Verbeamtung von Junglehrer_innen, eine Verringerung des Stundenausfalls und eine kompetente Besetzung des Kultusministeriums (eine dezidierte Kritik am ehemaligen CDU-Minister) sind die konstruktiven Vorschläge.

Die Wunschschlagzeile zum baldigen Atomausstieg“ vermittelt allerdings ein schiefes Bild. Keineswegs ist es so, dass der Ausstieg einhellig begrüßt würde, sondern, im Gegenteil, wird vehemente Kritik daran geäußert. Zum einen vermutet man zurückgehaltene Informationen seitens der Politik, die der bislang ausschließlich positiv bewerteten Abkehr von der Atomenergie widersprüchliche „Fakten“ entgegenstellen würden. Und zum Anderen bemängelt man die unnötige Aufgabe wertvollen Wissens, schließlich habe man durch die langjährige Atomenergienutzung fundierte Expertise auf diesem Gebiet gewonnen (was natürlich auch wieder auf einen „Standortvorteil“ Deutschlands rekurriert), und werfe diese Kenntnisse nun vorschnell über Bord. Anknüpfen an die Grünen scheint hier schwierig, wird doch einer der tragenden Grundpfeiler grüner Politik angezweifelt.

5.1.2 Zukunftsschlagzeilen Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Leipzig

Realistisch	Wunsch
Piratenpartei übernimmt Regierungsverantwortung in Deutschland Solidarische Moderne – die deutsche Regierung einigt sich auf ihr Vorhaben	Arbeitslosenquote unter 3% gesunken Teilzeitarbeit für alle erreicht Mit Zeitverzögerung dennoch kein Traum mehr: 10% des BIP für Bildung
Deutschland und Frankreich haben in Europa die pol. Und wirtschaftliche Führung übernommen	Arbeitslosigkeit ist auf 4% gesunken
Kollaps des Systems – weltweite Konflikte brechen aus	UN-Raumschiff“ - UN als Welt-Regierung - „beginnt Mars zu besiedeln
Sachsen spart weiter: EU Förderung gekürzt	Leipzig AL erstmals unter 7 %

Dresden

Realistisch	Wunsch
Mehr Steuern!	Gute Bildung für alle!
Die Welt ist sicher!	Lohnangleichung Ost und West!
Ein einheitliches Steuersystem in Europa!	Einheitliches Europa!
Strompreise sind um 300% gestiegen!	Lohnangleichung Ost und West!

Der Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung allgemein sind die wichtigsten Zukunftsthemen für die wohlhabenderen Neuwähler_innen. Dabei diskutieren die beobachteten Gruppen unterschiedlichste arbeitsmarktpolitische Aspekte: die Lohnangleichung zwischen Ost und West, eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit insgesamt und eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen.

(4, w., DD+): „Ja, Lohnangleichung zwischen Ost und West, dass die Gerechtigkeit einfach gegenüber...“ (Moderation): Wieso ist das keine realistische Schlagzeile? (7, w., DD+): „Weil das nichts wird.“ (4, w., DD+): „Also ich kann mir kaum vorstellen, dass das funktioniert, hat auch die letzten Jahre nicht funktioniert und jetzt auf einmal?“ (5, m., DD+): „Also ich bin der Meinung, das sollte zu schaffen sein, man sollte sich auch davon trennen, immer von West und Ost zu reden. Wir wollen auf der einen Seite ein einheitliches Europa

haben, aber zwanzig Jahre nach der Wende reden wir noch immer über Ost und West. Das es unterschiedliche Entwicklungsstadien in Deutschland gibt, überhaupt, das ist ja nicht neu. Zwischen Ost und West und Nord und Süd. Aber von dieser Einstellung, die a im Osten und die da im Westen, sollte man eigentlich mal rauskommen.“

Es herrscht offensichtlich Uneinigkeit darüber, ob eine ökonomische Gleichstellung zwischen Ost- und Westdeutschland überhaupt erreicht werden kann, oder ob die unterschiedlichen Löhne nicht vielmehr eine kulturelle Grenze zum Ausdruck bringen. Einem Abbau dieser Lohndifferenz zumindest stehen die Gruppen teils skeptisch, teils optimistisch gegenüber. Zu einer einheitlichen Meinung kommen die Teilnehmer_innen jedenfalls nicht. Dass auch in den wohlhabenderen Neuwähler_innengruppen das Thema Arbeitslosigkeit bedeutsam ist, überrascht nur auf den ersten Blick. Die älteren Neuwähler_innen sind insbesondere durch die oftmals prekären Arbeitsverhältnisse ihrer Kinder sensibilisiert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zudem als äußerst schwierig dargestellt, auch weil sich der Staat sozialpolitisch immer weiter zurückziehe. Die Neuwähler_innen, die eher einem liberalen/konservativen Argumentationsmuster zu folgen scheinen, sehen indes die Wirtschaft in der Pflicht, Angebote für Eltern zu schaffen – und das aus ökonomischem Kalkül heraus.

(3, m., LE+): „Ja, das steht ja hier vorne, glaub ich, „Teilzeitarbeit ist für alle erreicht“. Das ist zum Beispiel eine fantastische Lösung. Da muss die Wirtschaft zum Beispiel umstrukturiert werden. Ein riesen Thema: Da ist die Wirtschaft gefordert.“

Eher links argumentierende Neuwähler_innen hingegen sehen den Staat in der Pflicht, Angebote zu schaffen, da das Prinzip der unternehmerischen Gewinnmaximierung einer guten Betreuung zuwiderlaufe.

In der Leipziger Gruppe werden mit Blick auf den Arbeitsmarkt allein drei Schlagzeilen formuliert, in denen eine Senkung der Arbeitslosenquote herbeigewünscht wird. Dabei wird eine Verringerung der Arbeitslosigkeit auf drei, vier oder sieben Prozent insgesamt als unrealistisch abgetan. Optimistisch sind die Neuwähler_innen in dieser Frage keineswegs. Nicht für Leipzig, nicht für Dresden und auch nicht für Sachsen.

Untermauert wird diese negative Wahrnehmung des Arbeitsmarktes durch die empfundene Verschlechterung der realen individuellen Kaufkraft. Ein entscheidender Faktor in dieser Argumentation, der eine weitere Abnahme der zukünftigen Kaufkraft erklären könne,

sei der demographische Wandel. Dieser bedrohe die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme. Die Jüngeren sehen die zunehmende Abgabenlast vor sich, die Älteren hingegen sehen das Problem des steigendes Renteneintrittsalters. Selbst die recht euphorisch klingende Schlagzeile „Die Welt ist sicher“ wird innerhalb der Diskussion auf den demographischen Wandel und die zukünftige Finanzierbarkeit des Rentenumlageverfahrens reduziert.

(4, w., DD+): „DIE WELT IST SICHER; Es ist ja für die Zukunft, wenn wir keine Rente mehr bekommen.“ (3, m., DD+): „Die Rente allgemein oder meine Rente? Weil meine Rente ist sicher, ich bin selbständig, zahle nicht mehr in die Rentenkasse ein, ich hab das privat, weil ich an die gesetzliche Rente, das ist nicht mehr so sicher, nicht so realistisch, wie wir das aufgeschrieben haben.“

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Schlagzeile um eine Erhöhung der Steuerlast:

(2, w., DD+): „Also, es gibt eigentlich mehrere Geschichten, die eine ist, dass wir immer mehr ältere Menschen haben, und wir halt dafür mehr Steuern brauchen und dass die Krankenversicherungen definitiv erhoben wird, denke ich, in Zukunft, um das auszugleichen. Und längere Arbeitszeit, ich denke, ich kann mir das durchaus vorstellen. Also es arbeiten in Sachsen ja schon viele 42, 43 Stunden, ohne das bezahlt zu bekommen. Und vielleicht wir das, ich kenn schon zwei oder drei Freundinnen, die einen Arbeitsvertrag mit 42 Stunden unterschreiben, und dann definitiv 44 Stunden arbeiten, nur das ist offiziell noch gar nicht angekommen. Wobei Arbeitszeit auch überhaupt längere Arbeitszeit meint, als 68.“

Dass der demographische Wandel derart prominent diskutiert wird, überrascht vor dem Hintergrund, dass in Dresden und Leipzig hohe Geburtenraten herrschen und die Städte Zuzug haben – auch von jungen Menschen.

Die Wahrnehmung der Neuwähler_innen, dass sich die Kaufkrafteinbußen der vergangenen Jahre auch in die Zukunft tradieren werden, zeigt sich deutlich an der Schlagzeile, die einen immensen Anstieg der Energiekosten prognostiziert. Bezeichnenderweise wird auch hier vereinzelt der Atomausstieg als Ursache für einen finanziell wahrnehmbaren Verlust an Lebensqualität dargestellt. Kritisch beäugt werden die Aufgabe von vorhandenem Know-how und eine vermeintlich zukünftige atomare Abhängigkeit von europäischen Nachbarländern. Wohlgemerkt: Durchsetzen konnten sich diese Einwände nicht. Dennoch wird offensichtlich, dass das „ur-grüne“ Thema Atomausstieg auch in diesen tendenziell

wechselbereiten Wähler_innengruppen immer wieder Befremden auslöst.

(5, m., DD+): „Die Erneuerbaren decken ja nicht das, was die Atomenergie gebracht hat, wenn wir jetzt wieder die Braunkohle hernehmen, das kostet auch nicht wenig.“ (7, w., DD+): „Dann geht das mit der Umwelt wieder los.“ (5, m., DD+): „Man hätte das schrittweise machen müssen.“

Kurzum: Die individuellen Zukunftsaussichten werden als negativ empfunden, der vermeintlichen Stabilität der deutschen Wirtschaft wird nicht recht getraut. Einzig dem Großprojekt „Energiewende“ blicken die Diskutant_innen mit kleinen Einschränkungen optimistisch entgegen.

Die Annahme eines bevorstehenden „Kollaps“, eines unausweichlichen Scheiterns des Sozialstaates klingt hier immer mit. Die Neuwähler_innen befürchten weitere große Sozialreformen. Der demographische Wandel und eine bessere Kinderbetreuung sind in den relativ wohlhabenden Neuwähler_innengruppen die Basis für Stellvertreterdebatten über den Sozialstaat im Allgemeinen. Zum Vergleich: In den weniger wohlhabenderen Gruppen waren es das Grundeinkommen und eine Anklage derjenigen, die sich in der sozialen „Hängematte“ ausruhen würden. Eine vergleichbare Abgrenzung nach unten ist in den wohlhabenderen Neuwähler_innengruppen nicht zu beobachten. Ein pragmatisch orientiertes Politikverständnis sticht hier hervor. Trotz fundiert argumentierten Zweifels an der Sinnhaftigkeit einer weiteren Verknappung wohlfahrtsstaatlicher Angebote scheint man bereit zu sein, diese Reformen, wenn auch widerwillig mitzutragen. Die Gefahr persönlicher Betroffenheit ist in der eigenen Wahrnehmung sehr gering. Demnach werden die erwarteten Reformen aus individueller Perspektive nicht gutgeheißen, im gesamtgesellschaftlichen Kontext jedoch akzeptiert.

(4, w., LE+): „Das sehe ich auch so. Wer arbeiten will, der arbeitet auch.“

(1, w., LE+): „Das geht nicht immer gleich, nun hier, dass es da einen super toll bezahlten Job kriegen. ich muss mich da auch erst mal unten einordnen und muss dann vielleicht, was tun, dass ich da nach oben komme. Aber Grundlage ist immer die Bildung.“

Dass ein ausgebauter, umverteiler Sozialstaat allerdings auch für eine stabile, ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung sorgen kann, wird nicht einmal problematisiert. Die Austeritätsargumentation der vergangenen Jahre hat in weiten Teilen dieser Neuwähler_innengruppen verfangen.

Unterstrichen wird die allgemeine Skepsis gegenüber einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und Europas durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Zwar werden einige reformistische Ansätze – etwa: ein einheitliches Steuersystem in der EU – gelobt, den supranationalen Institutionen also politische Gestaltungskraft zugesprochen, genauso werden jedoch Ungleichgewichte und Zersetzungstendenzen zwischen den unterschiedlichen Volkswirtschaften erwartet. Dem deutschen Job- und Wirtschaftswunder der vergangenen zwei Jahre wird nicht vertraut. Die Zukunftserwartungen der relativ wohlhabenden Neuwähler_innen sind in den meisten Fragen pessimistisch.

5.1.3 Zukunftsschlagzeilen Altwähler_innen

Leipzig

Realistisch	Wunsch
Arbeitslosigkeit bei 0%	Willkommen in der Weltgesellschaft
Die FDP hat ihr letztes Mitglied verloren	Der letzte Atommeiler ist abgeschaltet worden
Senkung der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Geringverdiener	Klimawandel ist gestoppt
Letzte Ausgabe: Umstellung auf digitale Medien	Die Welt ist gerettet

Dresden

Realistisch	Wunsch
Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland Silberbergbau wieder eröffnet in Sachsen	Der Iran erkennt Israel an Papst rehabilitiert Luther am 31.10.2017
Amerikanische Wissenschaftler finden ein Mittel gegen Brustkrebs	Erster Sachse auf Urlaub in Gaza-Streifen
Eltern müssen unterrichten	Sachsen wird rot-grün regiert
Sachsen rutscht in PISA-Studie auf Platz 10	Sachsen geburtenstärkstes Bundesland

Innerhalb der beiden beobachteten Altwähler_innengruppen wird eine Vielzahl an Themen angerissen und diskutiert. Unter anderem findet eine lange Debatte über eine mög-

liche rot-grüne Regierung statt, darüber, was ihr im Wege stehe, aber auch darüber, was man sich von ihr erhoffen würde. Da jedoch andere Themen eine größere Dominanz haben, wird diese Debatte erst im Schlusskapitel zur „Politikwahrnehmung“ erörtert. Die drei großen Themenblöcke sind in der grünen Stammklientel erneut der Arbeitsmarkt, die Bildung sowie die Lösung internationaler Konflikte. Insbesondere die Ausführungen zum Arbeitsmarkt und zur internationalen Politik haben hier eine detaillierte Ausgestaltung erfahren. Innerhalb der Gruppen war der hohe Anteil an Menschen aus dem Bildungssektor auffällig. Etliche Lehrer_innen, Privatlehrer_innen und Universitätsdozent_innen waren anwesend und brachten eine große Sachkenntnis im Bereich Bildung mit. Durchgängig ist die Kritik an der derzeitigen Entwicklung des Bildungssystems. Hinsichtlich der Bildungsfinanzierung, des Lehrer_innenmangels und des hohen Stundenausfalls werden direkte Forderungen an die Politik formuliert. Die negative Wahrnehmung des Lehrer_innenberufs, die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung und der auch daraus resultierende Verschleiß motivierter und kompetenter Fachkräfte werden intensiv thematisiert und problematisiert.

(6, w., DDA): „Eltern müssen unterrichten. Lehrermangel. An den Grundschulen ist es ja jetzt schon so, dass die teilweise hin- und hergeschoben werden. In denke mal, in ländlichen Regionen kommt man wieder in einer Ein-Klassen-Schule zusammen, dass 1.,2.,3. und 4. Klasse zusammen unterrichtet werden von 1-2 Lehrern Aber das funktioniert ja dann an den weiterführenden Schulen nicht mehr, da wird man dann Quereinsteiger zurückgreifen.“

(7, w., DDA): „Das ist ja momentan schon so. Das alles eine Stelle hat, was nicht bei drei auf den Bäumen ist. An Grundschulen. Es will ja auch keiner, ist ja nicht unbedingt attraktiv. Grundschullehrer... [Allgemeines Wundern]“ (5, w., DDA): „Die, die das Wichtigste anlegen, kriegen das wenigste Geld.“

(7, w., DDA): „Verschiedene Faktoren. Ein ganz großer Teil ist auch viele Jahre lang eine geringe Wertschätzung des Berufs. Das macht sehr, sehr viel aus. Wenn man immer als fauler Sack beschimpft wird, obwohl man das Wochenende sitzt und korrigiert und vorbereitet. Dann natürlich der Stress, der dazukommt, die Klassen werden immer größer, die Kinder werden, muss man sagen, schwieriger. Ist nicht mehr so eine Homogenität in der Klasse. Bin Englischlehrerein, wenn ich eine fünfte Klasse habe, wissen einige gerade die Zahlen von 1-10 auf Englisch, andere können schon halbe Aufsätze schreiben. Die

kommen mit derartig unterschiedlichen Vorkenntnissen, und wenn man dann 29 oder 30 von den wirklich niedlichen Kleinen dort sitzen hat, aber nach so einem Tag ist man einfach fertig.“

Obwohl seitens der vertretenden Lehrkräfte der Leistungsdruck im Bildungsbereich, vom Kindergarten bis in die Hochschule kritisch gesehen wird, gibt es keine Argumentation gegen die Ausrichtung des Schulsystems an der PISA-Studie. Das erst kürzlich angemahnte Problem einer mangelnden Durchlässigkeit innerhalb des Schulsystems, das die Kinder weniger wohlhabender Eltern systematisch benachteiligt, wird nicht angeführt; vielmehr geht es darum, die PISA-Kriterien zu erfüllen und den eigenen Rang zu halten. Die sächsischen Altwähler_innen stehen einem Gelingen dieses Rangerhalts allerdings skeptisch gegenüber – ein Absturz im bundesweiten Ländervergleich und eine Zuspitzung des Personalmangels werden für sehr realistisch gehalten.

Der Entwicklung des Arbeitsmarktes wird grundsätzlich misstraut. Ob der Aufschwung in Deutschland sich in einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit äußern oder zumindest zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen wird, wird kollektiv bezweifelt. Eine Zunahme prekärer Beschäftigung und arbeitsplatzbedingter Unsicherheit wird erwartet.

(6, w., DDA): „Wir waren etwas fatalistisch, was in 5 Jahren realistisch sein könnte und sind dann irgendwie draufgekommen, dass die Arbeitslosigkeit weiter sinken wird, auf Kosten derer, die noch mehr für niedrige Löhne arbeiten müssen. Reichtum wird nicht besser verteilt sein, aber ich glaube schon, dass es realistisch ist, dass diese Zahl, auch wenn sie statistisch geschönt...– aber das ist eine andere Geschichte – doch noch weiter runter gehen wird. Wie gesagt zu Lasten vieler. Es scheint halbwegs realistisch.“

(8, m., DDA): „Ich sehe, dass es immer weniger sozialversicherungspflichtige Jobs gibt. Das Thema ist ja auch gerade in den Medien diskutiert, Fernsehen, Politik. Es gibt immer mehr Minijobs, aber immer weniger, die wirklich einen vernünftigen Job haben. Und das sehe ich rechts und links von mir auch. Ich kenne viele Leute, die entweder Minijobs haben oder Scheinselbstständig oder oft drei verschiedene Jobs gleichzeitig. Oder Zeitarbeiter [+6]. Und das natürlich eine Armutsfalle. Es gibt weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.“

(6, w., DDA): „Die Arbeitslosigkeit ist bei uns kein Thema. Weil alte Leute gibt's ganz viele. Es werden auch immer mehr. Im Gegenteil: Es ist wie bei den Lehren, dass Altenpfleger händeringend gesucht werden und es werden keine gefunden. Man hat teilweise schon große Schwierigkeiten, die Dienste ordentlich abzusichern. Wir holen schon Zeitarbeiter in die Firma, um überhaupt die alten Leute ordentlich versorgen zu können.“

Diese Argumentation ist der Ausgangspunkt für eine Debatte um eine erwartete Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Innerhalb der Altwähler_innenschaft gibt es jedoch Uneinigkeit. Der demographische Wandel wird als ein Argument empfunden, von einer Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation auszugehen. Die Verknappung von Arbeitskraft bei gleichzeitigem Anstieg des Pflegeaufwands wird zu höherer Beschäftigung führen. Doch Beschäftigung allein scheint nicht als Allheilmittel wahrgenommen zu werden, lassen sich für die meisten doch spielend Beispiele für eine ausbeuterische Tätigkeit und für prekäre Arbeitsverhältnisse im sozialen Nahbereich finden.

Gleichwohl: Eine der Teilnehmer_innen - eine promovierende Arbeitssoziologin - führte an, dass es realistisch sei, eine Umdeutung des Arbeitsbegriffs zu erreichen, in dem gesellschaftliche Wertschätzung nicht nur monetär äußert sondern eben auch durch Anerkennung für „unproduktive“ Tätigkeit. Respekt vor dem Ehrenamt wurde eingefordert. Ihre Argumentation ist selbstredend nicht repräsentativ, noch zwangsläufig typisch für grüne Altwähler_innen. Dieses Konzept war niemanden sonst in der Gruppe geläufig. Dennoch sorgte die Doktorandin für großen Wirbel mit ihrer Ausführung.

(1, w., LEA): „Und zwar nicht vor dem Hintergrund, dass die Arbeitslosigkeit tatsächlich bei 0 Prozent ist, sondern in die Richtung gedacht, dass einfach der Begriff anders für die Gesellschaft definiert wird. Also dass bspw. Erziehungsarbeit oder soziales oder gesellschaftliches Engagement etc., wo jetzt ja keine Lohnarbeit in dem Sinne geleistet, dass da vielleicht ein gesellschaftliches Umdenken stattfindet und dass man da einfach den Begriff ausweitet, so dass die Arbeitslosigkeit, so wie sie heute verstanden wird, zumindest, der Vergangenheit angehören wird. Das ist natürlich sehr optimistisch.“

Die Argumentation wurde nach anfänglicher Skepsis innerhalb der Gruppen grundsätzlich positiv aufgenommen. Die Anregungen sorgten für reges Interesse; es wurde assoziiert und sichtlich reflektiert. Eine Verknüpfung zur „Utopie eines bedingungslosen Grundeinkommen“ (6, m., LEA) hergestellt.

(1, w., LEA): „Ja, weil ich der Meinung bin, wir leben ja in einer Arbeitsgesellschaft, zumindest wird es so betitelt, in der Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit so restriktiv definiert wird, fallen natürlich immer mehr Leute runter und was sie eben vorhin auch mit Würde und Anerkennung etc. gemeint haben, würde mit diesem Arbeitsbegriff, den wir heute haben, einfach nicht realisierbar sein. Und deswegen glaube ich, dass eine gesamtgesellschaftliche Aufwertung stattfinden kann, indem man einfach den Arbeitsbegriff versucht auszuweiten und die gesellschaftliche Anerkennung auch auf eine andere Art und Weise verdient.“

Besonders auffällig innerhalb dieser Gruppen ist das feine Gespür für soziale Fragen. Die Höhe des Hartz-IV-Satzes wird im Kontext der aufgezeigten Debatten heftig kritisiert, die Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilnahme auf der Basis der aktuellen Ausgestaltung des Sozialstaats angezweifelt – der Unterschied zu den weniger wohlhabenden Neuwähler_innen könnte tiefgreifender nicht sein, begriffen große Teile von ihnen das bedingungslose Grundeinkommen doch eher als ein Instrument zur Unterbindung schmarotzerhafter Ausbeutung des Sozialstaats und zur konsequenten Einhaltung des Lohnabstandsgebotes. Bei den Altwähler_innen steht das genaue Gegenteil im Fokus der Diskussion.

Trotzdem machen weder die wahrgenommene Bildungsmisere noch die Skepsis gegenüber einer allgemein positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes den Altwähler_innen schwer zu schaffen. Den Erwartungen aus den bisherigen Beobachtungen gemäß müssten die Wunschschatzreihen nun Bezug nehmen auf diese Themen, das Gegenteil der als defizitär wahrgenommenen Realität propagieren – wie es bei den Neuwähler_innen aller Gruppen der Fall war. Doch nicht so bei den Altwähler_innen. Das überbordende Wunschthema ist eine allgemeine Verbesserung der globalen Lage. Das Ende der internationalen Konflikte – vornehmlich wird Bezug auf den Nahen Osten genommen – wird erhofft, ein grenzübergreifendes Einheitsgefühl, das Entstehen einer Weltgesellschaft werden ebenso eingefordert. Auch die Klimafrage kommt hier vor, allerdings ebenfalls mit globalem Bezug. Bei den Altwähler_innen dominiert also offensichtlich, anders als bei den Neuwähler_innen, weniger die eigene Energieversorgung, sondern mehr der globale Rahmen.“. Anwachsende Solidarität über die engen Grenzen des Nationalstaats hinaus wird als positiv empfindende Entwicklung dargestellt. Der Behauptung einer Teilnehmerin, diese Entwicklung sei bereits in Europa beobachtbar, die EU könne als Vorbild fungieren, wird nicht widersprochen. Anstoß nimmt daran niemand. Dieses weltoffene und positive Bild einer anhaltenden

Globalisierung steht im Widerspruch zur teils recht radikal artikulierten Ablehnung der Grenzöffnung gen Osten, wie sie in den Dresdener Neuwähler_innengruppen beobachtet werden konnte.

(1, w., LEA): „Ich muss dazu sagen, ich war dann doch eher bei 50 Jahren Horizont und nicht bei 5 und zwar lautet die Schlagzeile: Willkommen in der Weltgesellschaft. Wenn man es jetzt auf 5 Jahre runter bricht, dann würde ich vielleicht sagen: Die Millenniumsziele sind erreicht, die ja sozusagen von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden und, die ja, glaube ich, 2012 oder 2015 dann bestimmte Gleichheit was die Entwicklung in Entwicklungsländern angeht... Die Reduzierung der Armut von Kindern, soziale Teilhabe. Es sind ja doch diverse Ziele, die da formuliert wurden. Und willkommen in der Weltgesellschaft im Sinne von 50 Jahren Ausblick. Weil wir uns überlegt haben, dass halt auch ganz viele Konflikte zwischenstaatlicher Natur sind. Und dass eine Weltgesellschaft, wenn eine gesamtgesellschaftliche Solidarität eben nicht nur innerhalb von einer Nation sondern eben – wir sehen's mit Europa – die Tendenzen, eine Einigung auf immer höheren Ebenen Erfolg und eine Koordination und eine Kooperation, dass dadurch natürlich viele Konflikte, die heute potentiell noch mit Waffengewalt beigelegt werden, dann vielleicht hoffentlich irgendwann der Vergangenheit angehören. Aber wie gesagt, dass ist der Wunsch für 50 Jahre und wird wahrscheinlich in 100 Jahren noch nicht realisiert sein. Deswegen: die Millenniumsziele.“

Obwohl in der Debatte um die Zukunftsschlagzeilen grünetypisches Denken erkennbar wurde, sich große Parallelen zur Stammwähler_innenklientel in Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg zeigten, ist auffällig, dass die zukünftige Energieversorgung nur ein einziges Mal zu einer Zukunftsschlagzeile gemacht wurde. In Baden-Württemberg – unmittelbar vor der dortigen Wahl und nach Fukushima – war das Thema omnipräsent, war aber auch in Schleswig-Holstein im vergangenen Herbst noch hoch aktuell. Der zunehmende Abstand von den Ereignissen um Fukushima mag eine bedeutsame Erklärung sein, das Fehlen des jahrzehntelangen öffentlichen Verhandels der Schattenseiten von Atomkraft, eine fehlende, in der breiten Bevölkerung originär verankerte, ostdeutsche Anti-AKW-Bewegung, eine andere.

5.2 Krisenwahrnehmung

5.2.1 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE <100%)

Die weniger wohlhabenden Neuwähler_innen reagieren unschlüssig auf die Frage, ob die letzten Jahre eher durch Krisenerfahrungen oder durch Kontinuität geprägt gewesen seien. Das Verständnis davon, was eine Krise ist, deutet sich sehr unterschiedlich aus. Eine Sichtweise ist, dass Deutschland ökonomisch krisenresistent und sicher sei, wohingegen eine andere Sichtweise die systemische Anfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems in den Fokus rückt. Auffällig ist darüber hinaus der Themenschwerpunkt Naher Osten, der als große, ungelöste – womöglich unlösbare – Gefahrenlandschaft empfunden wird. Umweltthemen oder die zurückliegende Katastrophe von Fukushima werden in diesen Wählerschichten auch in diesem Gesprächsabschnitt nicht thematisiert.

Dass die Wirtschaftskrise in Deutschland vergleichsweise positiv verläuft, ist ein allgemein akzeptierter Konsens. Ökonomisch sei das Land von den radikalen Auswirkungen, die derweil in Südeuropa beobachtet werden, verschont geblieben. Dies wird allerdings nicht als Leistung der Politik anerkannt. Viel stärker vermutet die beobachtete Wähler_innen-gruppe, dass die Krisen auch in Deutschland auf „Kosten der kleinen Leute“ ausgetragen worden sei. Trotz der ökonomischen Erfolge, der Sicherung von Arbeitsplätzen und eines anhaltenden Wirtschaftswachstums herrscht die Gewissheit vor, dass die vermeintliche ökonomische Sicherheit in Deutschland teuer erkaufte worden sei, gerade die untere Mittelschicht, zu der sich viele der Teilnehmer_innen zählen, schwere Einbußen habe hinnehmen müssen. Die systematische Stagnation des Lohnniveaus in den 00er Jahren wird in dieser Argumentation als große Bürde wahrgenommen.

(6, w., LE-): „Ja. Ja. Weil jeder schreit dann immer, ihr müsst mir helfen, also Staat hilft. [...] *Philipp Holzmann* zum Beispiel, da hat der Staat geholfen. Wer hat uns geholfen? [...] Nach den kleinen wird dann nicht gefragt und das ist halt immer diese Ungerechtigkeit auch. Was sie gesagt haben, die großen haben das Recht für sich gepachtet, weil die schreien lauter, weil da einfach ein paar mehr Arbeitskräfte dran hängen oder die Banken schreien lauter, wenn die Banken pleitegehen, ist kein Geld mehr da, so ungefähr. Die Lobbyverteilung ist so ungerecht.“

(3, m., DD-): „Aber wer macht das denn? Also ich meine, wie gesagt, das sinkende Lohnniveau, das Deutschland gerade konkurrenzfähig macht als

Wirtschaftsstandort, das ist ja nun... das würde ich jetzt nicht als Verdienst bezeichnen. Weil es ja nun mal nichts ist, wovon die Mehrheit der Bevölkerung was hat. Aber machen wir uns doch nichts vor, genauso wie in anderen europäischen Ländern wird auch in Deutschland die Krise erst mal auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen.“

Die eigene Bereitschaft zurückzustecken, Einschnitte im Sozialsystem zu ertragen, wird als einer der Gründe angesehen, weshalb der Krisenverlauf in Deutschland milder sei als in anderen EU-Staaten. Bei aller Kritik daran besteht bei den hier beobachteten Neuwähler_innen die Hoffnung, mit dieser Aufopferungsbereitschaft auch in Zukunft drastischere Krisenauswirkungen abwenden zu können. So ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen einer vermeintlichen Notwendigkeit für weitere Einschnitte und der Angst, dass diese politisch tatsächlich umgesetzt werden. Denn, so lässt sich der Rhetorik dieser Gruppen entnehmen, die Gefahr eine Verschärfung der Krisensymptome schwingt wie eine Damoklesschwert über der Lebenswelt des Einzelnen. Geldentwertung, oder der Verlust des Eigenheims werden als bevorstehende Gefahr empfunden, weitere Einschnitte nüchtern erwartet und pragmatisch-mürrisch akzeptiert. Die bisher als erfolgreich wahrgenommene Krisenpolitik der Bundesregierung beruhigt also nur begrenzt. Der Vergleich zu dem ökonomischen Absturz anderer Ländern in der EU beruhigt die beobachteten Neuwähler_innen nicht vollends, da die Gefahr einer Eskalation allgegenwärtig zu sein scheint. Und – im Kontrast zu den scharf abgrenzenden, teils polemischen Debatten über den Sozialstaat während der Schlagzeilendiskussion – verspricht dessen Existenz doch eine unterschwellige Zuversicht, die man nicht missen möchte. Die Ansichten zum sozialen Auffangnetz innerhalb der Neuwähler_innengruppe variieren also, je nachdem welche Position gerade eingenommen wird.

(8, m., DD-): „Na man muss halt schauen, was realistisch ist, was mehrheitsfähig ist. Da können sie Wunschvorstellungen haben noch und nöcher, es ist besser, wir haben so ein Sozialsystem, als die Leute stehen auf der Straße und betteln und jeder ist erst mal abgesichert. Zwar auf einem niedrigen Niveau, das gebe ich zu, das müsste erhöht werden, aber jeder ist abgesichert.“

(4, w., LE-): „Ja, die letzten 10-20 Jahre zu betrachten - ich gehöre nicht zu den Leuten, die sagen, früher war alles schlechter oder früher war alles besser. Ich bin der Meinung, jedes Jahr passiert immer irgendetwas, irgendetwas Gutes, was Schönes, was Neues, das ist einfach der normale Lauf der Dinge. [...]

Ich sehe es eher optimistisch, die Menschen mussten immer mit Veränderungen klarkommen und das, was vor 20 Jahren anders war, war einfach nur anders. Es war weder besser noch schlechter, die Menschen mussten mit den Problemen klarkommen, es ist in Deutschland größtenteils niemand verhungert, wenn man das nur auf den deutschen Raum begrenzen sollte, leben wir doch recht gut und ich denke mal, dass wir uns recht wohlfühlen können in unserer Stabilität, die wir haben, und es ist auch eine gewisse Kontinuität, die wir in Europa haben. Ich nenne es mal kontinuierliches Chaos, man hat ständig Probleme zu lösen und Feuer zu löschen und das ist einfach, es wirkt nur eindrucksvoller, weil es jetzt durch die Nachrichten immer kommt, das gab es früher nicht.“

Doch Brüche werden nicht nur hinsichtlich ihrer unterstellten Systemimmanenz im Kapitalismus verhandelt. Auch die Politik selbst zeichne sich immer wieder durch Brüche aus. Die ungehaltenen Wahlversprechen der FDP – die Steuersenkung – ist hier neben Merkels Einstellung zur Atomenergie das prominenteste Beispiel. Das gebrochene Versprechen steigt zum zentralen Motiv auf, was die Formulierung des kontinuierlichen Chaos weiter dreht, regelrecht eskalieren lässt. Der eingangs so hoch gehaltene Wert der Ehrlichkeit – so ideell und weltfremd er auch immer ausformuliert wurde – werde in der Wirtschaft und der Politik systematisch missachtet.

(6. m., DD-): „Ich habe aber noch drei andere Sachen. Politikentwicklung ist ja auch grade Wahlversprechen und Wahlbrechen, das sind Brüche. Und das kennen wir nun schon und da haben wir die Nase voll. Sparfestlegungen, das ist so was Intensives: „wir müssen sparen“. Das kommt ja jetzt auch. Und die Sparfestlegungen werden immer wieder rasant gebrochen. Das hängt dann natürlich die Globalisierung mit drin, von einem Finanzminister zum anderen, das kann man ja richtig statistisch so immer sehen, aber diese Strukturen, zu versprechen: „auf lange Zeit, wenn wir sparen, werden wir vorankommen“. Fondsentwicklung, um mal wieder individuell zu werden, wie sind wir `vereiert` worden mit Fonds und da wird uns vorgerechnet, wie lange das trägt, das Geld, was wir da einzahlen. Individuell jetzt. Und wie uns das im Alter gut tun wird und so weiter. Und der Bruder, der uns das erzählte, der wusste ganz genau, dass da x Brüche kommen werden und solche hab ich erlebt. Und die sind von Tragweite.“

Insgesamt werden Krisen aber eher als selbstverständliche Begleiterscheinung zum natürlichen Fortgang der Geschichte empfunden denn als gravierende Einschnitte. Sich ihnen

zu entziehen erscheint als unrealistisch oder wäre mit überzogenen Vorstellungen verbunden. Bedürfte es dazu doch etwa einer – nur im Einzelfall eingeforderten – Einhegung der Marktwirtschaft, immerwährender Konkurrenz und des internationalen Wettbewerbs, welche ganz eindeutig und kollektiv als größte Krisenverursacher identifiziert werden. Im Anbetracht der Tatsache, dass es insbesondere die Wirtschaftskrise ist, die die hier beobachteten Neuwähler_innen echauffiert, kann nicht davon ausgegangen werden, dass es die großen, einzelnen Brüche oder katastrophalen Großereignisse der vergangenen Jahre waren, die zu einem politischen Umdenken führten. Die einzelnen Katastrophen bilden eher in ihrer Summe und vor dem Hintergrund einer missfallenden Entwicklung der politischen Kultur einen Anlass dazu, die eigene Wahlentscheidung zu überdenken.

5.2.2 Krisenwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen teilen sich in zwei anteilmäßig etwa gleich große Gruppen. Auf der einen Seite stehen diejenige, die in Krisen eine Chance sehen, nämlich den Ursprung für etwas Neues, für (positiven) Fortschritt. Die Mitglieder dieser Gruppe heben hervor, die Veränderung der Medienwelt, die sich zunehmende Verdichtung von Informationen führe zu dem Eindruck, es gäbe mehr Krisen oder mehr Unsicherheit als in früherer Zeit. Dabei begreifen sie die konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft als unvermeidbare, notwendige Begleiterscheinung einer fortlaufenden Verbesserung. Fortschritt und Nachhaltigkeit – so die pointierte Aussage dieses Argumentationsstrangs – hängen unmittelbar mit Brüchen und Katastrophen und Fehlern, kurz: Krisen zusammen. Getragen wird dieses Argumentationsmuster häufig durch biographisch gut begründete Erfahrungen. Wirtschaftlicher Erfolg, meist im eigenen Unternehmen, lässt selbst tiefgreifende Krisen akzeptabel erscheinen.

(3, m., LE+): „Ja, ich persönlich bin ein Mensch, der erst mal ziemlich optimistisch eingestellt ist. Ich glaube weder an einen Super-GAU, noch glaube ich, dass irgendwann die Welt untergehen wird, noch glaube ich, dass es irgendwann eine wahnsinnige Wirtschafts- und Finanzkrise geben wird. Das glaube ich alles nicht. Für mich gibt es momentan überhaupt keine Finanzkrise, es gibt nur eine Bankenkrise und wo die her kommt, das weiß eigentlich fast jeder. Es dreht sich auf dieser Welt, ob es uns gefällt oder nicht, leider alles ums

Geld. [...]Insgesamt sollte man aber nie vergessen, Krise bedeutet auch Chance. Das heißt also, ohne Krisen gibt es keine Veränderung, ohne Krisen gibt es keinen Fortschritt, ohne Krisen gibt es gar keine Nachhaltigkeit. Man muss da sehr, sehr vorsichtig sein, dass man nicht in diesen allgemeinen Jammertopf rein fällt. Dann brauch ich natürlich auch überhaupt nichts mehr tun, um irgendwas positiv gestalten zu wollen. Dann brauch ich keine Jugend ausbilden, dann kann ich sagen, lohnt sich nicht mehr, lassen wir es einfach sein. Wäre töricht.“

Dem gegenüber stehen Neuwähler_innen, die deutlich pessimistischer sind. Zwar scheint in großen Teilen der Gruppe Einigkeit darüber zu herrschen, dass die individuellen Lebensumstände durch Stabilität und Kontinuität geprägt sein und die großen Krisen – vornehmlich ist es die Eurokrise – bisher nicht auf das eigene Leben durchgeschlagen seien. Doch eine zukünftige Kontinuität wird nicht erwartet. Immer wieder scheint die Gesellschaft an „der ganz großen Katastrophe“ vorbei zu schrammen. Knapp und bloß mit Glück konnte der „Kollaps“ (4, w., LE+; 5, m., LE+) abgewendet werden. Doch wie lange dieses Glück noch anhalten wird, wagt niemand zu prophezeien.

(4, w., LE+): „Naja, grad was jetzt die Krisen angeht, sind ja die vergangenen Krisen, Finanzkrise, Wirtschaftskrisen das beste Beispiel. Es geht halt irgendwann, die Spirale geht halt irgendwann erst mal nicht mehr richtig weiter nach oben, da gibt es dann doch erst mal diesen Kollaps. das ist sicher noch nicht der Kollaps von dem gesagt wird, dass er hoffentlich nicht eintreten wird (Nicken zu 5). Aber diese Kontinuität, das ist ja wieder diese Entwicklungsgeschichte. Also die Kontinuität in der Entwicklung, im Fortschritt im Wachstum, das zieht dann natürlich auch immer noch Reaktionen nach sich, die dann nicht mehr so positiv sind.“

Die Entwicklung in Ostdeutschland wird innerhalb dieser Wähler_innengruppen insgesamt dennoch als positiv kontinuierlich empfunden.

(5, m., DD+): „Ich möchte jetzt aber auch mal sagen, jenseits von der Finanzkrise, was da in den letzten zehn, zwanzig Jahren passiert ist, also hier so im Osten, da muss man doch sagen, da ist unheimlich viel aufgebaut worden, abgesehen von Innenstadt und Frauenkirche. Auch wo man nicht so hinguckt, ich denke so an die ganzen Medien, also so das Internet oder die Verkehrsstruktur, die Infrastruktur, die Autobahnen, die sind und noch gebaut werden...“

Das Nachdenken über Kontinuität oder Brüche findet stets vor dem Hintergrund ökonomischer Belastungen statt. Thematisch steht die Eurokrise im Mittelpunkt. Die Begriffe Krise und Wirtschaft scheinen eine symbiotische Beziehung eingegangen zu sein. Mit der Ausnahme der Solidaritätserfahrungen während des Elbhochwassers im Jahr 2002 – Solidarität hier übrigens auch mit Tschech_innen und Pol_innen – wird immer wieder die Verbindung zur Wirtschaft hergestellt. Die andauernde Thematisierung der Finanzkrise hat offenbar zu einer Abstumpfung und Teilnahmslosigkeit geführt, wengleich dem stets vermeintlich glimpflichen Ausgang der Krise nicht vertraut wird – bis hin zum Motiv der Inflationsangst.

(5, m., DD+): „Und das beunruhigt die Leute, weil jeder betroffen sein könnte. Gut, die Kanzlerin hat gesagt, die Gelder auf den Konten sind sicher, aber ob das eine Beruhigungsspiel war, damit hier nicht die Sparkassen gestürmt werden. Und ewig geht so was nicht, da müsste schon was passieren, das geht so nicht weiter, sonst landen wir irgendwann in einer gewaltigen Inflation und da kommt alles durcheinander, da wird alles kaputt gehauen, was man sich aufgebaut hat.“

Die Finanzkrise allerdings scheint kein Grund dafür zu sein, eine Wechselabsicht zu den Grünen zu entwickeln. Allenfalls kritische Auseinandersetzungen über das entmystifizierte Ideal anhaltenden Wirtschaftswachstum, das getrieben ist von Gier, scheint ein Anknüpfungspunkt an grünes Denken zu bilden – klar benannt wird dies, anders als in der Wertedebatte, jedoch nur vereinzelt. Die Prämissen einer wachstumsunabhängigeren Ökonomie dürften in diesen Neuwähler_innengruppen noch längst nicht verfangen. Plakative Zielkonflikte zwischen Arbeitslosigkeit und ökologisch nachhaltigem Wirtschaften sind noch unentschieden – die Prämissen des *Green New Deal* größtenteils unbekannt. Das Klima, die Atomkraft oder andere „grüne“ Themen werden in den beiden beobachteten Diskussionen dagegen gar nicht erst verhandelt. Selbst auf Nachfrage, etwa hinsichtlich der Reaktorkatastrophe von Fukushima, entsteht keine Krisendebatte. Die Halbwertszeit bezüglich der Wahrnehmung ökologischer Krisen ist offensichtlich zu kurz.

5.2.3 Krisenwahrnehmung Altwähler_innen

Die Gegenüberstellung einer Konstanz der allgemeinen Lebensumstände trifft innerhalb des klassischen grünen Wähler_innenmilieus auf die Gegenwehr vornehmlich junger Wähler_innen. Ältere Stammwähler_innen beschreiben die gesellschaftliche Entwicklung stets vor der Erinnerung an die eigene DDR Vergangenheit, wohingegen jüngere Wähler_innen vorwärtsgewandt einen breit angelegten, tiefgehenden ökologischen gesellschaftlichen Wandel erwarten. Grüne Themen werden innerhalb dieser Gruppe in den verschiedensten Debatten erkannt, die Wirkungsmacht der Ökologiebewegung wird in der Programmatik fast aller Parteien nachvollzogen.

(1, w., LEA): „Also, ich kann das schon teilen, aber ich sehe trotzdem eine gewisse Zukunftsgewandtheit. Also von Stabilität und Kontinuität möchte ich gar nicht reden, also ich sehe schon, dass das alles im Fluss und in Entwicklung ist, und zwar in eine positive Zukunft, ganz einfach aus dem Grund, weil die Zeichen der Zeit zumindest in den Köpfen langsam ankommen. Und das ist für mich ganz wesentlich ist, dass es mentale Veränderungen gibt und wirklich die Wahrnehmung von solchen Zuständen und die ganze Nachhaltigkeitsdebatte. Wenn man überlegt, in den 70er Jahren, Anfang der 80er, da waren die Grünen noch, was die Piraten vielleicht heute sind. Und wie diese Themen, die die Grünen aufgegriffen haben, wirklich in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und wie sowohl CDU, SPD, also quasi jede Partei versucht hat, diese Themen mittlerweile aufzugreifen. Da glaube ich schon, dass man ein gewisses Umdenken auch durchaus merkt und dass das zwangsläufig, kommt natürlich auch drauf an, wann, aber zwangsläufig, in politische und wirtschaftliche Prozesse Eingang findet. Und insofern sehe ich schon, dass sozusagen die Folgen der industriellen Revolution, der Industriegesellschaft wie sie bis in die 70er Jahre hinein relativ kritiklos hingenommen wurden... Also da sehe ich schon einen großen gesellschaftlichen Wandel, der sich im Anlauf befindet.“

Dieser Argumentation folgend drückt sich der angestrebte gesellschaftliche Wandel nicht in der Verhinderung von Krisen aus, vielmehr bestätigt jede einzelne Krise die Notwendigkeit einer fortschreitenden Veränderung. Diese Überlegungen können von vielen der Teilnehmer_innen mit getragen werden. Der Fokus liegt innerhalb dieser Gruppen neben der Wirtschaftskrise auf der Entwicklung der Umweltpolitik – die ökologische Sensibilität, die sich in den Schlagzeilendiskussionen angedeutet hatte, wird dadurch bestätigt. Die

Atompolitik und der Klimawandel werden – anders als in den Neuwähler_innengruppen – unmittelbar aus den Gruppen heraus problematisiert und deutlich sensibler verhandelt. Ein weiteres zentrales Moment aktueller Krisen ist die wahrgenommene Machtverschiebung – weg von der Politik hin zur Wirtschaft, die als kontinuierliche Verschlechterung empfunden wird. Die Diagnose der Teilnehmer_innen, dass durch die überschlagenden Ereignisse der anhaltenden ökonomischen Berg- und Talfahrten keine nennenswerte Neujustierung der strukturellen Machtverhältnisse vollzogen wurde, findet großen Zuspruch. Die größte Gefahr von Krisen ist in den Augen der Altwähler nicht die Krise selbst, nein, es ist vielmehr, dass sie eben nicht als Ursprungsort neuer Anfänge dienen kann – gerade so als wäre eine Grenze überschritten worden, als wäre das gesellschaftliche Gleichgewicht derart gekippt, dass es unmöglich wird, eine neue Balance zu finden.

(8, m., LEA): „Kontinuierlich. Weiß nicht, ob ich das als bergab bezeichnen würde, aber es ist so, dass die Politik immer schwächer wird und die Macht der Wirtschaft immer stärker. Dass auf landes- und bundespolitischer Ebenen immer weniger erreicht werden kann, weil die Macht des Geldes immer größer wird. Und wir hatten zwar diese Lehmann-Krise vor 2-3 Jahren, wo der Börsencrash war, aber eigentlich hat sich nicht wirklich was geändert. Man wirtschaftet genauso wie vorher. Und die Profitgier ist genauso wie vorher. Und es ist alles beim Alten geblieben.“

Die Debatte der Altwähler_innen um Krisen beschränkt sich allerdings nicht auf ein vages Gefühl von Sicherheit oder doch eher Unsicherheit. Vor dem Hintergrund einer langfristigen Betrachtung setzt sich der Eindruck durch, die langfristige Stabilität und Friedenssicherung in Europa sei ein nicht überschätzbarer Erfolg. Stabilität und Dauer werden anerkannt und die weitsichtige politische Führung anerkannt.

(3, m., LEA): „In meiner Tendenz [er meint die Frage, ob die vergangenen Jahre eher durch Kontinuität oder durch Brüche und Katastrophen geprägt sein] eher positiv, um die Frage mal zu beantworten. schon allein weil es relativ schon lange jetzt Frieden gibt in Europa, was ja keine Selbstverständlichkeit ist, gemessen an der Geschichte jedenfalls.“

Umso schwerer wiegt die Angst einer versagenden Politik in der Eurokrise. Das „Getrieben-Sein“ Angela Merkels wird kritisiert, droht sie dadurch in den Augen einiger Altwähler_innen doch die Erfolge der langfristig positiven Entwicklung zu verspielen.

(4, w., LEA): „Ich sehe, was Europa betrifft ähnlich positiv, auch diese lange Friedensperiode, aber im Hinblick auf den Umgang mit Ressourcen, im Umgang mit dem Klimawandel, wo ich finde, dass die Zeichen der Zeit überhaupt nicht wirklich angekommen sind, in allen Schichten der Gesellschaft. Und auch, wenn man sich diese großen Klimakonferenzen anguckt, es wird Kriege um Wasser geben, es wird Kriege um Rohstoffe geben, man sieht das ja jetzt schon, dass da China, die dort Land in Afrika kaufen [...]“

Umweltkrisen werden innerhalb der beobachteten Gruppen als tiefgreifendes Problem wahrgenommen und selbst auf die Themenagenda gesetzt. Es wird in der Debatte allerdings angezweifelt, dass die Bedeutung von Ökologie und Umwelt(krisen)bewusstsein in die gesamte Gesellschaft Eingang genommen hätten – in den Neuwähler_innengruppen zeigte sich, wie gut diese Skepsis begründet ist. Insgesamt erreichen die Teilnehmer_innen keine Einigkeit darüber, ob die vergangenen Dekaden eher durch Stabilität oder durch Brüche und Krisen geprägt gewesen seien. Im Bereich der Umweltpolitik werden ganz sicher Veränderungen und Erfolge verbucht, auch eine allgemeine Sensibilisierung für ökologische Themen wird erkannt. Vertraut wird dieser Entwicklung allerdings nur zögerlich. Auf die Frage, ob Fukushima etwas verändert habe, tritt diese Skepsis deutlich hervor. Dies auch, weil die notwendige Grundlage zur Lösung ökologischer Krisen wegzubrechen droht, von der Wirtschaft verzehrt wird: der starke Staat.

(7, w., DDA): „Ich hoffe es. Aber ich befürchte nicht.“

(5, w., DDA): „Nein. Ich denke, das hat auch ein bisschen was damit zu tun, dass wir hier, in diesem Umfeld 1986 Tschernobyl hatten. Das war sehr viel näher [Nicken] Und dann kamen ja sofort Vergleiche mit Tschernobyl. Und da hat man gesagt, a ist es weiter weg und b, und damals haben wir auch die Gurken aus dem Garten gegessen und Pilze gesammelt. Hier im Osten. Unsere Verwandten in Niedersachsen haben dann kein Obst mehr gegessen. Aber bei uns war das ja alles kein Problem. Dieses Wissen, dass ich das eine gut überstanden habe, hat sich meiner Meinung nach jetzt auch ein bisschen über Fukushima gelegt.“

5.3 Politikwahrnehmung

5.3.1 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE < 100%)

Innerhalb der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen herrscht eine weitgehende Skepsis gegenüber der Möglichkeit politischer Einflussnahme vor, die sich in einer kritischen Distanz gegenüber Parteien, Politik und Politikern äußert. Die vorgetragene Verdrossenheit und Politikmüdigkeit wird an unterschiedlichen Punkten festgemacht: beginnend bei der Glaubwürdigkeit von Politik über deren Nachvollziehbarkeit, die Wahrnehmung eines Auseinanderfallens von Wahlversprechen und deren Umsetzung bis hin zu fehlender Einflussnahme seitens des Demos bei gleichzeitig höherer Einflussnahme organisierter Interessen. Engagement innerhalb politischer Institutionen wird deshalb auch als wenig zielführend angesehen. Doch die Kritik am Zustand der parlamentarischen Demokratie – es bleibt unklar, ob es sich primär um Sachsen oder den Bund handelt – reicht tiefer. Zwei der Teilnehmer setzen sich kritisch mit der Parteiendemokratie auseinander, zweifeln gar an, dass sie dem hohen Anspruch nach Repräsentativität überhaupt gerecht werden kann.

(3, m, DD-): „Der Parlamentarismus ist sicher nicht die schlechteste aller Regierungsformen, aber sicher auch nicht die beste. Also Stichwort Repräsentationskrise, [...]. Dass im Grunde möglichst von dem demokratischen Willen der Leute, von den Bedürfnissen, auf Regierungsebene nichts ankommt. Und dass im Grunde das den Ablauf stören würde. Das würde ja Kosten verursachen und bestimmte Dinge... Mindestlohn und Grundeinkommen oder auch 'ne repressionsfreie Grundsicherung, das ist ja längst mehrheitsfähig. Das ist ja ganz erstaunlich, dass teilweise die Leute 80% in Umfragen dann doch angeben, sie würden eigentlich das und das, kein Militär in Afghanistan usw. und Mindestlohn und dann trotzdem komischerweise die Parteien wählen, die dann genau den Mist verzapfen und deswegen kann man nur sagen, die Parteien sind auf jeden Fall nicht mehr die Organe, die irgendwie den Mehrheitswillen repräsentieren oder in 'ne politische Tat umsetzen“

(6, m., DD-): „Demokratie ist in der geschichtlichen Entwicklung niemals Parteiendemokratie. Und wir machen mit der Parteiendemokratie auf der wir unmittelbar politisch beeinflussen mit Meinungsbildern auf die Leute einstimmen machen wir keine Demokratieentwicklung im eigentlich philosophischen

Sinne. Und das ist Karriereleiterentwicklung und nichts anderes. Und Karrierestreben in diesen Parteien. Und wir können sie nicht einfach abschaffen, weil man sie ja nun mal angeschafft hat.“

Die diagnostizierte Repräsentationskrise führt indes zu einer Selbstläufigkeit. Organisationen und Initiativen zur direktdemokratischen Beteiligung werden seitens der Proband_innen eingefordert, oder bereits unterstützt – die Argumentation für außerparlamentarisches Engagement ist viel ausgeprägter als in den überdurchschnittlich verdienenden Gruppen. Die Möglichkeit, wichtige politische Entscheidungen auf den breiten Sockel des Demos zu stellen, wird ganz offen eingefordert. Eine Verfassungsmäßige Öffnung zu Plebisziten ist ausdrücklich erwünscht.

(3, m., DD-): „Und deswegen muss man sich auch um weitere Akteure Gedanken machen, Gewerkschaften sind auch ganz schön tief mit drin und sehr unbeweglich und starr, wie ich das oft erlebt habe. Bürgerinitiativen sind oft sehr auf ihren eigenen Kleinkram bezogen. Wenn man wegen jeder Straße, wo da Bäume gefällt werden, irgendwie wieder anfangen muss, um seine Macht zu kämpfen, spätestens da soll man vielleicht generell sagen, wir wollen mehr Einfluss. Direkte Demokratie zum Beispiel, die natürlich mit entsprechender Qualifizierung einhergeht und einhergehen muss. Genau, also die Menschen werden irgendwo schon auf eine Art, ja schon Revolution kann man schon sagen, auch der demokratischen Institutionen durchgeführt werden muss. Weil aus den Systemen und Subsystemen selber kann's nicht vorgehen, dort wo die Leute sich im Grunde anpassen, um was irgendwas zu werden. Sie wollen, also auch wenn viele, wie der Joschka und so mit wichtigen Zielen, dann lassen sich die eben rumschleifen im Strom und sind dann immer bereit Kompromisse zu machen...“ [...] „Also sich den Staat wieder anzueignen als Bürger und zu sagen, ok, wir sind der Staat und nicht nur die Apparate und die Lobbyorganisationen, das wäre oder ist 'ne Aufgabe, die sich meine Generation, eure, unsere eigentlich in der Welt irgendwo zu eigen machen sollte.“

(5, w., DD-): „Es passiert aber genau deshalb ganz viel von unten durch Initiativen, Bürgerinitiativen, es werden Kindergärten gegründet, das ist eben dann auch wieder Demokratie, man kann sich da bestimmte Systeme selber aussuchen, wurde auch abgesegnet. Viele gehen dann über zur Substitutionswirtschaft zurück, also selber anbauen, etc. im Kleinen. Es passiert auch gerade

sehr, sehr, sehr viel. Es werden Tauschgesellschaften gegründet. Und wenn man das nicht nutzt, dann ist man halt selber dran Schuld. Das ist eigentlich das, was wo auch wirklich die große Chance da ist und wo's wirklich auch beginnt zu gären.“

Ein weiterer darunterliegender, kontrovers diskutierter Kritikpunkt bezieht sich auf die Unterscheidbarkeit von Parteien überhaupt. Der Mehrheitsmeinung einer Vereinheitlichung von politischen Optionen innerhalb des Parteiensystems, ein Zusammenwachsen vormals unterschiedlicher Positionen, steht nur eine Minderheitenmeinung (politisch stark Interessierter) entgegen. Gleichwohl kritisieren selbst die politisch stark interessierten Proband_innen die Schwierigkeiten, diese Unterscheidbarkeiten kristallisieren zu können.

(4, m, LE-): „[...]Was ich immer vermisste, wenn ich sehe bei Facebook, ich bin nun bei Facebook, habe ich alle Parteien, und dann kann ich immer lesen, was sie grade so zu berichten haben. Es ist teilweise nicht auszumachen, wofür stehen die jetzt. Die reden eher immer nur über ihren Gegner, nicht über das Eigene, ja? Manchmal feiern sie sich selbst ein bisschen. Aber die die ein bisschen neugierig machen auf Provokation und auf was Anderes sind wirklich die Piraten und die NPD sowieso, weil die noch ganz lustig sind, heee, aber die haben mich inzwischen rausgeschmissen, also von ihrer Seite. Ansonsten kann ich verstehen, dass viele Menschen das in einen Topf tun, und sagen, die sind eh alle gleich, man weiß sowieso nicht mehr, die haben nur unterschiedliche Fahnen aber keine unterschiedlichen Ansichten...“

Dennoch wird etwa das Aushandeln des Merkel'schen Atomausstiegs vor dem Hintergrund eines Allparteienkonsenses ausdrücklich gelobt, auch die konsensuale Wahl von Joachim Gauck zum Präsidenten findet Zuspruch.

(Moderation): „Finden Sie das positiv, dass er [Gauck] jetzt gewählt wurde? (2, m, LE-): „Das war super. Vor allem, dass sie sich alle drauf geeinigt haben, das ist eine Leistung.“

So bleibt die Argumentation der beobachteten Neuwähler_innen in einem diffusen Spannungsverhältnis. Kompromiss und Konsens werden auf der einen Seite akzeptiert und gefordert, gleichzeitig jedoch erwartet, dass die Parteien klar alternative Politikinhalte anbieten – für die Politiker_innen ein nicht aufzulösendes Dilemma.

Kommt die Diskussion indes auf konkrete Parteien, zeigt sich zumindest auf Landesebene doch eine wichtige Unterscheidung zwischen der Union auf der einen und den Grünen – und inzwischen auch den Piraten – auf der anderen Seite. Im Angesicht der nun über 20 Jahre fortwährenden Dominanz der CDU sei, so die beobachteten Neuwähler_innen, ein CDU-Filz herangereift, durch den ohnehin schon komplexe Entscheidungsprozesse noch unüberschaubarer würden. Als Beispiel hierzu fungiert die Debatte um den Bau der *Waldschlösschenbrücke*.

(7, w., DD-): „aber dass die Politik hier mittlerweile unglaublich wird, weil bestimmte Dinge einfach nicht, erst werden Dinge hochgejubelt, dann werden sie wieder kaputt gemacht, siehe Kulturpalast. Erst wird gesagt, der muss gemacht werden, dann werden die Mittel für was anderes verwendet. Es wird so gestückelt und gemacht, so dass letztendlich oder diese jahrelangen Diskussionen über die Waldschlösschenbrücke, was eine Unmenge an Geld verschlungen hat. Ich denke und ich weiß auch aus meiner Bekanntschaft, die sagen, es hat doch eh keinen Zweck, wenn wir wählen gehen. Eine gewisse Politikmüdigkeit“

(5, w. DD-): „Und auch Wählerignoranz, wenn man sich anguckt, während der CDU-Vorherrschaft muss es nicht sein, aber die Leute entwickeln es letzten Endes selber, das ist Plus und Minus einer Demokratie. Und wenn diese Wählerfaulheit einfach mal stattfindet, dann darf sich hinterher auch niemand aufregen, das ist hinterher das große Drama dabei. Da kann dieser Klüngel, dieser Stadtklüngel oder Landesklüngel...“

(3, m., DD-): „Also mir fällt da auch ein: CDU. Was ist schlecht in Sachsen, da kann man so eine Mentalität nehmen, die natürlich auch wieder total vielfältig ist, aber im Ende halt, CDU-Vorher-Alleinherrschaft seit dem Zusammenbruch und der Wende. Schrägstrich Filz.“

Trotz dieser tiefgreifenden Skepsis gegenüber dem politischen System haben die Grünen einen Vertrauensvorsprung vor den anderen Parteien, speziell der sächsischen CDU. Dieser ist jedoch deutlich schwächer – auch oberflächlicher – als der enorme Vertrauensbonus, den die Grünen im vergangenen Herbst in Schleswig-Holstein erfahren haben. Auch grüne Politiker_innen werden – mit Ausnahme (des „durch die Macht korrumpierten“)

Joschka Fischer –insgesamt positiv wahrgenommen, insbesondere Winfried Kretschmann. Die Grünen, wahrgenommen als „Problemlösepartei“, entsprechen in den Augen der hier beobachteten Wechselwähler_innen eher dem Anspruch an Seriosität und Authentizität.

(4, m, LE-): „Politik, es kann nicht immer wieder eine Sau durchs Dorf getrieben werden und ein Politiker soll einen ja nicht unterhalten, er soll sein Job machen und die Probleme lösen und da haben die Parteien, die kleineren... Die Grünen sind so eine Problemlösungspartei. Die hatten sich nun mal die Ökologie und den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben. Das ist gut und schön, dafür werden sie gewählt. Jetzt haben wir den Atomausstieg, dann haben die Grünen eigentlich irgendwann das Problem, Deutschland ist ja, ökologischer geht es ja gar nicht mehr, das ist ja wirklich ein Vorzeigeland, was diesen Bereich angeht, also es gibt keine so dreckigen Flüsse, wie vor 20 Jahren und der Wald stirbt auch nicht mehr, die Luft ist auch sauber und unsere Atomkraftwerke werden alle abgeschaltet. Könnte man sich fragen, wofür brauchen wir noch später die Grünen, für Umweltschutz sicherlich nicht mehr. Das machen sie jetzt alle, auch unter Kohl, damals hatte er den ersten Umweltminister ernannt. Hat man die Probleme also gelöst.“

(5, w., LE-): „Die Grünen sind für mich eine Partei, die auch immer reinhaut und auch dafür steht, was sie sagt. Ob sie das jetzt durchsetzen können oder nicht, aber ich denke, die Wahlergebnisse in den letzten Wahljahren haben es auch gezeigt, dass die eben da nicht so zurückschrecken. Die wollen natürlich da ein bisschen zurück zu ihrer Substanz, aber das Problem ist natürlich oft, dass sie Themen nicht so auf der Straße liegen.“

(4, m., LE-): „Ansonsten ganz schlimm finde ich die ganzen von der FDP und von den Grünen finde ich ganz gut, wenn ich mal so die ganzen Figuren so durchgehe, die einen so anlächeln, vom Laternenpfeiler, wenn die Wahlen anstehen.“

Dennoch: Die stabilen Wahlergebnisse der Grünen sprechen dafür – so sehen es die beobachteten Neuwähler_innen selbst –, dass die Menschen Ehrlichkeit und konsequente Umsetzung von Politik ertragen können, wenn diese glaubhaft kommuniziert wird; so wie dies in ihren Augen Kretschmann – und auch Angela Merkel machen. Allerdings müssen

sich zumindest die Grünen diesem Wahrnehmungsvorsprung inzwischen mit den Piraten teilen, die vor allem von der beschriebenen Melange von Verdrossenheit, Filz, Glaubwürdigkeits- und Partizipationsdefizite sowie diffuser Skepsis gegenüber den „etablierten“ Parteien profitieren könnten. Gleichwohl zerfällt die Einstellung gegenüber der jungen Partei in eine Offenheit gegenüber der transportierten Botschaft von Transparenz, auch von Andersartigkeit, und in eine deutliche Skepsis, ob die Partei auf lange Sicht durchhalten werde, auch weil konkrete Inhalte fehlten.

(2, m., LE-): „Also wenn wir jetzt sagen, wir brauchen einen neuen Impuls für die Politik. Wir haben etwas, was nicht ausgeschöpft worden ist, das ist das Internet. Das heißt, das Internet ist die große Chance für die Politik, weil es viele Leute dazu kriegen kann, ihre Verantwortung einzubringen. Deshalb haben die Piraten so einen Zulauf, obwohl das so ein Chaotenkomplex ist. Aber wenn die Partei es versteht, das Internet zu nutzen, um den Volk zu dienen und die Leute, die noch mitdenken, zu organisieren, dann können sie mächtig was bewegen und die werden das dann wieder verbreiten und sagen, wähl dann mal und die wieder wähl dann mal. Also, im Grunde genommen ist die Chance im Internet gewaltig, aber keiner hat sie genutzt. Das Internet hat das Bankensystem revolutioniert, das Internet hat das Zeitungswesen revolutioniert. Die Zeitungen haben keine Werbeeinnahmen mehr. In der Politik ist es nicht zu sehen. Das heißt, die große Chance ist das Internet.“

(4, m., LE-): „Die Piraten werden dasselbe Problem haben. Die sind jetzt neu, die wollen Transparenz und ich sage mal lapidar, was man will, kann man sich runterladen (leichtes lachen) und vielleicht tun sie auf einem Gebiet von Bürgerrechten ein bisschen mehr aber irgendwann sind die Probleme dann auch gelöst.“

5.3.2 Politikwahrnehmung Neuwähler_innen (HHNE 100-200%)

Auf die bundesdeutsche Politik haben die beobachteten Teilnehmer_innen der überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen einen skeptischen Blick. Sie wahren eine sichere Distanz zur Politik, sehen viele Probleme, kommen diesen jedoch, anders als die unterdurchschnittlich verdienende Vergleichsgruppe, mit systemimmanenten Verbesserungsvorschlägen entgegen.

Zunächst: Die Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik wird kritisch gesehen. Die angewachsene Dominanz der Wirtschaft und deren Einfluss auf die Politik werden von den meisten Teilnehmer_innen als Problem empfunden. Die Rede ist von einer Aushöhlung der demokratischen, parlamentarischen Strukturen – die argumentative Nähe zu den Thesen der Postdemokratie ist offensichtlich.¹² Die Privatisierungstendenzen ehemals staatlicher geleiteter Firmen treffen auf Ablehnung. Nur vereinzelt wird ein intensiverer Austausch zwischen Politik und Wirtschaft verlangt. Vehement argumentieren mehrere Neuwähler_innen gegen den immer offensichtlicher werdenden Lobbyismus. Als prominentes Negativbeispiel für eine zu starke Verquickung von Wirtschaft und Politik gilt namentlich Gerhard Schröder, dessen „Seitenwechsel“ nach der Bundestagswahl 2005 als Mahnmal in Erinnerung geblieben ist.

(2, w., DD+): „Also wenn man den Schröder nimmt, der kommt doch, das sind doch alles Leute, die Verbindungen zur Wirtschaft haben, also das sehe ich überhaupt nicht so, im Gegenteil, ich finde das eher, dass die Wirtschaft eine zu große Rolle spielt. Also ich habe einen Schwiegervater im Umweltamt, da geht es nur um Wirtschaft, nur um Geld und Wirtschaft. Ich finde aber es sollte wieder nach Menschen gehen.“

Gerhard Schröder – und auch Joschka Fischer – gelten als personalisierte Negativbeispiele, die die Skepsis gegenüber bundespolitisch agierenden Akteur_innen aller Parteien begründen. Der erfolgreiche politische Aufstieg scheint in den Augen der hier beobachteten Neuwähler_innen ein sicherer Indikator dafür zu sein, dass der jeweilige Politiker seine Ideale hinter sich gelassen habe und sich von seinen Wurzeln entfernt zu haben scheint. Hans Christian Ströbele gilt hier als positive Ausnahme, ebenso Joachim Gauck.

(3, m., DD+): „Mir fällt dieser Herr Ströbele ein, aus Berlin. Der vertritt auch die, die Werte, die die Basis der Grünen noch hat. Auch selbst noch, persönlich. Grüne wie Joschka Fischer, die sind ja so was von ihrer Partei weit entfernt,

12 Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

aber der vertritt die ja noch. [...] „Als der [Markus Ulbig, CDU] noch Bürgermeister von Pirna war, der sächsische Innenminister, da war das mal ein netter, lustiger Politiker, der noch zu seinem Wort gestanden hat. Aber als Innenminister hat er sich zum Saulus, zum Paulus zum Saulus gewandelt, ist nicht zu empfehlen.“

(8, m., LE+): „Aber wenn ich grad den Herrn Fischer auch sehe. erst Revoluzzer vor dem Herrn und dann ne, mit Fliege und alles vom Feinsten. Man beobachtet das auch.“

Auch den Parteien wird ein eher negatives Zeugnis ausgestellt, insbesondere den *etablierten* Parteien. Und hierzu zählen außer den Piraten im Prinzip alle – inklusive der Grünen. Zwar werden diese innerhalb des Diskurses etwas positiver herausgehoben. Gleichwohl sind es in beiden Gruppen wiederum die Piraten, denen inzwischen die Rolle des Agent Provocateur zugeschrieben wird, was für die Grünen nicht mehr gilt.

(8, m., LE+): „Die Grünen sind auch noch ein bisschen, die so ein bisschen dieses Soziale vorantreiben wollen. Aber, wie gesagt, ich denke trotzdem, die sind fast so lange jetzt wieder, haben auch alle ihre Pöstchen gefunden. Und so ist das der Lauf der Dinge. [...] Oder ich wähle erst mal die Piraten, die zwar kein Programm haben, aber die sind erst mal dagegen und da ärgern sich die anderen.“

(3, m., LE+): „Die müssen gezwungen werden die etablierten Parteien. Die Piraten werden sie zwingen. Das ist das, was da passiert. Denn wer redet denn heute über nachhaltige Ökologie? Wieso beredet man das Thema bei der CDU. Das ist ein Thema der Grünen gewesen. Ja hallo, hier geht um Wählerstimmen. Und nur, wenn ich die Politik zwingen und die Wirtschaft zwingen, dann verändere ich etwas. [...]. Warum sind die Piraten momentan so erfolgreich. Keiner kann es verstehen. Die haben kein Wahlplakat gehabt, nichts. Die haben was ganz entscheidendes gemacht, meiner Meinung nach. Sie haben gesagt, wir sind für Volksentscheide, wir sind für Bürgerbegehren. [...] Und wenn die Bevölkerung erst mal wieder ein bisschen mehr an der Politik beteiligt würde, dass man nämlich solche Umfragen macht, nämlich Volksbegehren macht, dann würden auch ganz andere politische Entscheidungen in Deutschland raus kommen. Warum tut man es denn nicht.“

Hier zeigt sich bereits im Vergleich mit den unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen ein durchscheinender Optimismus: Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen glauben an eine gewisse Veränderbarkeit von Gesellschaft. Der Optimismus speist sich aus drei verschiedenen argumentativen Quellen. Idealtypisch sehen diese wie folgt aus: Die Parteiendemokratie eröffne breite Möglichkeiten zur Einflussnahme – die unterdurchschnittlichen Neuwähler_innen nannten die Parlamentarier hingegen „entscheidungskompetenzbefreit“. Die Grünen selbst gelten als ein Paradebeispiel gelungener Einflussnahme. Die „Ökologisierung“ der Wahlprogramme aller Parteien wird als Verdienst der Grünen klassifiziert. Neue Parteien, die eine Verschiebung der Machtkonstellationen bewirken, somit neue Dynamiken auslösen können, werden als erfrischend empfunden – dies gilt sowohl für die frühen Grünen wie auch die Piraten.

Der Einflussnahme durch Bürgerinitiativen und Petitionen steht ein Teil der Neuwähler_innen sehr wohlwollend, fast euphorisch gegenüber. Die Übernahme von Verantwortung seitens einer organisierten Bürger_innenschaft wird als große Chance dazu gesehen, die oben angeführten Verfallserscheinungen der politischen Kultur zu kompensieren.

(6, m., LE+): „Ich habe mit Menschen geredet, die gesagt haben, wir müssen dafür was tun, in den verschiedensten Bereichen. Ich war auch für einen Bürgerverein tätig, der auch für seinen Stadtteil was getan hat. ich bin ähm, nicht überzeugt, dass ich 'ne Partei nennen muss, sondern ich bin davon überzeugt, dass man dieses Engagement fördern muss, diese Zivilgesellschaftliche. Äh, ganz oft, dass eben 'ne Bürgerinitiative ist, die sagt, wir möchten noch was bewegen, wir möchten, was weiß ich, für unseren Schulhort irgend einen Anbau, oder ich möchte 'ne Petition. gerade die ganzen Onlinepetitionssachen finde ich ganz spannend. [...] Wenn viele an Politik denken, kommt immer sofort CDU, FDP, Grüne, Linke, was weiß ich. Und Politik ist doch viel mehr und das ist der Punkt, für den ich jetzt so eintrete. Da kommen wir auch wieder zu den Piraten, wobei der es am Ende auch sagt...wobei ich die jetzt auch nicht wirklich wähle, oder wählen würde. Aber es geht doch darum, den Menschen zu überzeugen, du kannst in deinem Bereich immer was tun, Elterninitiativen, was weiß ich und das ist, glaub ich, der Punkt. Diese politische Bildung, dieses politische Engagement muss einfach wieder mehr verbreitet sein. Dann haben wir auch kein Problem mehr mit irgendwelchen Nazis oder so. Das würde dann nämlich einfach mal entfallen an der Stelle.“

Die Forderung nach mehr Beteiligung, nicht zwangsläufig jedoch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten, kommt hier zum Vorschein. Ursache des Problems seien weniger die defizitären Strukturen als vielmehr die Akteur_innen selber, die die vorhandenen Möglichkeiten selbstverschuldet nicht nutzen. Vor diesem Hintergrund ist es erklärlich, dass nicht nur die Berufspolitiker_innen in die Kritik geraten, sondern auch das „Nörgeln“ der Bevölkerung teilweise mit Unverständnis registriert wird. Denn die Möglichkeit zur Beeinflussung von Politik wird bereits heute als sehr groß wahrgenommen.

Die dritte Argumentationslinie, über die Einfluss auf die Politik bzw. die Gesellschaft genommen werden kann, geht jeder Organisationsform ab. Bei einigen beobachteten Neuwähler_innen gilt die Eigenverantwortung als zentrales Instrument zur Veränderung oder Verbesserung von Politik. Dieses Bild bewegt sich allerdings fernab aller organisierten Interessenvertretungen, sondern reduziert Verantwortung auf den Handlungsbereich des Individuums. Politischen Großorganisationen stehen diese Neuwähler_innen mit Skepsis gegenüber, das Potential zur gesellschaftlichen Veränderung verlieren sie jedoch nicht aus den Augen. Doch sie stützen ihre Hoffnung dabei auf ein liberales Gesellschaftsbild. Die Freiheitsrechte der demokratisch-parlamentarischen Gesellschaft bereiten den Rahmen zu einer möglichen Einflussnahme.

(4, w., LE+): „Jeder versucht sich immer aus der Verantwortung raus zu ziehen und sagt: Joa, das geht mich nichts an. Da bin ich nicht zuständig. Da fängt das schon an. Wer ist denn zuständig? Wir sind alle zuständig. Das ist unsere Welt, um es mal global zu sehen, das ist unsere Stadt das ist unser Bundesland wie auch immer. Das ist unser Leben und da müssen wir auch was tun.“

Politisches Handeln wird insgesamt als Möglichkeit gesehen, innerhalb der Gesellschaft Veränderungen zu bewirken. Die Wirkungsmechanismen der repräsentativen Demokratie werden positiv bewertet, Veränderungshoffnung knüpft sich also auch an die Parteien. Einflussnahme durch eine intensivere Nutzung der Instrumente der Bürger_innenbeteiligung wird ebenso eingefordert. Es ist ein Appell an die staatsbürgerliche Verantwortung, die aus den Beiträgen der beobachteten Diskussionen ableitbar ist. Doch es wird angezweifelt, dass Veränderungen in Sachsen tatsächlich erfolgen werden. Denn an einen Wechsel im eigenen Land glaubt niemand. Die mehrheitlich befürwortete rot-grüne Alternative sei vollends unrealistisch, ein Bündnis mit der Linkspartei wird ebenso wenig erwartet. Die „Solidarische Moderne“ wird zwar seitens einer Teilnehmerin erwähnt, gleichzeitig fragt sich die

Mehrheit daraufhin, weshalb man noch nie davon gehört habe: Das Institut liegt außerhalb des Wahrnehmungsbereichs der meisten Wechselwähler_innen.

5.3.3 Politikwahrnehmung Altwähler_innen

Die Wahrnehmung der Politik in den sächsischen Altwähler_innengruppen lässt sich vor allem auf drei wesentliche Aspekte herunter brechen. Zum ersten sehen sich die Wähler_innen einer übermächtigen CDU – verbunden mit einem übermächtigen rückständigen Konservatismus – gegenüber, die im Zentrum der Kritik an den sächsischen Verhältnissen steht. An keiner anderen Partei reiben sich die Stammwähler_innen derart stark wie an der Landes-Union im Allgemeinen und einem ausgeprägten CDU-Filz im Besonderen. Ursächlich hierfür wird ein spezifischer ländlicher und kohortenspezifischer Konservatismus ausgemacht, der in Sachsen eine besonders rückständige Note besitzt. Deshalb geben sich die Altwähler_innen auch keinen Illusionen bezüglich eines anstehenden Machtwechsels hin, zu festgefahren seien die sächsischen Strukturen, das konservative Denken in Sachsen. Zwar ruhen die Hoffnungen auf Rot-Grün, aber vor diesem Hintergrund, und auch vor dem der Wahlergebnisse, glaubt man nicht an einen Umschwung wie in Baden-Württemberg, sondern übt sich in zynischer Abgeklärtheit.

(8, m., DDA): „Der CDU-Filz... (5, w., DDA): Nicht nur CDU, ein extremer Erzgebirgsfilz. Einer kennt den und der wird angerufen und der wird dann z.B. Minister, so ist es jetzt mit der neuen Bildungsministerin passiert. Das geht auf alten Erzgebirgsfilz zurück. Rund um den Ministerpräsidenten geht's auf Lausitzfilz zurück.“

(3, m., DDA): „Ich befürchte, dass man gerade im Erzgebirge, Lausitz usw. Dort gehen die Uhren anders. Sobald dort mal einer aus der Großstadt rausfährt, schon Richtung Radebeul, ist alles, alles schwarz. Und das wird auch noch eine ganze Weile so bleiben. Weil es den Leuten so auch noch relativ gut geht. [...]Sachsen kommt mir bald so vor wie früher Mecklenburg, da hat man früher gesagt: Warum ziehst Du denn nach Mecklenburg? Wenn die Revolution kommt, dort kommt sie hundert Jahre später. So kommt mir bald Sachsen vor. Bei Veränderungen. Keine Revolution, um Gottes Willen, Richtung rot-grün

oder meinetwegen auch rot-grün mit Liberalen, das wird hier in absehbarer Zeit nie passieren.“

(8, m., DDA): „Ein Großteil der CDU-Wähler sind Rentner, und den Rentnern geht es relativ gut hier in Sachsen, vor allem verglichen mit vor der Wende, und da geht es natürlich auch viel um Besitzdenken. Bei der CDU wissen sie, was man hat, deswegen wählen die immer wieder die CDU. Dann gibt es auch genügend konservatives Denken ist weit verbreitet hier in Sachsen [Zustimmung]. Es gibt zu wenig frischen Wind. Vielleicht in Dresden-Neustadt durch die vielen zugezogenen, die vielleicht auch auf alternative Verkehrsmittel setzen mehr auch auf das Fahrrad.“

(6, m., LEA) „Ich kenne viele konservative Milieus, leider und das [Wählen der Grünen] ist völlig abgetan. Die sagen dann: Benzin: 5 Mark, die Vollidioten. Diese Gedanken höre ich sehr oft in diesen Kreisen.“

Zum zweiten ist grünes Denken, die Wahl der Grünen deshalb auch eine Angelegenheit kleiner, überschaubarer Gruppen und Milieus. Die Rolle der Grünen ist somit weniger die einer gestalterischen Kraft innerhalb einer Koalition, sondern noch viel stärker die einer Bewegung, einer Idee im weitesten Sinne, die allein aufgrund ihrer Existenz etwas verändert. Insbesondere in den urbanen Zentren, und dort in den Hochburgen (den Leipzig-Südstadt/Dresden-Neustadt) wird ein grünes Milieu gesehen, welches inzwischen auch politische Bedeutsamkeit erlangt hat und dort gesellschaftlich verankert ist. Als schlagkräftige politische Partei werden die Grünen im Land aber nicht wahrgenommen.

(1, w., LEA): „Und wie diese Themen, die die Grünen aufgegriffen haben, wirklich in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und wie sowohl CDU, SPD, also quasi jede Partei versucht hat, diese Themen mittlerweile aufzugreifen. Da glaube ich schon, dass man ein gewisses Umdenken auch durchaus merkt und dass das zwangsläufig, kommt natürlich auch drauf an, wann, aber zwangsläufig, in politische und wirtschaftliche Prozesse Eingang findet. Und insofern sehe ich schon, dass sozusagen die Folgen der industriellen Revolution, der Industriegesellschaft wie sie bis in die 70er Jahre hinein relativ kritiklos hingenommen wurden... Also da sehe ich schon einen großen gesellschaftlichen Wandel, der sich im Anlauf befindet. [...]Aber das Problem ist, dass - das wurde hier irgendwo angesprochen - dass es gewisse Systemlogiken gibt, also

das heißt nur, weil jemand grüne Werte und grüne Ideale hat und die verfolgt, heißt das ja noch lange nicht, dass er in der Lage ist, die umzusetzen.“

(3, m., LEA) „Also den Grünen würde ich das besonders wenig zutrauen, weil die zu klein sind.“

(8, m., DDA): „Ich weiß sie von der letzten Wahl, hier in Sachsen sind es neun Abgeordnete. Aber die Schwierigkeit ist in den neuen Bundesländern ganz allgemein, dass die Leute, die heute über 40 sind, die haben halt gelernt: Die CDU, die hat uns aus der DDR rausgeholt und die wählen die CDU bis sie irgendwann nicht mehr wählen können. „

(4, w., LEA): „Das sieht man ja bei der Leipzig-Wahl, wenn man da anguckt, wie die Stadtbezirke gewählt haben, wenn man anguckt, die Südvorstadt, über 20 % die Grünen...“

Ein Problem der Grünen, für die Wählbarkeit über das eigene, kleine Milieu hinaus – und dies ist der dritte zentrale Aspekt wird seitens der Befragten auf der Ebene der Personen angesiedelt: Es gäbe eine (sächsisch/ostdeutsch-spezifische) Präferenz für starke Führungspersönlichkeiten, die keine Partei bedienen könne, auch nicht die Grünen. Aber ohne prominente Köpfe sehen die Befragten keine greifbare Möglichkeit die Dominanz der Union zu brechen.

(7, w., DDA): „Auf der Ebene Landespolitik ist noch sehr viel an Personen gebunden. Und das fehlt mir dort: Personen. [(6, w., DDA) nickt] In jeder Partei.“

(3, m., DDA): „die Persönlichkeiten fehlen, die konnten sich eben nie entwickeln, Man hatte eben die Westimporte. Biedenkopf hat durchaus seine Verdienste [...] Aber die danach kamen, vielleicht ist wirklich Sachsen nicht das Land für große Reformen. Ich sehe das relativ pessimistisch.“

(5, w., DDA): „Ich habe mich mal mit einem Hamburger Freund unterhalten. Die sagen, bei uns werden die Partei und das Parteiprogramm gewählt und dann haben wir uns ganz lange auseinandergesetzt und ich sage, im Osten wird eher die Person gewählt [Zustimmung]. Das ist historisch gewachsen, aber das würde das ja auch stützen. Solange die SPD niemanden [jemand: „ der so blass ist“] dieses Wahlverhalten bedient [...]“

Auf die Frage nach möglichen (alternativen) Persönlichkeiten und politischen Vorbildern werden jedenfalls keine Politiker_innen der Grünen genannt, mit Ausnahme Winfried Kretschmanns. Ansonsten fallen ganz andere Namen, auch Gruppierungen: *Die Gruppe der Zwanzig* hat, bei aller kontroverser Betrachtung ihres weiteren Werdegangs, in Dresden immer noch einen guten Stand. Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker werden genannt, aber auch Margot Käßmann oder Regine Hildebrandt und nicht zuletzt Angela Merkel (deren letztendlicher Ausstiegsbeschluss kritisch gelobt wird). Hinter der Nennung verschiedener Persönlichkeiten verbirgt sich die Hoffnung auf geradlinige, konsequente Politik, die nicht unbedingt mit einer Partei korrespondieren müsse und sich von Partikularinteressen lösen sollte. Es ist nicht der Wunsch nach Expertise, sondern nach Idee, die hier stärker durchdringt als bei den anderen beobachteten Wähler_innengruppen.

(5, w., DDA): „Wenn sich die „Gruppe der 20“ wieder reaktivieren könnte, mit dem Frank Richter, der ja jetzt wieder eine ganz andere Rolle spielt. Denen würde ich sehr viel zutrauen. Weil das einfach eine Gruppe war, die aus verschiedenen Kreisen kam, nicht nur aus der Politik, die ihre eingeschworenen Kreise verlassen haben, um etwas zu bewegen. [...] Das wäre notwendig, über den Tellerrand hinauszuschauen, um etwas zu bewegen, das bedeutet aber eben auch, über den politischen Tellerrand hinauszuschauen.“

(1, m., DDA): „Regine Hildebrandt [Zustimmung], die ehrlich war und die auch zugegeben hat, wenn sie sich mal geirrt hat. Ganz geradlinig, mit ungeheurem Engagement. Mit vielen Ecken und Kanten. Das fand ich gut. (7, w., DDA): Aber eins hat mich an ihr gestört. Sie war nun mal Sozialministerin. Und hat weiter auf die da oben geschimpft. Da hat sie irgendwo verpasst, dass sie an dieser Stelle saß, wo sie eigentlich was hätte bewegen müssen.“

(1, m., LEA): „Um nochmal kurz auf ihre Frage zurückzukommen. Ich glaube nicht, dass es an Persönlichkeiten hängt, sondern an Bewegungen, also auch, wie sie das eben gesagt haben, dass man eben auch versucht das auch mit großen Bewegungen oder Parteien rein zu transportieren, dass das eben genau das Ziel sein sollte, das Denken so weit wie möglich zu verbreiten, dass eben ganz viele Persönlichkeiten sich diesem Ziel verschreiben. Weil nur in der Gemeinschaft, wie wir das ja vorhin schon hatten, lassen sich letztlich solche großen Ziele verwirklichen. Also Einzelpersonen würde ich so eine Kompetenz gar nicht zuschreiben.“

Bezüglich konkreter politischer Maßnahmen wünschen sich die Altwähler_innen, zumindest in einer der Gruppen, ein beharrliches Weiterschreiten in der Klimapolitik. Es ist ganz klar der Staat, und somit auch und gerade die politische Einflussnahme der Grünen, der durch gesetzliche Regelungen und Förderprogramme. Rahmen und Planken für einen weiteren konsequenten ökologischen Umbau der Gesellschaft setzt, mithin also dafür verantwortlich ist.

(4, w., LEA): „Alle Leute versuchen irgendwie, dass sie an Holz kommen um ein bisschen billiger zu heizen. Man sieht teilweise schon wieder den Geruch von Kohleheizungen, manche schmeißen da ihre alten Öfen wieder an. Wo ich mir denken würde: Da wünsch ich mir eben starke politische Signale, dass das wirklich eingespart und das sehe ich nicht.“

(5, w., LEA): „Ich denke auch, dass dieser Wegfall der Förderungen der Solarenergie oder Reduzierung der Förderung ja auch nicht förderlich ist, um diese Energiequelle dann weiter am Leben zu erhalten. Ich weiß auch nicht, ob das der richtige Weg ist, denn es gehen ja schon wieder Firmen pleite.“

(1, w., LEA): „Man müsste die Förderprogramme vielleicht so breit aufstellen, dass man sagt: Jeder, der es schafft, ein Haus zu bauen, das durchschnittlich 20 oder 30 Prozent weniger Energie braucht, als ein durchschnittliches Haus, der bekommt eben eine bestimmte Förderung, oder ob er das jetzt mit Blockheizkraftwerken, mit Solarenergie mit Geothermik oder was weiß ich, das ist ja völlig egal, aber dass man versucht, die gesellschaftlichen Kreativitätspotentiale zu nutzen. Indem man eben bestimmte, in dem man nicht so restriktiv eine Politik betreibt, sondern indem man einfach vielmehr darauf achtet, dass Innovationen auch viel mehr angestoßen werden. Und das schafft man nicht, indem die Politik jetzt sagt: Das ist die Technologie der Zukunft. Das ist meiner Meinung nach verkehrt gedacht.“

5.4 Zwischenfazit: Zukunft, Krisen und Politik

Arbeit, Bildung und Soziales sind die großen Themen der nächsten Jahre für die beobachtete potentielle Grünenwähler_innenschaft. Die Auffassungen über deren genaue Ausgestaltungen, die Chancen und die vermuteten Gefahren, die mit ihnen einhergehen, sind jedoch zwischen den unterschiedlichen Wähler_innengruppen divergierend. Übereinstimmungen in den Problemlösungsansätzen, aber auch in deren inhaltlicher Ausgestaltung lassen sich eher zwischen den unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen ausmachen, als zwischen den Neuwähler_innen und den Altwähler_innen.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist für alle beobachteten Wähler_innengruppen ein Schlüssel zur Harmonie und zu starken Dissonanzen zugleich. Die Prekarisierungstendenzen geben allen Wähler_innen Anlass zur Sorge. Keine(r) der Proband_innen äußerte sich erfreut oder optimistisch hinsichtlich Kombilohnmodellen, Leiharbeit oder kurzen Arbeitsverträgen. Die weitreichenden Konsequenzen dieser Entwicklung werden diskutiert: Eine zukünftige Altersarmut wird befürchtet, die Lebensumstände von jungen Familien problematisiert.

Doch die Vorstellungen davon, wie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zukünftig aussehenden sollte, klaffen auseinander. Eine signifikante Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Situation wird in der gesamten beobachteten Neuwähler_innenschaft nicht angenommen. Vielmehr wird eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit in Sachsen erwartet; der gesamtdeutschen Statistik, die eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit beschreibt, wollen die sächsischen Neuwähler_innen nicht trauen. Aus ihrer Perspektive gilt diese Entwicklung für *den Osten* nicht. Die grünen Altwähler_innen stehen diesem Punkt deutlich optimistischer gegenüber, sehen sie doch im demographischen Wandel eine systematische Verknappung von Arbeitskräften, wovon sie sich positive Effekte auf Lohn und Beschäftigung versprechen. Die beobachtete Stammklientel – so viel sei dazu gesagt – ist in den meisten Fällen nicht *direkt* von einer drastisch zunehmenden Prekarisierung betroffen, da ein Großteil von ihnen im öffentlichen Dienst beschäftigt ist. Die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen kennen die Konsequenzen der Prekarisierung persönlich meist ebenfalls nicht, erleben diese jedoch indirekt durch ihre Kinder mit, die eine stetige Unterstützung brauchen. Beim unterdurchschnittlich verdienenden Pendant hingegen sind es ganz deutlich artikulierte Ängste vor der eigenen Betroffenheit, die zum Ausdruck kommen. Das Resultat dieser

Ängste ist allerdings nicht – wie in Schleswig Holstein zu beobachten war – eine grundsätzliche Kritik an der größer werdenden Spaltung zwischen *Arm* und *Reich* in Deutschland, sondern eine klare Abgrenzung nach *unten*. Von Sozialtransfers Abhängige werden teils polemisch diffamiert, ihnen wird Faulheit nachgesagt und eine mangelnde Übernahme von Verantwortung angelastet. In diesem Punkt weichen die Ergebnisse der Studie eklatant von den bisherigen Beobachtungen in den beiden westdeutschen Ländern ab, verlief die Argumentation dort umgekehrt. Die soziale Sensibilität war in den unterdurchschnittlichen Gruppen stets viel deutlicher ausgeprägt als in den wohlhabenderen Vergleichsgruppen. Das Bedingungslose Grundeinkommen dient in den unterdurchschnittlich verdienenden Diskussionsgruppen Sachsens als Instrument zur Einhaltung des Lohnabstandsgebots und zur Belohnung derjenigen, die sich als Leistungsträger_innen einbringen. Eine als übertrieben wahrgenommene Fürsorge für Hartz-IV-Empfänger_innen könne auf diese Weise ausgebremst werden. Ganz anders ist es bei den Altwähler_innen, die, ausgehend von Überlegungen zur Ermöglichung von mehr Lebenschancen, im Bedingungslosen Grundeinkommen die Chance sehen, einen überalterten und unzeitgemäßen Arbeitsbegriff ad acta zu legen. Arbeit müsse mehr verstanden werden als produktive Tätigkeit denn lediglich als Lohnarbeit. Anerkennung dürfe sich nicht nur im Lohn ausdrücken. All dies sind Argumentationslinien, die in keiner der Neuwähler_innengruppen aufgegriffen wurden, denen dort vielmehr mit tiefer Skepsis gegenüber gestanden wird. Somit bleibt: Einzig die Negativbesetzung von Prekarisierung kann als integrativer Moment begriffen werden. Die arbeitsmarktpolitische Entwicklung anders zu gestalten, ganz gleich durch welche Strategie, würde einen Teil der Neuwähler_innen vermutlich wieder verprellen, zu divergent sind die Vorstellungen davon, was gerecht ist.

Große Einigkeit indes besteht in Fragen der Bildungspolitik. Das gute Abschneiden in der PISA-Studie wird durchweg positiv aufgenommen. Es wird in allen Wähler_innengruppen der Wunsch artikuliert, dieses Niveau zu halten. Dafür wird eine kompetente Besetzung des Kultusministeriums eingefordert, eine Reduzierung des Stundenausfalls angestrebt und auch eine zukünftige Verbeamtung der qualifiziertesten Lehrkräfte angemahnt. Abwanderung und Mangel an kompetenten Fachkräften im Bildungsbereich werden als grundsätzliches Problem wahrgenommen. Zwar wird eine unreflektierte Leistungseuphorie im

Bildungssystem immer wieder kritisiert, bis hin zu der Meinung, Scheitern solle wieder möglich werden. Doch im Vergleich zu den altbundesrepublikanischen Ländern ist die Klage über eine mangelnde Durchlässigkeit des Bildungssystems deutlich geringer ausgeprägt. So besteht in allen beobachteten Wähler_innengruppen ein Spannungsverhältnis zwischen einem undefinierten Unbehagen am Leistungsdruck und einer gleichzeitigen Hoffnung, dass Leistungsbereitschaft während der Bildungsjahre den Grundstein für eine erfolgreiche berufliche Zukunft lege. Die Hoffnung in das Versprechen eines gesellschaftlichen Aufstiegs durch eigene Anstrengung ist in Sachsen in Abgrenzung zu Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg ungebrochen. Eine langfristige Bindung der potentiellen Neuwähler_innen an die Grünen könnte insbesondere durch die Bildungspolitik gelingen.

Die Globalisierung der Wirtschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Besonderen ist für die überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen eine logische und selbstverständliche Entwicklung. Sie wird weder kritisiert noch gelobt, sondern als gegeben hingenommen. Eigene berufliche Erfahrungen seitens der Proband_innen deuten auf eine weltoffene Einstellung hin. Immer wieder werden eigene Beobachtungen aus dem Ausland herangezogen, um die eigene Sicht auf das jeweilige Diskussionsthema zu verdeutlichen. Abwertende oder ausgrenzende Formulierungen wurden dabei nicht verwendet. Diese Weltoffenheit teilen sich diese Wähler_innen mit den grünen Altwähler_innen, in deren Diskussion immer wieder globale Probleme thematisiert wurden – von der Friedenshoffnung in Nahost bis zur Lösung der Klimakrise. Von einem Teil der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen hingegen gab es durchschimmernde Vorbehalte gegenüber den offenen Grenzen zu Polen und Tschechen. Die jeweiligen Kommentare stammen aus den Gruppen des grenznahen Dresdens. Drohender Arbeitsplatzverlust wurde dabei genauso problematisiert wie die Gefahr vor einer Zunahme der Kriminalität. Eine Integration dieser Neuwähler_innen in die grüne Stammklientel dürfte gegenseitig auf große Widerstände stoßen.

Der demoskopische Höhenflug der Grünen war unterfüttert von einer hohen Dichte medialer Berichterstattung zu katastrophalen Umweltkrisen wie das offene Bohrloch im Golf von Mexiko oder die Atomkatastrophe von Fukushima. Die Erhebungen in den drei Bundesländern haben gezeigt, dass die Nachwirkungen und die Erinnerungen an diese Ereignisse mit der nachlassenden medialen Konjunktur schlagartig zurückgehen. Auf Umweltkrisen wurde in den beobachteten Neuwähler_innengruppen in Sachsen nicht eingegangen. Lediglich die Altwähler_innen formulierten Wünsche und Bedenken im Kontext der Atompolitik oder des Klimawandels. Die Sensibilität der potentiellen grünen Wählerschaft für

ökologische Probleme ist in Sachsen sehr heterogen; die Neuwähler_innen folgen in ihrer Affinität für die Grünen eher dem unbestimmten Eindruck, dass diese eher in der Lage seien, etwas für die Umwelt zu tun als andere Parteien – Stichwort: „Problemlösepartei“. Hinweise auf eine tiefgreifende Reflektion über einzelne umweltpolitische Aspekte – womöglich ausgelöst durch eine Umweltkatastrophe –, die zu einer bewussten Wahl der Grünen führt, konnten nicht exploriert werden.

Dennoch stellen Krisen gerade in den überdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innengruppen eine Möglichkeit dar, politische Weichenstellungen zu erreichen. Krisen werden hier als Chancen definiert, von denen ausgehend Fortschritt und Nachhaltigkeit – kurz: Verbesserungen – initiiert werden können. Dies bezieht sich auch auf Umweltkrisen. Doch angesprochen auf Krisen argumentieren die meisten Neuwähler_innen gruppenübergreifend vor dem Hintergrund ökonomischer Großereignisse. Die Eurokrise ist hier omnipräsent. Es wird insgesamt befürchtet, dass die Rezession südeuropäischer Volkswirtschaften früher oder später in Deutschland ankommen werde. Nüchtern, fast teilnahmslos blicken die Neuwähler_innen beider Einkommensgruppen der drohenden Katastrophe entgegen. Vor diesem Hintergrund wird eine weitere Ausdünnung des sozialen Netzes antizipiert. Hierzu scheint es in den Augen der Neuwähler_innen keine Alternative zu geben; sie befürchten diese Entwicklung, wissen jedoch nicht, wie man ihr entgegen könnte und flüchten sich in einen sachlichen Pragmatismus. Die unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen trennen in dieser Argumentation lediglich Nuancen. Setzt sich bei den überdurchschnittlich verdienenden Zusammenhängen ein begrenzter Optimismus durch, wirken die unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen eher resigniert ob des „kontinuierlichen Chaos“. Die grünen Altwähler_innen haben in Abgrenzung dazu eine stärkere Fokussierung auf Umweltkrisen und sehen die eigene Position – wie auch schon die jeweiligen Vergleichsgruppen in den beiden westdeutschen Ländern – durch deren Häufung bestätigt. Gleichwohl herrscht in den Gruppen Uneinigkeit in der Frage, ob eine langfristige Auflösung der Krisenursachen möglich erscheint. Für einige scheint die Entwicklung unumkehrbar, andere sehen in der Erstarkung grüner Positionen die Gesellschaft auf einem guten, wenn auch Ausdauer fordernden Weg.

Dieser Optimismus macht allerdings Halt vor der politischen Realität in Sachsen. Alle Wähler_innengruppen eint die Ablehnung des CDU-Filz in Verbindung mit konservativen Mentalitäten, etwa im Erzgebirge. Der Konservatismus, die mangelnde Dynamik der sächsischen Wählerschaft werden kritisiert. Auch wenn diese Position insbesondere von den grünen Altwähler_innen forciert wird, tendieren die potentiellen grünen Neuwähler_innen zur gleichen argumentativen Stoßrichtung. Doch die Kritik an der politischen Kultur macht

nicht bei der Wählerschaft halt. Die Erwartungslosigkeit der Neuwähler_innen an die politischen Parteien ist in allen Diskussionszusammenhängen sehr ausgeprägt. Die Kritik beginnt innerhalb der überdurchschnittlich verdienenden Diskussionsrunden bei der Diagnose, dass *die* Wirtschaft einen unzulässig großen Einfluss auf die politischen Institutionen und Entscheidungsträger besitze. Innerhalb der unterdurchschnittlich verdienenden Neuwähler_innen geht die Kritik weiter, dort wird sogar die Legitimität der parlamentarischen Demokratie selbst stark angezweifelt. Die Vorstellung einer „Repräsentationskrise“ ist hier im Umlauf. Der gemeinsame Kern zwischen den Argumentationen der unterschiedlichen Neuwähler_innengruppen ist die Diagnose, dass die Positionen der existierenden Parteien zunehmend konvergieren und eine Unterscheidung immer schwieriger wird. Zwar wird den Grünen in allen Gruppen eine gewisse Eigenartigkeit und überdurchschnittliche Authentizität zugesprochen, ein Aufbrechen verkrusteter parlamentarischer Strukturen wird ihnen jedoch, auch vor dem Hintergrund einer mangelnden Machtperspektive, nicht (mehr) zugetraut. Diese Rolle haben in weiten Teilen die Piraten übernommen.

Gleichwohl sind die Neuwähler_innen insgesamt skeptisch gegenüber der Zukunftsfähigkeit des neuen Parteiprojektes. Protest und Inhaltsleere werden mit den Piraten genauso verbunden wie die Möglichkeit einer zukünftigen Regierungsbeteiligung. Der ironische Ton, mit dem über die Piraten diskutiert wird, soll eine ganz offensichtliche neugierige Distanz unterdrücken, die man vor der Gesamtgruppe nicht in aller Deutlichkeit artikulieren möchte. Die Begeisterung des politischen Neuanfangs schwingt bei den Wechselwähler_innen jedenfalls mit, fasziniert und lässt unrealistische Projektionen entstehen. Mit den Piraten verbindet sich noch keine Enttäuschung und aufbauend auf der unscharfen Programmatik werden etliche unbegründete Heilserwartungen mit der Neupartei assoziiert. Vielleicht sind es ja sie, die für soziale Gerechtigkeit oder eine Rücksetzung des Renteneintrittsalters kämpfen werden. Die Piratenpartei bildet für die ungebundenen, thematisch nur teilweise mit den Grünen verknüpften Neuwähler_innen eine ernstzunehmende Alternative, auch wenn diese bisher nicht so klar ausformuliert wird.

Unabhängig von jeder Parteilinie herrscht im Gesamten Einigkeit in der Frage, dass der Staat weiter demokratisiert werden solle, während man gleichzeitig ein größeres Engagement der Bürger einfordert. Die Hoffnung, die sich mit einer Ausweitung direktdemokratischer Instrumente verbindet, kann in ihrer Größe fast nur enttäuscht werden. Dem Internet und gut organisierten Bürgerinitiativen wird in den beobachteten Neuwähler_innengruppen die Chance zugesprochen, die zuvor diagnostizierten demokratischen Defizite zu kompensieren. Bei den grünen Altwähler_innen spielt dieser Punkt keine Rolle.

6. Fazit – Zeitgeisteffekt oder Wertewandel?

Die Antwort auf die Ausgangsfrage, ob das grüne Meinungshoch eher von einem der Partei zugeneigten, nurmehr temporären Zeitgeist getragen (worden) ist oder ob sich unterhalb dessen eine langfristige Verschiebung von Werten, Orientierungsmustern und Einstellungen finden lässt, die diesem Prozess ein perpetuierendes Moment verleihen kann, von dem auch die Bündnisgrünen selbst auf Dauer profitieren können, ist in Bezug auf Sachsen ambivalent zu beantworten: Der Zeitgeist hat zwar seinen grünen Anstrich verloren, aber der (potentiell den Grünen zugewandte) Wertewandel hält, wenn auch verhaltener, weiter an – allein die Partei kann nicht davon profitieren. Diese Unverbundenheit, wenn man so will, von Bewegung und Ziel, ist eines der deutlichsten Ergebnisse aus den sächsischen Erhebungen, das sich in der Rückschau möglicherweise schon in Schleswig-Holstein angedeutet hat. Dies gilt nicht allein für das Verhältnis von Zeitgeist und Wertewandel, sondern auch – und bezüglich der Erhebungen in Sachsen besonders deutlich – für das Verhältnis zwischen grünen Stammwähler_innen und potentiellen Neuwähler_innen.

Zunächst nochmals verdeutlicht an der Frage von Zeitgeist und Wertewandel: In Baden-Württemberg schien evident, dass die Bündnisgrünen von einem Zusammenspiel von Zeitgeisteffekt und Wertewandel hatten profitieren können, das vermuten ließ, die Zustimmung der Neuwähler_innen sei mehr als nur eine vorübergehende.¹³ Eine den Grünen zugeneigte politische Stimmung verband sich – verstärkt durch die Kernschmelzen von Fukushima – mit einer Verschiebung von Werteinstellungen: Eher wegführend von einer ausschließlich sozial gerechten Definition von Generationengerechtigkeit hin zu einer nachhaltigen (ökologischen) Generationengerechtigkeit verbunden mit einer starken Fortschritts-, Wachstums- und Leistungskritik. Eine Kritik, die nicht gleichzusetzen war mit einer grundlegenden Ablehnung dieser Werte, sondern die vielmehr nach einer neuen Sinnggebung suchte.

Ähnliche Ergebnisse ließen sich in Schleswig-Holstein beobachten, allerdings mit leicht abnehmender Tendenz, sowohl bezüglich der auf die Grünen fokussierten politischen Hoffnungen als auch im Bereich der Einstellungsmuster. Insgesamt aber ließ sich weiterhin eine Veränderung der Orientierungsmuster im Sinne der unterstellten Werteververschiebung feststellen, die eine darauf aufbauende Zustimmung zu den Grünen auch auf längere Sicht

13 Und die Demoskopie bestätigt zumindest für Baden-Württemberg nach wie vor eine Zustimmung zu den Grünen oberhalb des Wahlergebnisses (LTW 2011: 24,2 Prozent, Infratest dimap, 10.5.2012: 28%).

möglich und vor allem plausibel erscheinen ließ. Diese Verbindung wurde bestärkt durch eine die Grünen tragende positive politische Grundstimmung: Die Partei galt als nahezu einzige Alternative zur weithin spürbaren Frustration vor allem bezüglich der Union und der SPD. Einzig die Grünen konnten hier mit einem Vorschluss an Vertrauen punkten, zudem auch mit einem Kompetenzvorsprung in, zu diesen Zeitpunkten und in diesen Ländern, wichtigen Politikfeldern – allen voran in der Umweltpolitik. Die Wahlergebnisse von Baden-Württemberg und auch die in Schleswig-Holstein, die während einer für die Grünen äußerst schwierigen Hausse der Piraten stattfanden, bestätigen diese Beobachtungen.

In Sachsen hingegen fällt die Antwort, wie eingangs angedeutet, weitaus einseitiger aus. Was in Baden-Württemberg noch Euphorie war und in Schleswig-Holstein mindestens hoffnungsvolle Erwartung, ist in Sachsen eher pragmatische Ernüchterung. Der starke grüne Vertrauensvorschluss aus den anderen Ländern ist einer lediglich etwas positiver besetzten Einschätzung der Partei im Vergleich zu anderen politischen Formationen gewichen. Der (grüne) Zeitgeist ist erblasst, die auf die Partei fokussierten Hoffnungen scheinen weitgehend verschwunden. Dieser fehlende Effekt lässt sich aus vielen Faktoren zusammensetzen. Zum ersten fehlt den Bündnisgrünen in Sachsen ganz klar eine Machtperspektive, insbesondere deshalb, weil die Union als Koalitionspartnerin nicht in Frage zu kommen scheint. Einschränkend muss hier aber auch hinzugefügt werden, dass die geringe Nähe zu baldigen Landtags- bzw. Bundestagswahlen, die politische Erwartungshorizonte für gewöhnlich schärfen und Zuordnungen verstärken, weitgehend fehlt. Zum zweiten ist der deutliche Fokus auf das Projekt des Atomausstiegs gewichen. Jenes Projekt hat weitaus stärker mobilisieren können als die darauf folgende Energiewende, die, wie sich etwa in der Schlagzeilendiskussion zeigte, fast keine Rolle mehr in den Zukunftsaussichten der Neuwähler_innen spielt. Hinzu kommt aber auch, ganz generell, eine fehlende Sensibilisierung für grüne Kernthemen – namentlich und besonders für die Umwelt- und Energiepolitik. Die entscheidenden Themen in Sachsen waren vielmehr die Arbeitsmarkt-, noch stärker die Bildungspolitik, die allerdings nur wenig mit der Partei verbunden scheinen. Gleiches gilt für das Krisenpanorama, vor dem sich mögliche Veränderungen politischer Mentalitätslagen begründen lassen. Immer stärker drängt die Euro-, Finanz und Schuldenkrise in den Vordergrund, verdrängt die Umweltkrisen von *Deepwater Horizon* bis Fukushima, verdrängt die Euphorie um den Atomausstieg und erhöht stattdessen das Bedürfnis nach materieller statt nach ökologischer Sicherheit. Hinzu kommt schließlich noch die Erfolgsserie der Piratenpartei, die auf die potentiellen Wechselwähler_innen auch einen gewissen Eindruck macht und teilweise eine neue Option darstellt.

Dennoch, und hierauf können nicht nur die sächsischen Grünen, sondern kann auch die gesamte Partei aufbauen, ist auch für Sachsen relativ unstrittig, dass sich, über die Altwähler_innen hinaus, Versatzstücke einer Werteverchiebung konstatieren lassen, wie sie auch schon in den anderen Bundesländern zu beobachten war. Allerdings ist die Leistungskritik weit weniger ausgeprägt und besitzt auch eine andere Stoßrichtung – wie in der Bildungsdebatte bereits angedeutet, stellt persönliche Leitungsanstrengung vielfach die Grundvoraussetzung für die eigenen Lebensmöglichkeiten dar. So fokussiert die, zunächst intuitive geäußerte, generelle Ablehnung des Leistungsbegriffs die Auswüchse der neoliberalen Leistungs(druck)gesellschaft mit all ihren Überforderungen bei gleichzeitigem Absinken von Leistungsgerechtigkeit im Sinne einer ungerechten Leistungsentsprechung. Eine neue Ausdeutung des Leistungsbegriffs jenseits liberaler Marktimperative scheint mithin notwendig.

Deutlicher tritt in Sachsen hingegen, und damit verbindend zu den vorangegangenen Erhebungen, die ablehnende Einstellung zu selbstzweckgebundenem Fortschritt in Verbindung mit dem Heilsversprechen von ewigem Wachstum in den Fokus der Kritik. Den Imperativen einer Wachstumslogik wird – insbesondere wiederum in den Gruppen von Leistungsträger_innen und der Altwähler_innen – die Bedrohung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Lebenswelt entgegengestellt. Die Debatte besitzt indes ein loses Ende, welches nach programmatischer Ausfüllung ruft. Schließlich war es kaum einem der Diskussionsteilnehmer_innen möglich, Auswege aus dem konstatierten Wachstumsdilemma zu zeichnen.

Eine weitere These muss allerdings, wie sich bereits in Schleswig-Holstein angedeutet hatte, zumindest für Sachsen, womöglich aber auch im Zeitverlauf generell, noch stärker zurückgenommen werden: Die Generationengerechtigkeit als nachhaltig ökologischer Zukunftsvertrag wurde in den sächsischen Neuwähler_innengruppen weitaus schwächer ins Zentrum der Debatte gerückt, als dies in Baden-Württemberg zu beobachten gewesen war. Vielmehr standen alle Gruppen dem Nachhaltigkeitsbegriff eher unschlüssig, vielfach emotionslos und teils ablehnend gegenüber. Mit der immer größeren Entfernung zu den Kernschmelzen von Fukushima scheint sich die im März 2011 noch so emphatisch vorgetragene Verschiebung der Generationengerechtigkeit hin zu einem ökologisch-nachhaltigen Projekt zumindest abgeschwächt zu haben. Das zentrale Handlungsfeld dieser Diskursverschiebung, die Umweltpolitik, spielte in den sächsischen Neuwähler_innengruppen jedenfalls eine äußerst geringe Rolle.

Und in dieser Nicht-Thematisierung liegt die Ursache für den zweiten zentralen Bezugspunkt einer mangelnden Übereinkunft von Bewegung und Ziel: Wie bereits beschrieben, lässt sich jenseits des (vagen) Einstellungswandels nicht sehr viel ausmachen, was als verbindender

Kitt zwischen Neu- und Altwähler_innengruppen fungieren könnte. Wenngleich Einigkeit über die Notwendigkeit einer gerechteren Gesellschaft besteht, gibt es kaum eine einende Klammer, die Wege dorthin verbindend und verbindlich erscheinen lassen würde. Ebenso fehlt bei den Neuwähler_innen vielfach, anders als bei den Altwähler_innen, der Glaube an die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Situation durch Parteien. Auch die Grünen weisen da kaum einen Ausweg. Eine positive Besetzung von Begriffen und Politiken ist in Sachsen weit weniger mit den Grünen verbunden als in den anderen Ländern. Kurzum, die potentiellen, zu den Grünen tendierende Wechselwähler_innen sind in ihren Ansichten sowie in der Wahrnehmung nur punktuell in der politischen Nähe der Bündnisgrünen; in keinem anderen untersuchten Bundesland war die inhaltliche Diskrepanz zwischen Neu- und Altwähler_innen so deutlich. Es fehlt schlichtweg das gemeinsame Projekt. Was in Baden-Württemberg, und deutlich weniger euphorisch auch in Schleswig-Holstein, die Perspektive eines fundamentalen Macht- und Politikwechsels, verbunden mit dem Großprojekt des Atomausstiegs war, fehlt in Sachsen. Die Emphase für umweltpolitische Themen, nun einmal nach wie vor der zentrale und entscheidende Kitt zwischen den Wähler_innengruppen und die mit Abstand wichtigste Antriebsfeder einer Wahl der Grünen, die Umweltthematik, ist aus dem Fokus geraten. Jenseits dessen ist aber allen Wähler_innengruppen kein verbindendes Projekt, keine emphatische Idee gemein, ganz zu schweigen von der weitgehend fehlenden Machtperspektive im Land. Eine tatsächliche Wahlentscheidung für die Grünen, gar eine langfristige Anbindung an die Partei scheinen insofern bei Weitem nicht so sicher wie in den untersuchten altbundesrepublikanischen Ländern. Aber selbst die Piratenpartei kann nur teilweise, und wohl auch nur vorübergehend, in diese Rolle schlüpfen.

Dennoch, und hier kommt den Bündnisgrünen wohl eine noch stärker vermittelnde Aufgabe zu, kann mindestens der konstatierte Einstellungswandel im Sinne einer unterstellten Verschiebung im Wertehorizont, nutzbar gemacht werden. Konkret bedeutet dies, der Wachstums-, Fortschritts und spezifischen Leistungsskepsis programmatisch einen Ausweg zu weisen, mindestens aber einen Sinn zu geben, Ein grüner Wachstums-, Fortschritts- und Leistungsbegriff hätte durchaus die Chance, einigen der Orientierung suchenden Wechselwähler_innen eine neue politische Heimat zu bieten. Allein der Begriff des *Green New Deal* wurde nicht einmal im Altwähler_innenlager spontan angesprochen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass sich bei Abflauen des Piraten-Hypes, einem Abflauen der Urheberrechtsdebatte, und noch grundlegender, mit einer Lösung der Finanzkrisen, wieder stärker Themen herauschälen lassen, die an der Werteververschiebung andocken: eine positive Beschreibung der Energiewende, nachhaltige Finanzpolitik und konzeptionelle Überlegungen jenseits des Diktats von Fortschritt und Wachstum.

Ganz anders, und für die Verbindung von Partei und Wähler_innen nicht minder uninteressant, ist der Befund zur Kernanhänger_innenschaft. Kurz: Die Altwähler_innen in Sachsen und die Altwähler_innen in den untersuchten westdeutschen Bundesländern liegen in vielen Bereichen nicht sehr weit auseinander. Die sächsischen Altwähler_innen vertreten größtenteils „ur-grüne Werte“ und Ansichten – wenngleich in sehr gemäßigtem Duktus. Auffällig – und in gewissem Maße unterschiedlich zu den westdeutschen Altwähler_innen – sind lediglich zwei Punkte. Erstens scheint hier weniger die Ökologie als vielmehr das Ideal einer freien, solidarischen und gerechten Gesellschaft das einigende Band zu sein; zweitens finden sich vergleichsweise häufig der Rekurs auf christliche Werte – was die spezifisch ostdeutschen Ursprünge von Bündnis 90 in der protestantischen Bürgerrechtsbewegung noch einmal deutlich vor Augen führt. Zudem – auch das eint diese Gruppen in allen betrachteten Ländern – zeichnen sich die Altwähler_innen in den Gesprächsrunden durch große Harmonie aus. Sie alle sind sich erstens in relevanten politischen Fragen weitestgehend einig; und zweitens stimmen sie alle darin überein, dass die Grünen eben doch die „beste“ Partei seien, äußern durchweg hohe Zufriedenheit mit „ihrer“ Partei. In Anbetracht des Abschmelzens der Stammwählerschaften bei nahezu allen anderen Parteien ist dies ein für die Partei recht positiver Befund.

Insgesamt lässt sich die Frage nach Zeitgeisteffekt oder Wertewandel über den Verlaufszeitraum der gesamten Studie ambivalent beantworten: Erstens war und ist der – derzeit nur gebremste oder tatsächlich gedämpfte – grüne Höhenflug, von einer den Grünen zugeneigten Werteverchiebung unterfüttert, die, wenngleich teilweise modifiziert, auch im Meinungsabschwung anhält. Zum zweiten wurde der Höhenflug in großen Teilen getragen von einem sich immer stärker abschwächenden Zeitgeisteffekt. Die Finanzkrise, der vermeintliche Rückgang der Bedrohung der Ökologie, der Höhenflug der Piraten, der an Zuschreibungen (Glaubwürdigkeit, Alternative zu den etablierten Parteien) andockt, die noch 2010/11 die Grünen getragen haben, verwandeln die grüne Euphorie in einen verhaltenen Optimismus. Doch ohne diese starken Zeitgeisteffekte scheint ein verbindlicher Konnex zwischen Wertverschiebung und Partei seitens der Neuwähler_innen kein Automatismus zu sein. Wenngleich sich die Neuwähler_innen vom Wertefundament der neoliberalen Leistungs- und Wachstumsgesellschaft distanzieren, muss dies nicht automatisch zu einer elektoralen Bestätigung der Bündnisgrünen führen. Kurzum, die grünen Neuwähler_innen sind alles andere als die Avantgardist_innen eines Wertewandels. Nur wenn die Grünen selbst den Zeitgeist stark beeinflussen können, sie als selbstbewusste

Deuter_innen und Wegweiser_innen der aktuellen gesellschaftlichen Debatten auftauchen, werden Sie die Neuwähler_innen zumindest in Teilen mitnehmen können. Denn trotz einer gewissen Abkühlung sollte die Bedeutung der – in den Untersuchungen explorierten und weitgehend bestätigten – Verschiebungen auf der Ebene der Werte nicht unterschätzt werden. Bieten doch Veränderungen von Mentalitätsströmen, wenn sie denn politisch wie lebensweltlich aufgegriffen werden, Möglichkeiten einer langfristigen Erweiterung des Wähler_innenpotentials, sind grundlegende Konflikte die zentrale Basis langfristigen Erfolgs. Sollte die ökologische Frage tatsächlich die große Frage des 21. Jahrhunderts sein, sollte der Zielkonflikt zwischen Fortschritt und Beschleunigung und mehr noch der Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch, tatsächlich zur großen Erzählung der Zeit werden, wie Tim Jackson anmahnt,¹⁴ dann bieten die beobachteten untergründigen Verschiebungen im erweiterten Umfeld der Kernwähler_innenschaft der Bündnisgrünen ein günstiges Fundament für ein langfristiges und stabiles Wachstum grüner Politik.

¹⁴ Tim Jackson: Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2011.



Göttinger Institut für
Demokratieforschung

Michael Lühmann,
Christian von Eichborn,
Katharina Rahlf

unter Mitarbeit von
Klaudia Hanisch,
Daniela Kallinich,
Andreas Wagner
und
Jörgen Roggenkamp